

18. Wahlperiode

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Diskriminierung bekämpfen – „International Decade for People of African Descent (2015-2024)“ in Berlin umsetzen

Drucksachen 18/0966, 18/1192, 18/1260 und 18/2330

Der Senat von Berlin
SenJustVA - VI D 2
Tel.: 9013 (913) 3494

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen 1 –

Mitteilung
- zur Kenntnisnahme -

über Diskriminierung bekämpfen – „International Decade for People of African Descent (2015-2024)“ in Berlin umsetzen – Drucksachen Nrn. 18/0966, 18/1192, 18/1260 und 18/2330

hier: Bericht und Berliner Maßnahmenplan zur Umsetzung der Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 28. Juni 2018 auf Basis des Abgeordnetenhausbeschlusses „International Decade for People of African Descent (2015-2024)“ in Berlin umsetzen – Drucksachen Nrn. 18/0966, 18/1192, 18/1260 – Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, unter Einbeziehung von Akteur*innen der Zivil- und Stadtgesellschaft Maßnahmen zur Umsetzung der „Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ zu entwickeln und umzusetzen.

Die Planungen sollen mindestens folgende Bereiche abdecken:

- die Konzeptionierung und Durchführung von Aktivitäten zur Förderung der besseren Kenntnis und zur Würdigung der Kultur und Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft;
- die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Erfassung der Diskriminierung Schwarzer Menschen und/oder Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin;
- die Fortentwicklung geeigneter Antidiskriminierungsmaßnahmen (mit einem Schwerpunkt auf mehrdimensionaler Diskriminierung);
- die Fortsetzung der Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit als Hauptstadt des Deutschen Reiches.

Der Senat wird bei der Maßnahmenentwicklung und -durchführung die Perspektive Schwarzer Menschen und/oder Menschen afrikanischer Herkunft ins Zentrum rücken.

Dem Abgeordnetenhaus ist über den Stand der Planung und deren Umsetzung bis zum 31. August 2018 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Der Berliner Senat misst dem Beschluss des Abgeordnetenhauses „Diskriminierung bekämpfen – „International Decade for People of African Descent (2015-2024)“ in Berlin umsetzen“ vom 28.06.2018 (Drsn. Nrn. 18/0966, 18/1192 und 18/1260) eine große Bedeutung bei. Ebenso wichtig ist dem Senat die Verfolgung der Zielsetzungen der Drs. Nr. 18/2330 zur Entwicklung eines Maßnahmenplans des Landes Berlin zur Umsetzung der Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

Die Entwicklung eines Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft erfolgt unter Federführung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

Der hier vorgelegte Bericht schließt an die bereits vorgelegten Zwischenberichte vom 28.08.2018 (Drs. Nr.18/1260) an und baut auf den Bericht vom 12.11. 2019 (Drs. Nr. 18/2330) und vom 07.07.2020 (Drs. Nr. 18/2837) auf. In diesen Dokumenten wurden bereits erste umgesetzte Maßnahmen zur UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft beschrieben.

1. Zielsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft wurde von den Vereinten Nationen mit der Resolution 68/237 für die Jahre 2015-2024 ausgerufen. Die Zielsetzung der UN Dekade wird in der Resolution 69/16 spezifiziert und unter den Programmpunkten Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung gefasst. Hierbei geht es zusammengefasst um die Anerkennung der Verbrechen der Kolonialgeschichte und der historischen Verankerung von anti-Schwarzem Rassismus sowie deren Fortwirken in der Gegenwart. Es geht um einen gleichberechtigten und gerechten Zugang zum Recht, zur Rechtsdurchsetzung und zu Grund- und Menschenrechten. Unter der Zielsetzung Entwicklung steht unter anderen die gleichberechtigte Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen im Zentrum.

Menschen afrikanischer Herkunft – in der Selbstbezeichnung auch PAD (People of African Descent), Schwarze Menschen oder afrodiasporische Menschen¹ gehören laut den Vereinten Nationen zu den ärmsten und am stärksten marginalisierten Gruppen weltweit. Internationalen Studien zufolge haben Menschen afrikanischer Herkunft nach wie vor begrenzten Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitswesen, Wohnraum und sozialer Sicherheit. In vielen Fällen bleibt diese Situation weitestgehend unbemerkt (vgl. Vereinte Nationen A/Res/69/16).

2. Diskriminierung und Rassismus gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin

Über die Partizipation beziehungsweise Partizipationshemmnisse von afrodiasporischen Menschen in Berlin liegen keine spezifischen Daten vor. Insgesamt ist die Diskriminierung von Schwarzen Menschen in Berlin zu wenig analysiert und dokumentiert. Ihre Spezifik und ihre Verbreitung bleiben damit in der öffentlichen Perspektive weitestgehend unsichtbar. Auf

¹ Im Folgenden werden die Begriffe Menschen afrikanischer Herkunft, PAD, afrodiasporische Menschen und Schwarze Menschen synonym verwendet.

der Ebene des Erlebens von anti-Schwarzem Rassismus ist diese für PAD jedoch allgegenwärtig und sehr sichtbar.

Im Rahmen des Konsultationsprozesses zur Umsetzung der UN Dekade in Berlin, an dem über 36 PAD Selbstorganisationen beteiligt waren, wurden wiederkehrende Diskriminierungs- und Dehumanisierungserfahrungen von Menschen afrikanischer Herkunft in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, im Arbeitsleben und im Unternehmertum, im Kulturbetrieb, im Bereich von Dienstleistungen, im sozialen Leben sowie mit Behörden und Verwaltung benannt (vgl. Drs. Nr. 18/2330). Zugleich wurde die mangelnde Datenlage kritisiert und eine systematische Erhebung von Gleichstellungsdaten gefordert.

Die Zahlen und Analysen der in Berlin eingerichteten Beratungsstelle „Each One Beratung“ zu anti-Schwarzem Rassismus und der dazugehörigen Monitoring- und Dokumentationsstelle „Each One Monitoring“ (seit 2021 fusioniert im Projekt „Each One“) machen deutlich, dass Schwarze Menschen auf vielfältigen, intersektionalen Ebenen strukturell diskriminiert werden. Sie werden Opfer von verbalen als auch körperlichen, rassistischen Attacken ebenso wie von sogenannten alltagsrassistischen Phänomenen, die sich häufig als Mikroaggressionen zum Beispiel in Formen der Ablehnung, des Anstarens und des Nicht-Einbeziehens äußern. Zusätzlich zu den spezifischen Rassismus- und Gewalterfahrungen kommt für Menschen afrikanischer Herkunft häufig die Erfahrung des mangelnden Schutzes vor dieser Gewalt hinzu. Institutionen, wie zum Beispiel die Polizei, werden nicht als Institutionen des Schutzes wahrgenommen.

Zu Beginn der Arbeit der Monitoringstelle im Jahr 2018 lagen die Meldungen bei 73 Fällen im Jahr. Diese Meldungen haben sich im Jahr 2019 auf 113 Fälle und im Jahr 2020 auf 376 Fälle gesteigert. Dieser Zuwachs an Fällen erklärt sich zum Teil durch die gestiegene Sichtbarkeit und den Bekanntheitsgrad der Projekte „Each One Monitoring“ und „Each One Beratung“ innerhalb der Schwarzen Communities. Als ein weiterer entscheidender Faktor kann die Rassismus-Debatte gesehen werden, die infolge der Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten ausgelöst wurde. Dem Träger zufolge wurden durch die mediale Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus und durch die community-internen Diskurse die Hemmschwelle bei vielen Schwarzen Menschen gesenkt, sich beraten zu lassen sowie erlebte Diskriminierung und Rassismus zu melden. Das gestiegene Bewusstsein und die Vernetzung von vielen Betroffenen untereinander haben zur Nutzung von neuen Beratungsangeboten beigetragen und die Wahrnehmung von möglichen Handlungsoptionen gegen diese Diskriminierung verstärkt.

Die Zahlen und Darstellungen der Berliner PAD Zivilgesellschaft machen deutlich, wie wichtig die Verfolgung der Zielsetzung der UN Dekade ist, insbesondere die Erfassung von Diskriminierungsfällen sowie deren Analyse. Damit verbunden ist es für den Berliner Senat von großer Bedeutung, für Menschen afrikanischer Herkunft effektive Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung zu schaffen. Dazu zählen der Zugang zu niedrigschwelliger Antidiskriminierungsberatung und Information sowie Unterstützung in administrativen und gerichtlichen Verfahren. Die Verabschiedung des LADG und die Ermöglichung eines Verbandsklagerechts sind hierfür wichtige Schritte. Darüber hinaus entwickelt der Senat gezielte Maßnahmen, um der Diskriminierung von Menschen afrikanischer Herkunft entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen werden in Anlage 1 – dem Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024) in Berlin – dargestellt.

3. Der Berliner Weg zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

Berlin ist das erste Bundesland, das sich auf den Weg gemacht hat, die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft umzusetzen. Ein zentrales Moment zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen, die sich gegen die anti-Schwarze Diskriminierung und Rassismus wenden, ist die Einbeziehung der Perspektive von Schwarzen Menschen. Der Senat teilt die vom Abgeordnetenhaus hervorgehobene Bedeutung einer partizipativen Entwicklung von geeigneten Maßnahmen, mit denen die Teilhabegerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit für Menschen afrikanischer Herkunft erreicht werden soll. Die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Senatsaktivitäten ist nur durch eine kontinuierliche und konzeptionelle Beteiligung von Selbstorganisationen möglich. Dem Berliner Senat ist es ein wichtiges Anliegen, dass hierbei die Heterogenität der Communities berücksichtigt wird und die Selbstorganisationen und Verbände in ihrer Vielfalt beteiligt werden. Nur so kann der Mehrdimensionalität und den Intersektionalitäten der Diskriminierungslagen Schwarzer Menschen Rechnung getragen werden kann.

Dieser von Berlin eingeschlagene Weg findet europaweit Anerkennung. Dem European Network against Racism (ENAR) zufolge – in dem über 150 Antirassismusorganisationen aus ganz Europa vernetzt sind – nimmt Berlin eine wegweisende Rolle sowohl bundesweit wie auch europaweit ein.

Zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft hat Berlin bisher folgende Schritte verfolgt:

2017: Erste Abstimmungsgespräche mit Schwarzen Akteurinnen und Akteuren

Im Jahr 2017 wurden von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung erste Gespräche mit zentralen Organisationen von Menschen afrikanischer Herkunft und einzelnen Akteurinnen und Akteuren geführt, um sich über Bedarfe und Anforderungen an die Durchführung eines Konsultationsprozesses zur Umsetzung der UN Dekade abzustimmen. Die Abteilung Antidiskriminierung (LADS) hat sich hierzu mit folgenden Akteurinnen und Akteuren beraten:

- Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD),
- Afrika-Rat – Dachverband afrikanischer Vereine und Initiativen Berlin-Brandenburg,
- Each One Teach One e.V. (EOTO),
- Generation ADEFRA e.V. – Schwarze Frauen in Deutschland (ADEFRA),
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB e.V. (ADNB),
- dem zuständigen Vertreter des Beirats für Integrations- und Migrationsfragen, Bertrand Njourné
- sowie mit der für 2017 ernannten UN-Fellow, Elisabeth Kaneza.

2018: Kick-Off und Konsultationsprozess

2018 wurde die Berliner Strategie zur Umsetzung der UN Dekade mit einer Kick-Off Veranstaltung bekannt gegeben. Auf Einladung der Staatssekretärin für Antidiskriminierung und Verbraucherschutz wurde mit zahlreichen Verbänden sowie einzelnen Akteurinnen und Akteuren der PAD Communities über die Durchführung eines Konsultationsprozesses zur Umsetzung der UN Dekade beraten.

Aufbauend auf den Abstimmungen in 2017 und der Beratung in der Kick-Off Veranstaltung wurde von Seiten des Senats ein Kriterienkatalog zur Gestaltung, Organisation und Durchführung eines Konsultationsprozesses erarbeitet. Wie in den Drs. Nrn. 18/1260 und 18/2330 dargelegt, wurde im Anschluss daran im Jahre 2018 ein wissenschaftlich begleiteter Konsultationsprozess mit Selbstorganisationen durchgeführt, bei dem die breite Beteiligung der heterogenen PAD Communities von zentraler Bedeutung war. Konzeptionell umgesetzt und begleitet wurde dieser Prozess durch Prof. Dr. Maisha Maureen Auma (Humboldt Universität zu Berlin/Universität Magdeburg-Stendal) sowie Katja Kinder und Peggy Piesche vom Team Diversifying Matters der Generation ADEFRA e.V. Im Rahmen dieses Konsultationsprozesses wurde von den beteiligten Selbstorganisationen ein Abschlussbericht mit Empfehlungen und Forderungen zur Umsetzung der UN Dekade erarbeitet. Dieser wurde vom wissenschaftlichen Begleiteteam als Abschlussbericht zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“, im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015-2024“ im Jahr 2019 in finaler Version vorgelegt (vgl. Drs. Nr. 18/2330 Anlage). Der Bericht fokussiert auf Berliner Verwaltungshandeln.

2019: Senatsbeschluss zur Entwicklung eines Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Der Berliner Senat hat den zivilgesellschaftlichen Abschlussbericht zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“, im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024)“ aufgegriffen und mit einem Senatsbeschluss (Drs. Nr. 18/2330) zur Grundlage der Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN Dekade in Berlin erklärt.

Parallel wurden vom Berliner Senat im Jahr 2019 verschiedene Maßnahmen gegen Rassismus und die Diskriminierung von Schwarzen Menschen in die Zuwendungsförderung aufgenommen, wie zum Beispiel die Monitoring- und Dokumentationsstelle von anti-Schwarzem Rassismus sowie die spezifische Antidiskriminierungsberatung zu anti-Schwarzem Rassismus des Trägers Each One Teach One e.V. Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen des Senats findet sich in Anlage 1 dieses Berichts. Zugleich wurde der zivilgesellschaftlich koordinierte Prozess zur Entwicklung eines Konzepts zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit unter Federführung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gestartet. Dieser Prozess wird vom Bündnis Decolonize Berlin im Auftrag des Senats umgesetzt².

2020/2021: Dialogprozess zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Gemäß Drs. Nr. 18/2330 wurde 2020 bis Frühjahr 2021 ein Dialogprozess zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft gestartet. Mit Beginn des Jahres 2020 konnte die Förderung des Projektes „Dialogische Entwicklung von Maßnahmenkonzepten zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ begonnen werden. Der Dialogprozess wurde in Verantwortung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V., RAA Berlin, in Kooperation mit Generation ADEFRA e.V. und dem Team Diversifying Matters – Prof. Dr. Maisha Maureen Auma sowie Katja Kinder und Peggy Piesche – gestaltet und durchgeführt. In diesem Dialogprozess wurde die Überführung der Ergebnisse des Berichts zum Konsultationsprozess in geeignete Maßnahmen geprüft.

² Zu diesem Prozess und seinen Ergebnissen wird ein gesonderter Bericht unter Federführung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe vorgelegt.

Der Berliner Senat hat sich im Rahmen des Dialogprozesses ab März 2020 an mehreren ressortübergreifenden, digitalen Fachrunden zwischen PAD Selbstorganisationen und Verwaltung beteiligt. Darüber hinaus haben zahlreiche Abstimmungen in Form virtueller Treffen, von Telefonaten und schriftlichen Abfragen zwischen dem Fachteam der RAA/ADEFRA e.V. und verschiedenen Ressorts der Senatsverwaltung stattgefunden. Hieran haben sich die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Senatsverwaltung für Finanzen, die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, die Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie die Senatskanzlei Wissenschaft und Forschung beteiligt. Zudem wurden mehrere senatsinterne Fachrunden mit den beteiligten Verwaltungen durchgeführt.

In diesem Dialogprozess konnten Forderungen des Konsultationsprozesses spezifiziert werden. Aus Perspektive der am Prozess beteiligten Fachabteilungen wird dieser Prozess und das Format des Austauschs zwischen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung als klärend und gewinnbringend angesehen. Das Fachteam der RAA e.V. und von ADEFRA e.V. konnte Handlungsnotwendigkeiten zum Abbau von Diskriminierung von Menschen afrikanischer Herkunft aufzeigen. Die Forderungen des Fachteams waren ebenso forschungsba- siert wie mit den PAD Communities abgestimmt.

Von Seiten der Verwaltung konnte das Fachteam darin unterstützt werden, einzelne Forde- rungen der Zivilgesellschaft den Ressortzuständigkeiten der Senatsverwaltung entspre- chend einzuordnen. Struktureller Rassismus wurde in den Blick genommen um, dort wo es möglich ist, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In den Dialogrunden wurden neben Möglich- keiten zugleich auch Grenzen der Umsetzung von Maßnahmen aufgezeigt. Hierbei wurden Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Hierarchieebenen der Verwaltung ebenso thematisiert wie haushalts- und verwaltungsrechtliche Bedingungen.

Das Fachteam der RAA e.V. und ADEFRA e.V. hat aufbauend auf den Dialogprozess einen „Zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von deren Diskriminierung durch anti-Schwarzen Rassismus (ASR).“ vorgelegt. Dieser Katalog fasst die in der dialogischen Prozessbegleitung spezifi- zierten Forderungen der Zivilgesellschaft zusammen. Diese Forderungen werden an die einzelnen Ressorts der Senatsverwaltung gerichtet. Der Katalog bildet das Ergebnis des Dialogprozesses zwischen PAD Zivilgesellschaft und der Verwaltung aus der Perspektive der beteiligten Schwarzen Zivilgesellschaft. Er wurde vom Fachteam Prof. Dr. Maureen Maisha Auma, Katja Kinder und Peggy Piesche herausgegeben und kommentiert.

Dieser zivilgesellschaftliche Katalog wird dieser Senatsvorlage in der Anlage 2 beigefügt. Der Berliner Senat erachtet diesen Maßnahmenkatalog als Ergänzung beziehungsweise punktuelle Präzisierung des Abschlussberichts zum Berliner Konsultationsprozess „Sicht- barmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Her- kunft“ im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024)“. Beide Forderungskataloge bilden eine wichtige Grundlage für die weitere Ge- staltung und Umsetzung der UN Dekade im Land Berlin bzw. enthalten durch die zuständi- gen Fachressorts in diesem Zusammenhang zu prüfende Punkte. Aktuell werden bereits einige Vorschläge aus dem angehängten zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkatalog von verschiedenen Senatsverwaltungen aufgegriffen und umgesetzt. Dies wird im Vergleich mit dem „Berliner Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer

Herkunft (2015-2024)“ (siehe Anlage 1) ersichtlich. Noch offene Punkte des zivilgesellschaftlichen Forderungskatalogs können insbesondere im Dialog der Berliner Verwaltungen mit dem geplanten „Expertinnen- /Expertenbegleitgremium zur Umsetzung der UN Dekade“ thematisiert und die Umsetzbarkeit überprüft werden. Hier ist ebenso der geeignete Raum für eine Thematisierung und Diskussion der in dem Maßnahmenkatalog vorgebrachten grundsätzlichen Kritik am Berliner Verwaltungshandeln sowie für eine Erörterung der rechtlichen Rahmenbedingungen von Verwaltungshandeln.

2021: Weitere Schritte der partizipativen Abstimmung

Die partizipative Vorgehensweise bei der Umsetzung der UN Dekade durch den Berliner Senat wird mit verschiedenen Formaten fortgesetzt werden.

Im Mai 2021 wurde unter dem Titel „Beratung – Vermittlung – Begleitung“ eine Ansprechstelle zur Unterstützung der Berliner Verwaltung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft eingerichtet. Diese wird aus Zuwendungsmitteln der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert. Der Träger RAA hat sich mit diesem Projekt das Ziel gesetzt, als unterstützende Anlaufstelle für die Berliner Verwaltung in Fragen der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft zu fungieren.

Angeboten werden u.a. Sensibilisierungen für wenig diskriminierungserfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung als auch Empowermentangebote für diskriminierungserfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem steht die Ansprechstelle für Fragen zur Entwicklung von rassismuskritischen Maßnahmen zur Verfügung, die auf der strukturellen Ebene ansetzen.

Mit dem 1. Juni 2021 ist die Einrichtung einer Geschäftsstelle für ein Expertinnen-/Expertenbegleitgremium zur Umsetzung der UN Dekade gestartet. Im Anschluss daran soll die Besetzung dieses Gremiums erfolgen. Auch diese Projektgeschäftsstelle wird aus Zuwendungsmitteln der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert.

Die Arbeit der Geschäftsstelle besteht darin, alle Bestandteile des Expertinnen-/Expertengremiums inhaltlich-strategisch zu koordinieren. Hauptziel des Expertinnen-/Expertengremiums ist es, anti-Schwarzen Rassismus öffentlich zu thematisieren, das gesellschaftliche Bewusstsein dazu zu erhöhen, durch anti-Schwarzen Rassismus verursachte Barrieren entschlossen zu bekämpfen und Schwarzes Leben in Berlin nachhaltig zu fördern. Das Expertinnen-/Expertengremium begleitet die Umsetzung der mit der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft verbundenen Anliegen fachlich und berät das Land Berlin bei deren nachhaltigen Verankerung.

Die Besetzung des Expertinnen-/Expertenbegleitgremiums zur Umsetzung der UN Dekade erfolgt durch die Projektgeschäftsstelle in Absprache mit den betroffenen Communities und der LADS. Dem Gremium sollen Vertreterinnen und Vertreter Schwarzer Selbstorganisationen, der politischen Bildungsarbeit, von Demokratieinitiativen und der Wissenschaft angehören.

Aus Perspektive der federführenden Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gilt es, bereits begonnene, wie auch neu zu entwickelnde Maßnahmen zur Implementierung der UN Dekade in einen strategischen Zusammenhang zu setzen und mit bereits bestehenden Landesstrategien wie z.B. der Landeskonzeption „Demokratie.

Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ sowie ihrer operativen Umsetzung im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verbinden. Die Bekämpfung der Diskriminierung und des Rassismus gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft muss in seiner Spezifik vorangebracht werden und zugleich eine nachhaltige Verankerung in bestehenden Strategien und Programmen gegen Rassismus finden.

4. Berliner Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024) in Berlin

In Anschluss an die oben dargestellten Schritte zur Umsetzung der UN Dekade sowie aufbauend auf den Ergebnissen des Dialogprozesses verfolgt der Berliner Senat zwei Stränge zur Umsetzung der UN Dekade: Zum einen werden Maßnahmen entwickelt, die in die Berliner Verwaltung hineinwirken – wie z.B. eine projektbasierte Anlauf- und Beratungsstelle zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, die sich direkt an die Berliner Verwaltung richtet und die im Mai 2021 ihre Arbeit aufgenommen hat. Zum anderen werden zahlreiche PAD Organisationen in ihrer Arbeit unterstützt (vgl. hierzu Anlage 1). Alleine für die von der federführenden Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung geförderten Projekte wurde im Doppelhaushalt 20/21 ein Budget von einer Million Euro bereitgestellt. Wie aus Anlage 1 zu ersehen ist, haben auch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familien, die Senatsverwaltung für Finanzen, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie die Senatskanzlei Wissenschaft und Forschung umfangreiche Mittel zur Förderung von Projekten im Kontext der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft aufgewendet. Darüber hinaus haben auch die Berliner Bezirke Initiativen gefördert, die Zielsetzungen der UN Dekade verfolgen.

Alle Maßnahmen des Berliner Senats und der Bezirke, die direkt auf die Umsetzung der UN Dekade ausgerichtet sind, wurden im anliegenden Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft zusammengestellt.

Dieser Maßnahmenplan wurde ergänzt durch eine Übersicht zu bereits begonnenen oder umgesetzten Maßnahmen gegen Rassismus allgemein, die eine befördernde Wirkung auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft haben können. Die Darstellung dieser Maßnahmen erfolgt zum einen, um auch diese Aktivitäten der Berliner Verwaltung sichtbar zu machen. Eine solche Darstellung bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Anknüpfungspunkte zu bestehenden Maßnahmen auszuloten, an denen die Weiterentwicklung der UN Dekade und die Umsetzung der Forderungen der PAD Selbstorganisationen ansetzen könnten.

Anlagen:

Anlage 1: Berliner Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin.

Anlage 2: „Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von deren Diskriminierung durch anti-Schwarzen Rassismus (ASR)“. Die Inhalte des Berichts sowie dessen Form liegen vollständig in der Verantwortung der Autorinnen. Der Katalog spiegelt die Perspektive der beteiligten Zivilgesellschaft und gibt nicht notwendigerweise die Positionen des Senats wieder. Die aufgelisteten Forderungen stellen keine vorgegebenen, umzusetzenden Maßnahmen für den Berliner Senat dar.

1. Rechtsgrundlage:

§ 30 Abs. 1, 3 bis 7 GGO II

2. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

Die in den Jahren 2020 und 2021 realisierten bzw. vorgesehenen Ausgaben können der Anlage 1 entnommen werden. Zukünftige Ausgaben sind derzeit nicht quantifizierbar. Sofern dargestellte Maßnahmen ab dem Jahr 2022 weitergeführt werden, erfolgt die Finanzierung aus den vorhandenen Mitteln des jeweiligen Einzelplans.

Berlin, den 10.08.2021

Der Senat von Berlin

Klaus Lederer
Bürgermeister

Dr. Dirk Behrendt
Senator für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung



**Berliner Maßnahmenplan
zur Umsetzung der UN Dekade
für Menschen afrikanischer Herkunft
(2015-2024)**

Inhalt

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.....	5
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	5
Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gegen Rassismus und zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können	7
Senatsverwaltung für Finanzen	12
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Finanzen zur Umsetzung gegen Rassismus allgemein, zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft; die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können	12
Verwaltungsakademie Berlin (VAk)	12
Personalmarketing und -recruiting	13
Senatsverwaltung für Inneres und Sport.....	14
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.....	14
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	14
Berliner Bäder-Betriebe	15
Polizei Berlin	15
Abteilung Grundsatzangelegenheiten, Recht der öffentlichen Sicherheit, Dienstrecht, Aus- und Fortbildung Polizei und Feuerwehr.....	20
Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	22
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	22
Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gegen Rassismus allgemein, zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft; die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können	23
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.....	25

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:	25
Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gegen Rassismus und zum Opferschutz, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:.....	28
Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)	31
Demokratie, Vielfalt Respekt – Das Berliner Landesprogramm gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus	32
„Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus – Stärkung von Strafverfolgung und Opferschutz“ Bedarfsanalyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte	32
Diversity-Landesprogramm	32
Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung	33
Senatsverwaltung für Kultur und Europa	34
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:	34
Maßnahmen Senatsverwaltung für Kultur und Europa gegen Rassismus und Diskriminierung sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:	38
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	42
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:	42
Maßnahmen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gegen Rassismus und zur Entwicklungszusammenarbeit, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:	45
Berliner Verkehrsbetriebe	46
Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung	51
Maßnahmen der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:	51
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	53
Maßnahmen des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.....	53

Maßnahmen des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können	56
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin.....	62
Maßnahmen des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.....	62
Bezirksamt Mitte von Berlin.....	64
Maßnahmen des Bezirksamts Mitte von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.....	64
Maßnahmen des Bezirksamts Berlin Mitte von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.....	67
Bezirksamt Pankow von Berlin.....	75
Übersicht Maßnahmen des Bezirksamts Pankow von Berlin gegen Rassismus allgemein sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können	75
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin	83
Maßnahmen des Bezirksamts Reinickendorf von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	83
Maßnahmen des Bezirksamts Reinickendorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.....	84
Bezirksamt Spandau von Berlin	89
Maßnahmen des Bezirksamts Spandau von Berlin gegen Rassismus allgemein sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.....	89
Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin	91
Maßnahmen des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:.....	91

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin	93
Maßnahmen des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:	93
Maßnahmen des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:	95
Partnerschaft für Demokratie Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!	99
Projekt zur Stärkung der Demokratie und Prävention von Antisemitismus	99
BA Tempelhof-Schöneberg, Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus	99
in Kooperation mit Arbeit und Leben e.V.	99
Partnerschaft für Demokratie Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!	99
Projekt zur Stärkung der Demokratie und Prävention von Antisemitismus	99
BA Tempelhof-Schöneberg, Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus	99
in Kooperation mit Arbeit und Leben e.V.	99

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen/ Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushaltstitel	Anmerkungen
Aufarbeitung der Kolonialen Vergangenheit	Bildungsarbeit in Schulen zu Kolonialismus und Verantwortung (BIKO) / Stiftung Nord-Süd-Brücken	100.000	1010-54180	
Aufklärung zu anti-Schwarzem Rassismus, Lebenssituation von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin, Kolonialgeschichte	Ankauf und zur Verfügungstellung von Publikationen, 2020: Neun Publikationen aus den Themenfeldern im Angebot	23.365,-	1014-52513	Berliner Landeszentrale für politische Bildung Weitere Publikationen werden 2021 angekauft und zur Verfügung gestellt, Eigenpublikation zum Thema Rassismus in Vorbereitung
Lebenssituation von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin	Veranstaltungsreihe in Kooperation mit EOTO e.V.			Berliner Landeszentrale für politische Bildung Corona-bedingt verschoben, da bei den Kooperationspartnern ein digitales Format nicht sinnvoll erschien
Projektförderung	2020: zwei Projekte zum Themenfeld Kolonialismus	7.047,-	1014-68569	Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Projektförderung	2021: Vier Projekte zu den Themenfeldern Kolonialismus und anti-Schwarzem Rassismus	19.474,-	1014-68569	Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ausbau und Weiterentwicklung des gesamtstädtischen Empowerments junger Schwarzer Menschen	PAD Youth Berlin Träger: Each One Teach One (EOTO) e. V. Empowerments junger Schwarzer Menschen	150.000,-	1042-68425	SenBJF Abt. III Im Rahmen der Fördermittel zur UN Dekade
Entwicklung von Orientierungs- und Handlungsrahmen zu übergreifenden Themen des Rahmenlehrplan 1-10	Einbeziehung von PAD Perspektiven / Rassismuskritik Träger: Individuelle Expert*innen	/	/	SenBJF Abt. II Maßnahme 2019/2020 Maßnahme abgeschlossen bzw. Beauftragung durch das LISUM
Stärkung des Black History Month im Kontext der Weiterentwicklung des Queer History Month	(Teil des Projekts) Queer History Month Träger: Archiv der Jugendkulturen e. V.	32.000,-	1010-68569	SenBJF Abt. II Im Rahmen der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV). Drs. 18/2047 Anlage, S. 37, Maßnahme 48
Adressierung von anti-Schwarzem Rassismus und kolonialen Kontinuitäten in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte	Kompetenzstelle für intersektionale Pädagogik (i-PÄD) Träger: Migrationsrat Berlin e. V.	324.000,-	1010-68569	SenBJF Abt. II Im Rahmen der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV). Drs. 18/2047 Anlage, S. 46, Maßnahmen 68, 69

Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gegen Rassismus und zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushaltstitel	Anmerkungen
Diskriminierungskritische Qualifizierung für Schule und Verwaltung (Führungskräfte und Fachreferent*innen)	Die Fortführung der Maßnahme wird vorbereitet. Träger: N.N.	60.000,-	1000-52501	Sen QBM / Antidiskriminierungsbeauftragte/r für Schulen. Auftakt und Module 1-2 zwischen 30.11.2018 - Juni 2019 durchgeführt. Anti-Schwarzer Rassismus ist Teil eines rassismuskritischen Moduls.
Lehrkräftefortbildungen zu Rassismus, Mobbing und Diskriminierung, Gewaltprävention und Umgang mit religiös und politisch motivierten Konflikten	Die Regionale Fortbildung Berlin bietet verschiedene Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Rassismus, Anti-Mobbing, Anti-Diskriminierung, Gewaltprävention sowie zum Umgang mit religiös und politisch motivierten Konflikten an. Im Rahmen dieser Kurse werden verschiedene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert. Darüber hinaus fördern Kurse zur Demokratiepädagogik, zu Diversity und zur Inklusion die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung. Das LISUM plant für das Schuljahr 2021/22 einen Fachtag zu Antidiskriminierung, der den Schwerpunkt Rassismus und Klassismus haben wird. Es	Eine Aufsummierung ist im Rahmen des Berichts nicht möglich.	1000-52501	SenBJF Abt. II „Fortbildung für religiös und politisch motivierte Konflikte in Schulen sowie Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften“ LISUM

	soll einen Workshop zu anti-Schwarzem Rassismus geben.			
Veranstaltungen zu Rassismus und Partizipation in der Migrationsgesellschaft	2020: Vier Eigenveranstaltungen	400,- 4400,-	1014-52513 1014-42701	Berliner Landeszentrale für politische Bildung Corona-bedingt zahlreiche Absagen von Veranstaltungen, Planungen 2021 noch nicht abgeschlossen
Projektförderung	2020: Sechs Projekte zu den Themenfeldern Rassismus und Partizipation in der Migrationsgesellschaft	29.221,-	1014-68569	Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Projektförderung	2021: Acht Projekte zu den Themenfeldern Rassismus und Partizipation in der Migrationsgesellschaft	28.678,-	1014-68569	Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Diskriminierungskritische Fortbildungsveranstaltungen für sozialpädagogisches Personal	Veranstaltungen zum Thema in diversen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe "Vielfalt diskriminierungssensibel gestalten"	/	1051	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB)
Unterschiedlichste Projekte Im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation geflüchteter Menschen	Projekte im Rahmen der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit, Familienförderung und Kindertagesbetreuung zur Integration und Partizipation sowie zur Förderung der Chancengleichheit (siehe auch Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter) -	/	1040 / 1041 / 1042 / 1045 / 1051	Abteilungen III, V und SFBB
Diversitätsorientierte Schulentwicklung	Programm "Schulentwicklung im Kontext soziokultureller Diversität erfolgreich gestalten"; ein präventives, diver-	Rd. 50.000,-	1010-52519	Finanzierung aus dem Titel 52519 „Sprachbildung/Sprachförderung und interkulturellen Öffnung“

	<p>sitätsbewusstes und diskriminierungskritisches Schulentwicklungsprogramm mit der Zielsetzung, vorurteilsbewusst mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit umzugehen und aktiv an Veränderungen zu arbeiten.</p> <p>Baustein 1: Modulare Qualifizierung für Personen mit Leitungsaufgaben und das pädagogische Personal u. a. zu den Themenschwerpunkten Grundlagen und Besonderheiten der Schulentwicklung im Kontext soziokultureller Diversität, Hilfreiche Instrumente für die Schulentwicklung, Stärkung des pädagogischen Personals im Umgang mit soziokultureller Diversität</p> <p>Baustein 2: Begleitung der Schulentwicklungsprozesse durch bedarfs- und prozessorientierte Qualifizierung und Begleitung der teilnehmenden Schulen</p> <p>Baustein 3 – Bereitstellung von Angeboten und Projekten zur schulinternen Qualifizierung z. B. durch die Fortbildungsreihe „Herausforderungen und Chancen von Vielfalt“ mit den Themenschwerpunkten Klassengemeinschaften stärken, Konflikte erfolgreich bearbeiten, Schülerinnen-/Schülermitbestimmung, Umgang mit Mobbing, gute Zusammenarbeit mit Eltern</p>			
--	---	--	--	--

	Umgesetzt durch das Zentrum für Sprachbildung der SenBildJugFam			
<p>politische Partizipation, Menschenrechte, Empowerment</p> <p>Zielgruppe: Teilnehmende der landesfinanzierten Deutschkurse für Geflüchtete</p>	<p>Modul Politische Teilhabe</p> <p>Das Modul richtet sich an Menschen mit Fluchterfahrung und wird von politischen Bildner*innen mit eigener Fluchterfahrung angeboten. Im Rahmen des Angebots wurden die politischen Bildner*innen im vierten Quartal in 2020 in Didaktik der politischen Bildung sowie DaZ/ DaF fortgebildet.</p> <p>Im Rahmen des niedrigschwelligen Angebots können die Kursteilnehmenden ihre eigenen Interessen in Hinblick auf gesellschaftliches Engagement zum Ausdruck bringen, sich mit ihren Diskriminierungserfahrungen, mit Fragen der Teilhabe, der politischen Partizipation und dem politischen System sowie mit Menschenrechten auseinandersetzen sowie Ideen für Empowerment mitentwickeln.</p> <p>Ein solches Format bietet die Möglichkeit, eine partizipative Mitgestaltung der Kursinhalte und Abläufe seitens der Lernenden zu gewährleisten.</p>	<p>2020: 32.000,-</p> <p>2021: 80.000,-</p>	1010-68617	<p>TA 2 Modul politische Teilhabe</p> <p>Der Ansatz in 2020/21 betrug je 130.000 €, Zur Erbringung von pauschalen Minderausgaben wurde dieser in 2020 auf 32.000,-€ und in 2021 auf 80.000 € reduziert</p> <p>Neben der Ausweitung der VHS Sprachkurse nach Zielgruppen und Lerninhalten sollen diese mittelfristig um Module der politischen Teilhabe erweitert werden. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung eingesetzt unter Mitwirkung des Referats der Erwachsenenbildung (SenBJF) sowie dem Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen. Per Fragebogen wurden die Kursteilnehmenden bzgl. der Themen im Bereich der politischen Teilhabe befragt. Basierend auf die Fragebogenergebnisse werden derzeit Materialien entwickelt, die im Rahmen des Moduls eingesetzt werden.</p>

Erläuterungen und Ergänzungen:

In den genannten Maßnahmen und Projekten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird auf die Repräsentanz von Schwarzen Menschen sowie auf die Kooperation mit Schwarzen Selbstorganisation und Expert*innen geachtet.

Bezüglich der feldspezifischen Forderung zu Bildung und Demokratieerziehung „Einen OHR (Orientierungs- und Handlungsrahmen) für Rassismuskritik und anti-Schwarzen Rassismus“ in Auftrag zu geben (Bericht zum Konsultationsprozess 2018 (S. 89), ist zu berichten, dass die „Orientierungs- und Handlungsrahmen“ (OHR) ein spezifisches Dokumentenformat im Kontext des Rahmenlehrplan 1-10 für Berlin und Brandenburg sind. Für jedes übergreifende Thema gemäß Teil B des Rahmenlehrplans ist ein OHR erstellt worden. Anti-Schwarzer Rassismus/Rassismuskritik werden u. a. explizit im OHR sowie in der Handreichung zum übergreifenden Thema „Bildung zu Akzeptanz von Vielfalt/Diversity“ sowie im OHR „Sexualerziehung/Bildung zu sexueller Selbstbestimmung“ benannt.

Senatsverwaltung für Finanzen

Abteilung IV - Landespersonal

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Finanzen zur Umsetzung gegen Rassismus allgemein, zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft; die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Verwaltungsakademie Berlin (VAK)

In den Fortbildungsangeboten der VAK ist der Themenkomplex „Interkulturelle Kompetenz/Diversity“ mit unterschiedlichen Formaten wie Seminaren, Qualifizierungsreihen sowie Lehrgängen seit vielen Jahren integraler Bestandteil der beruflichen Qualifizierung für viele Zielgruppen. Die Angebote werden in sogenannten Programmveranstaltungen (offener Zugang für die jeweilige Zielgruppe sowie als Inhouse-Veranstaltung als maßgeschneidertes Angebot für geschlossene Gruppen) vorgehalten. Im Folgenden einige ausgewählte Beispiele:

1. Angebote für Führungskräfte

- Mein Team im Hier und Jetzt – Teamkonstellationen, Diversity im Team berücksichtigen und positiv nutzen
- Akzeptanz menschlicher Vielfalt – Diversity managen

2. Angebote für Mitarbeitende (u.a. Neueinsteigende)

- Diversity und interkulturelle Kompetenz
- Diversity – Akzeptanz der Vielfalt
- Recht und Gerechtigkeit – Diversity und öffentliches Dienstrecht/AGG
- Diversity – Akzeptanz der Vielfalt und Einführung in das AGG und LADG
- Interkulturelle Kommunikation
- Beobachtung interkultureller Kompetenz im Auswahlverfahren

3. Angebote für spezielle Zielgruppen

- Baustein Diversity für Gesundheitskoordinatoren/-innen
- Grundlagentraining Diversity und AGG für Beschäftigtenvertretungen
- Interkulturelle Kompetenz/Diversity Management für Mitarbeitende der Ordnungsämter
- Vielfalt als Nutzen begreifen: Zusammenarbeit und Dienstleistungsorientierung in der Verwaltung stärken für neueingestellte Juristen/-innen
- Diversity – Akzeptanz der Vielfalt und Einführung in das AGG für neueingestellte Trainees und Regierungsinspektoren/-innen

Darüber hinaus kooperiert die VAK mit der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung und bietet zu diesem Themenkomplex auch regelmäßig Fortbildungsangebote zur Erweiterung und Vertiefung der interkulturellen Kompetenz für ihre Trainer/innen und Dozierenden an. Abgerundet wird das Gesamtangebot durch ein digital zur Verfügung stehendes Video „Diversity“ sowie ein Online-Lernprogramm zum LADG.

In den Ausbildungs- und Verwaltungslehrgängen der VAK ist der Themenkomplex „Interkulturelle Öffnung/Diversity“ ebenfalls wesentlicher Bestandteil der beruflichen Qualifizierung. Die Vielfalt der Stadtgesellschaft ist in den curricularen Festschreibungen implementiert und wird durch ein umfassendes Angebot an ergänzenden Seminarangeboten abgebildet. Interreligiöse Trainings sowie interreligiöse Dialoge gehören hier genauso zur Angebotspalette wie beispielsweise Besuche von Moscheegemeinschaften und der Austausch mit Minderheitenvertretungen.

Ergänzend bietet der Ausbildungsbereich der VAK Seminare und Workshops zur Erweiterung und Vertiefung der interkulturellen Kompetenzen für Ausbilder/innen, Praxisanleiter/innen und Dozierende an. Ergänzt wird das Gesamtangebot durch - auch digital zur Verfügung stehende – Unterlagen, insbesondere durch den Lehrbrief „Interkulturelle Kompetenz“.

Ebenfalls kooperiert die VAK mit dem Beruflichen Qualifizierungsnetzwerk Berlin (BQN Berlin e.V.) zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte an der beruflichen Bildung im öffentlichen Dienst.

Personalmarketing und -recruiting

Das Thema „Chancengerechtigkeit“ wurde mit dem Relaunch des **landesweiten Karriereportals** (berlin.de/karriereportal) im August 2020 als zentraler Arbeitgebervorteil des Landes Berlin deutlich unterstrichen. Das Land Berlin positioniert sich klar als Arbeitgeber, der eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt (Diversity) fördert und bestrebt ist die Anzahl der Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst des Landes entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen. Entsprechend des Landesprogramms Diversity wurden bei der Bildauswahl für das Portal die verschiedenen Dimensionen von Vielfalt, so auch die Dimension Herkunft, berücksichtigt.

Um künftig den Erfahrungsschatz und das vielfältige Wissen einer diversen Landesverwaltung stärker nutzen zu können, plant die Senatsverwaltung für Finanzen im Jahr 2021 die Umsetzung einer **Personalmarketingkampagne**, die darauf abzielt insbesondere junge Menschen mit Migrationsgeschichte verstärkt für eine Tätigkeit beim Land Berlin zu gewinnen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushaltstitel	Anmerkungen
Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt	Kofinanzierung in Auftragswirtschaft: EACH ONE Monitoring, Dokumentation und Beratung zu anti-Schwarzem Rassismus. Träger: EACH ONE TEACH ONE e.V. Zusätzliche Förderung des Projekts ausschließlich zu den Zielsetzungen des Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt	2021:100.000,-	0500 - 54051	Das Projekt „EACH ONE“ wird aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mit 154.000,- € in 2021 gefördert (Haushaltstitel 0601-68406). Diese Mittel sind in der Maßnahmenübersicht der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung abgebildet.
PowerMe - Psychologische Betreuung, Schulung von Eltern, Schulung von pädagogischen Fachkräften und Psychotherapeut*innen	Empowerment von Kindern und ihren Eltern u.a. mit anti-Schwarzen Rassismus- und/oder Diskriminierungserfahrungen Träger Ariba e.V.	155.000,-	0500 - 54051	Auftragsweise Bewirtschaftung durch SenJustVA

Berliner Bäder-Betriebe – über die Abteilung Sport (SenInnDS IV) der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Zulieferung in Bezug auf die Forderungen des Abschlussberichts zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“, im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015-2024“ Seite 93:

Eine gesonderte Datenerfassung zu rassistischen Übergriffen im Sinne der Fragestellung erfolgt bei den Berliner Bäder-Betrieben (BBB) nicht. Die BBB setzen in ihren Bädern, vorrangig in den Sommerbädern, zur Gewährleistung der Sicherheit und Unterstützung bei der Durchsetzung der Haus- und Badeordnung, Sicherheitspersonal ein. Dabei geht es auch darum, das Badpersonal dabei zu unterstützen, dass Badegäste, egal welcher Herkunft, unbehelligt und diskriminierungsfrei die Bäder nutzen können. Das Personal ist teilweise multinational oder besitzt einen Migrationshintergrund. Der kulturelle Hintergrund und das Beherrschen der Sprache können bei der Vorbeugung oder Schlichtung von Auseinandersetzungen helfen, gerade dort, wo verschiedene Kulturen aufeinandertreffen.

In ausgewählten Sommer- und freizeitorientierten Bädern arbeiten die BBB im Rahmen des Projektes „Bleib cool am Pool“ mit Konfliktlotsinnen und Konfliktlotsen zusammen. „Bleib cool am Pool“ ist ein gewaltpräventives Konfliktlotsenprojekt, das seit 2011 in Trägerschaft der Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit (GSJ) in ausgewählten Bädern der BBB umgesetzt wird. Durch die GJS werden Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei und den BBB zu Konfliktlotsen ausgebildet und in den Bädern vor allem präventiv und konfliktvermeidend eingesetzt.

Zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheitslage in den Bädern der BBB existierte seit mehreren Jahren eine Kooperationsvereinbarung mit der Polizei Berlin. Zum 01.01.2021 wurde ein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen, der im Wesentlichen den Kauf von 5.000 Eintrittskarten für bestimmte Bäder der BBB und die für die Nutzung geltenden Parameter regelt.

Polizei Berlin

Zulieferung in Bezug auf die Forderungen des Abschlussberichts zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“, im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015-2024“ Seite 96:

Zur Frage: „Welche Maßnahmen/Initiativen/Angebote gibt es in der Polizei Berlin sowohl zur Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeitenden als auch als Angebot für Menschen afrikanischer Herkunft bereits?“ (ebd.)

Ausbildung:

Der intensiven und dauerhaften Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus kommt in der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein hoher Stellenwert zu und ist im Lehrplan als eigenständiges Leitthema sowie als Seminarangebot fest verankert. Dabei stehen im Hinblick auf die Konfrontation mit Ausdrucks- und Erscheinungsformen der dialogische Zugang, die Diskussion und die Reflexion im Vordergrund der pädagogischen und didaktischen Ansätze einer umfassenden Menschenrechtsbildung.

Folgende Leitthemen des Lehrplans können hier beispielhaft genannt werden:

- Erscheinungsformen von politischem Extremismus und Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus mit Bezügen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts,
- Integration und Migration – Herausforderungen und Perspektiven,
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG),
- Arbeitsweise einer NGO (Nichtregierungsorganisation) am Beispiel Amnesty International,
- Hasskriminalität.
-

In der Ausbildung des mittleren Dienstes findet ein mehrtägiges Seminar/Training zur interkulturellen Kompetenz sowie zum Thema Diversity statt. Das Diversity Seminar wird durch Fachlehrkräfte der politischen Bildung geleitet. Das Seminar/Training zur interkulturellen Kompetenz wird durchgängig von externen, speziell ausgebildeten Trainern durchgeführt. Dabei kommen sowohl Anti-Bias Trainings als auch entsprechende Schulungsmaterialien zum Einsatz.

Alle Fortbildungen, bei denen es inhaltlich geboten scheint, enthalten rassismuskritische und diskriminierungssensible Inhalte.

Fortbildung:

Die Fachgruppe Politische Bildung führt wegen der gestiegenen Anforderungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenz im Polizeidienst“ seit 1994 regelmäßig eine zweitägige Seminarreihe mit folgenden ausgewählten Schwerpunkten durch:

- Daten, Fakten, Hintergründe zum Thema Zuwanderung und Integration,
- Geschichte und Perspektive von Zuwanderergruppen in der BR Deutschland,
- Integration von Spätausgesiedelten,
- Belastende Alltagssituationen zwischen Polizei und bestimmten Zuwanderergruppen in Problemquartieren,
- Informationen über die multiethnischen Strukturen in Berlin,
- Analyse der aktuellen Kriminalstatistik; insbesondere Delinquenz von jugendlichen Gewalttätigen mit Migrationshintergrund,
- Aktuelle Fälle polizeilichen Einschreitens mit interkulturellen Bezügen,
- Inhalte und polizeispezifische Aspekte zum Zuwanderungsgesetz.

Begegnungen und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der in Berlin ansässigen Migrantenorganisationen geben den teilnehmenden Polizei-beamtinnen und Polizeibeamten die Möglichkeit des intensiven Austausches und sind wesentlicher Bestandteil des Seminars.

Aktuell findet diese Seminarreihe, aufgrund konkurrierender Schwerpunktsetzungen an der Polizeiakademie, nicht statt, soll aber sukzessive wieder aufgenommen werden und der Kontakt, insbesondere zu Migrantenorganisationen, soll stetig erweitert werden.

In Zusammenarbeit mit dem Beauftragten des Senats für Integration und Migration beteiligte sich u.a. der Verein „OROMO Horn von Afrika Zentrum e.V.“ mit Bezug zu Menschen aus Afrika.

Die Polizeiakademie (PA) führt aber mehrere Seminare/Module durch, die den Anti-Bias Ansatz mit einem hohen Handlungs- und Trainingsanteil als Seminarschwerpunkt verfolgen. Basis dafür sind verbindliche Zielvorgaben und Seminarpläne.

Beispiele:

- Diversity Management (2-tägiges Modul der Führungsfortbildung),
- Diversity Management in der Basisqualifizierung für Lehrkräfte (2-tägiges Modul),
- Diversity für Tarifbeschäftigte im Ermittlungsdienst (2-tägiges Modul als Bestandteil eines Qualifizierungslehrgangs für die Zielgruppe).

Darüber hinaus werden die Themen Umgang mit Vielfaltigkeit und Diskriminierung in diversen Modulen der Fortbildung für Führungskräfte (u.a. Kritik und Reflexion, Konfliktmanagement als Führungsaufgabe) punktuell aufgegriffen.

Veranstaltungen zu den Themen „Kommunikation“ und „Konfliktbewältigung“ gehen auf die Themen Voreingenommenheit und Vorurteil ein. Ein Teil der Dienstkräfte konnte bereits von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI) zu Diversity-Trainerinnen/Diversity-Trainern fortgebildet werden.

Spezifische Seminare im Hinblick auf Menschen afrikanischer Herkunft werden bisher nicht angeboten.

Im Rahmen von Inhouse-Veranstaltungen der Verwaltungsakademie Berlin (VAK Berlin) werden unter dem Motto: „Diversity – Vielfalt aktiv gestalten“ Fortbildungen für Führungskräfte durch das Diversity Büro der Polizei Berlin (Dir ZS Pers C 12) angeboten. In diesem Seminar wird durch eine Dozentin der VAK Berlin in der Auseinandersetzung mit den eigenen Wahrnehmungen, Werten und Verhaltensweisen ein verbessertes Bewusstsein für Diskriminierungsmechanismen geschaffen und es werden Hintergründe über die Entstehung und Wirkung von Vorurteilen vermittelt.

Hierzu wird ebenfalls im Rahmen der Inhouse-Veranstaltungen der VAK Berlin, auch ein Aufbau-Seminar zur Thematik Diversity angeboten. Hier werden u. a. die Punkte bzgl. der Zunahme des Anteils von Menschen aus nichtdeutschen Herkunftsländern, die Veränderung der traditionellen Geschlechterrollen, die Akzeptanz individueller Lebensstile - Individualität statt Konformität, die Selbstverständlichkeit, dass Lesben, Schwule, Trans- und Inter-Personen Teil der Gesellschaft sind, besprochen und durch verschiedene Fallbearbeitungen erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen.

Hinsichtlich der Förderung eines diskriminierungsfreien Handelns im polizeilichen Dienstgeschehen und des kollegialen Umgangs untereinander bietet die Polizei Berlin darüber hinaus auch verschiedene Fortbildungsangebote in Kooperation mit der LADS an.

Die Seminare beschäftigen sich mit dem diskriminierungsfreien Umgang aller Dimensionen des Diversity Managements. Sie beziehen sich somit nicht ausschließlich auf rassismuskritische Themen. Auch wenn in der Konzeption in den durch Dir ZS Pers C 12 angebotenen Diversity Seminaren der Anti-Bias Ansatz nicht als solcher benannt wird, so spiegeln die Inhalte dieser Seminare den Anspruch dieser antidiskriminierenden Bildungsarbeit dennoch wider und die Teilnehmenden werden für das Themenfeld Diskriminierung sensibilisiert und zur eigenen Handlungsreflektion angeregt.

Abschließend sei noch das Projekt „Polizei und Vielfalt“, bei dem die Polizei Berlin bei ihrer Arbeit vor Ort von Mai 2016 bis Dezember 2017 von Mitarbeitenden der Stiftung SPI begleitet wurde, erwähnt. Das Projekt zielte insgesamt darauf ab, den Umgang mit gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt und Verschiedenheit (u.a. Migrationshintergrund, ethnische Herkunft und Hautfarbe) als Teil der polizeilichen Professionalität zu fördern.

Das Angebot an das Prozessteam „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, Dialogische Prozessbegleitung“ vom 6. November 2020, die Implementierung der Schwerpunkte „Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft“ und „Abbau von anti-Schwarzem Rassismus“ in die Aus- und Fortbildung der Polizei Berlin zu überprüfen, hat weiterhin Bestand. Innerhalb einer Gesprächsrunde mit Vertretern der Polizeiakademie, des LKA und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport können erkannte Bedarfe vorgetragen und Anpassungen geprüft werden.

Zur Thematik „Racial Profiling“ nimmt die Polizei Berlin wie folgt Stellung:

In diesem Zusammenhang wird auf das Projekt „Ansichten | Einsichten | Aussichten des Projekts „Polizei und Vielfalt“ der Stiftung SPI 2016–2017“ verwiesen. Bei diesem Projekt wurde die Polizei Berlin bei ihrer Aufgabenwahrnehmung ein halbes Jahr von Mitarbeitenden der Stiftung SPI begleitet und betrachtet. Die Projektergebnisse wurden veröffentlicht und stehen sowohl polizeiintern als auch für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

Zudem wird auf die Haltungskampagne „110 Prozent Berlin“ hinweisen. „Wir wollen wachsen, nicht nur größer werden“ ist eine der Aussagen, die unterstreicht, wie hoch der Anspruch an die Arbeit der Berliner Polizei ist. Weitere starke Motive thematisieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Diversität in den Reihen der Berliner Polizei, die enorme Bedeutung der Kommunikation und Deeskalation sowie den Respekt und das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft.

Die Berliner Polizei hat eine unabhängige Berliner Beschwerdestelle mit einer bzw. einem Polizeibeauftragten und eine polizeiinterne Stelle der Extremismusbeauftragten sowie der Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eingerichtet. Diese bilden Anlaufstellen auch zu Vorwürfen des Racial Profiling und rechten Tendenzen innerhalb der Polizei Berlin.

Dazu werden folgende Tätigkeitsfelder ausgeführt:

Am 26. Oktober 2020 wurde in der Polizei Berlin eine zentrale Extremismusbeauftragte als Ansprechstelle innerhalb und außerhalb der Behörde eingerichtet. Extremistische Tendenzen in den Reihen der Polizei Berlin richten sich auch immer gegen die Werte unserer Verfassung, auf die alle Polizistinnen und Polizisten einen Eid geleistet haben. Solche Tendenzen diskreditieren die überwiegend gute Arbeit der Polizei Berlin.

Durch die Einrichtung einer Extremismusbeauftragten in der Polizei Berlin soll

- die Feststellung und/oder Aufarbeitung möglicher extremistischer Tendenzen von innen heraus sichergestellt,
- das Vertrauen in die Arbeit der Polizei Berlin durch die Bekämpfung möglicher extremistischer Tendenzen in den eigenen Reihen gestärkt,
- die Sichtbarkeit des Themenfeldes gewährleistet,
- die Koordination der einzelnen Themenfelder und Bereiche sichergestellt,
- die nachhaltige Sensibilisierung der Mitarbeitenden der Polizei Berlin durch eine Stärkung der Aus- und Fortbildung verbessert,
- die regelmäßige Vernetzung mit anderen handelnden Akteuren optimiert

werden.

Insgesamt zielt die Polizei Berlin darauf ab, innerbehördlichen extremistischen Tendenzen durch Prävention und Repression noch stärker entgegenzutreten.

Am 1. Februar 2021 wurde bei der Zentralstelle für Prävention (LKA PräV) zur Thematik Hasskriminalität/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eingerichtet. Sie kann auf die Expertise und Unterstützung von insgesamt acht Sachbearbeitenden zugreifen, die insbesondere kriminalpräventiv und beratend für Betroffene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit/Hasskriminalität in Bezug auf

- Nationalität
- ethnischen Zugehörigkeit
- Hautfarbe
- Religionszugehörigkeit
- sozialen Status
- physischer und/oder psychischer Behinderung oder Beeinträchtigung
- Geschlechts
- sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität
- äußeren Erscheinungsbildes

sowie themenbezogenen NGO zur Verfügung stehen. Drei Mitarbeitende der Zentralstelle für Prävention (bei LKA PräV 1) befassen sich insbesondere mit dem Phänomen Rassismus gegen Schwarze.

Abteilung Grundsatzangelegenheiten, Recht der öffentlichen Sicherheit, Dienstrecht, Aus- und Fortbildung Polizei und Feuerwehr: (Se-nInnDS III D 1) zum Thema Racial Profiling:

Aus dem allgemeinen Gleichheitssatz gemäß Art. 3 Abs.1 GG und dem Diskriminierungsverbot gemäß Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG folgt ein eindeutiges Verbot des "Racial Profiling", also der Anknüpfung einer polizeilichen Maßnahme allein an äußere Merkmale des Betroffenen wie Hautfarbe und Gesichtszüge. Der Schutz der Grundrechte der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Personen, insbesondere der Schutz vor jeglicher Art der Diskriminierung, ist für die tägliche Arbeit der Berliner Polizei und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung von überragender Bedeutung. Das gilt auch im Rahmen von Identitätsfeststellungen sowie Durchsuchungen von Personen und mitgeführten Sachen.

Verdachtsunabhängige Identitätsfeststellungen sind nur in den engen Grenzen der Befugnisnormen des § 21 Absatz 2 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG Berlin) zulässig. Dies betrifft insbesondere Überprüfungen an sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten, also Orten,

von denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben. An solchen Orten kann die Polizei zur Gewährleistung einer wirksamen Gefahrenabwehr Identitätsfeststellungen auch unabhängig von einem konkreten Verdacht durchführen. Eine Vorauswahl der zu überprüfenden Personen allein nach äußerlichen Merkmalen ist selbstverständlich auch an kriminalitätsbelasteten Orten nicht zulässig und wäre im Übrigen auch nicht im Sinne des präventiven Ansatzes der polizeilichen Aufgabenerfüllung an diesen Orten. Von den Maßnahmen kann vielmehr jede Person betroffen sein, es sei denn, sie gehört offensichtlich von vorneherein in keiner Weise zu der Gruppe möglicher Täter.

Die Vorschrift zur verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung in § 21 Absatz 2 ASOG wurde im Zuge der aktuellen Novellierung des Polizeirechts durch das (23.) Gesetz zur Änderung des ASOG und anderer Gesetze (Drs. 18/2878) an die gewandelten Anforderungen an die Polizeiarbeit angepasst. Die Befugnis zur verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung an Orten, von denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen, hatte sich als nicht mehr erforderlich erwiesen und wurde gestrichen. Damit ist klargestellt, dass auch im Bereich möglicher Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht verdachtsunabhängige Überprüfungen nur unter den Voraussetzungen für Maßnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten durchgeführt werden können. Gleichzeitig wird die Transparenz polizeilichen Handelns durch die im neuen § 21 Absatz 4 ASOG erstmals gesetzlich verankerte Pflicht zur Veröffentlichung von Zahl und ungefähre örtlicher Ausdehnung der Orte, an denen eine verdachtsunabhängige Identitätsfeststellung zulässig ist, sowie zur jährlichen Berichterstattung des Senats gegenüber dem Abgeordnetenhaus wesentlich erhöht.

Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushaltstitel	Anmerkungen
Stärkere gesellschaftliche Teilnahme von Menschen mit afrikanischer Herkunft am Diskurs um Kultur im Allgemeinen und Literatur im Speziellen	Projekt: Black Diaspora Library Berlin Träger: EACH ONE TEACH ONE e.V.	2020: 50.940,- 2021: 50.000,-	1120-68410	Partizipations- und Integrationsprogramm (PartIntP)
Antidiskriminierungs-Beratung; Bildungsarbeit, Vernetzung, Informationsmaterial (Publikationen) im Bereich Antidiskriminierung mit Schwerpunkt Rassismus	Projekt: Diaspora Mittendrin: aufsuchende Empowerment für afrikanische Herkunft-Communities in Berlin Träger: Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland (BDB) e.V.	2020: 56.000,- 2021: 57.053,-	1120-68410	Partizipations- und Integrationsprogramm (PartIntP)
Stärkung der afrikanischen Vereine, Initiativen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe	Projekt: Starke Netzwerke für Teilhabe und Empowerment Träger: Network African Rural and Urban Development (NARUD) e.V.	2020: 54.000,- 2021: 55.015,-	1120-68410	Partizipations- und Integrationsprogramm (PartIntP)

Persönliche Stärkung, Empowerment der afrikanischen, afro-deutschen und migrantischen TeilnehmerInnen, besseres Verständnis für die Aufnahmegesellschaft	Projekt: AFIB - Afrika in Berlin - Angebote zur Unterstützung der Integration für die afrikanische Community in Berlin Träger: Joliba e.V.	2020: 59.059,- 2021: 60.169,-	1120-68410	Partizipations- und Integrationsprogramm (PartIntP)
--	---	----------------------------------	------------	---

Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gegen Rassismus allgemein, zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft; die auch auf die Teilhabeberechtigung und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushaltstitel	Anmerkungen
Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) (In Bezug auf den Bericht zum Konsultationsprozess S. 33, 60, und 90ff)	Entwurf zur Beschlussfassung - Veränderung von Begrifflichkeiten (z.B. Ersetzung der Konzepte Integration, Interkulturelle Öffnung) - Erweiterung der Zielgruppe: Menschen mit Migrationsgeschichte, umfasst laut Gesetzesdefinition Menschen, die von Rassismus diskriminiert werden - Schärfung der Gesetzesziele und Maßnahmen zur Förderung der Teil-			

	<p>habe und Partizipation und Erhöhung der Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berichtswesen und Mitarbeitendenbefragungen <p>Ausführungsvorschriften geplant</p>			
<p>Leitbild „Weltoffenes Berlin - Chancengerechte Verwaltung“</p> <p>(In Bezug auf den Bericht zum Konsultationsprozess S. 57 und 61)</p>	<p>Fortsetzung des ressortübergreifenden Prozesses, angestoßen von Abt. Integration und Abt. Antidiskriminierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sensibilisierungsprozess der Verwaltung bzgl. Diversität und Antidiskriminierung - Bekanntmachung und Umsetzung des Leitbilds in den Ressorts (Maßnahmen, Schulungen) in Planung 	10.000,-	1120-54010	Im Rahmen der Sachmittel für Interkulturelle Öffnung

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mitteleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Diskriminierung sichtbar machen - Erfassung von anti-Schwarzem Rassismus	EACH ONE Monitoring – Dokumentation, Analyse und Archiv zu anti-Schwarzem Rassismus. Träger: EACH ONE TEACH ONE e.V.	2020: 72.800,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade
Anti-Diskriminierungsberatung zu anti-Schwarzem Rassismus	Each One Beratung – Kontakt und Beratungsstelle zu anti-Schwarze Rassismus Träger: EACH ONE TEACH ONE e.V.	2020: 88.200,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade
Diskriminierung sichtbar machen - Erfassung von anti-Schwarzem Rassismus + Anti-Diskriminierungsberatung zu Anti-Schwarze Rassismus	EACH ONE Monitoring, Dokumentation und Beratung zu anti-Schwarzem Rassismus. Träger: EACH ONE TEACH ONE e.V.	2021: 154.100,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade Zusammengeführtes Projekt aus vormaligen Projekten Each One Monitoring und Each One Beratung Das Projekt erhält darüber hinaus 100.000,- € aus dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt. Diese

				Mittel werden durch die SenJustVA auftragsweise bewirtschaftet. Sie sind in der Förderübersicht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport abgebildet
Prozessbegleitung eines Dialogs zw. Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN Dekade	Dialogische Entwicklung von Maßnahmenkonzepten zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft Träger: RAA Berlin e.V. in Kooperation mit ADEFRA e.V.	2020: 87.000,- 2021: 27.000,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade Das Projekt wurde zum 30.04.2021 beendet.
Stärkung afrikanischer Eltern zur Begleitung der Bildungswege ihrer Kinder, Stärkung der Interessenvertretung von afrikanischen Eltern in Berlin	Afrikanische Eltern stärken Träger: Network African Rural and Urban Development (NARUD) e.V.	2020: 69.500,- 2021: 80.000,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade In 2021 wird dieses Projekts im Rahmen einer Kofinanzierung gefördert – als Teil des bundesweiten Projekts SAfE – Stärkung afrikanischer Eltern, gefördert durch das BAMF.
Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung eines Black Community Centers	In die Zukunft gedacht –CommUnity Zentrum Träger: Each One Teach One e.V.	2020: 67.700,- 2021: 122.000,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade Das Projekt wurde in 2020 ab dem 15.07.2020 gefördert.
Verankerung von Perspektiven gegen anti-Schwarzen Rassismus in der Antirassismus- und Präventionsarbeit.	Digitale Konferenz: Bedeutung von Ansätzen gegen anti-Schwarzem Rassismus in der Berliner Antirassismus- und Präventionsarbeit. Inhaltliche Ausführung und Durchführung durch Abdou-Rahime Diallo/Diaspora Policy Institut	2020: 6.840,-	54010-201	Die technische Umsetzung und Durchführung der Tagung wurde durch das Berliner Landesdemokratiezentrum aus Mitteln des Bundesprogramms Demokratie Leben sichergestellt.

Workshop Anti-Schwarzer-Rassismus	Workshop Anti-Schwarzer-Rassismus	2021: 2.500,-	54010-201	Durchführung im Rahmen der LADS Akademie als Angebot für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung sowie für Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Träger.
Öffentlichkeitsarbeit zur UN Dekade	Entwicklung einer Plakatkampagne Agentur Ariadne an der Spree	2020: 14.800,-	54010-201	
Geschäftsstelle für einen Expertinnen- und Expertenkreis „Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft – gegen Diskriminierung und Anti-Schwarzen Rassismus“	Projektgeschäftsstelle Gleichstellungsbeirats/Expertinnen-/Expertenkreis zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus (ASR) Träger: RAA Berlin e.V. in Kooperation mit ADEFRA e.V.	2021: 75.000,-	0601-68406	Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade 2020 wurden im Rahmen des Projekts zur „Dialogischen Entwicklung von Maßnahmenkonzepten ...“ der RAA Kriterien zur Einrichtung dieses Gremiums entwickelt. Das Projekt ist am 01.06.2021 gestartet.
Zuwendungsprojektbasierte Ansprechstelle zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	„Beratung – Vermittlung – Begleitung“ Ansprechstelle zur Unterstützung der Berliner Verwaltung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft. Träger RAA Berlin e.V. in Kooperation mit ADEFRA e.V.	2021: 73.000,-		Teilansatz 6: Fördermittel zur UN Dekade Das Projekt wurde ab dem 01.05.2021 bewilligt.

Weitere Maßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gegen Rassismus und zum Opferschutz, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) – Abt. VI				
Antidiskriminierungsbera- tung	Antidiskriminierungsberatung des Antidiskriminierungsnetzwerks des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg (ADNB e.V.)	229.045,- 356.000,-	0601-68406	Diese Anlaufstelle hält Beratungsangebote u. a. für Betroffene von anti-Schwarzer Gewalt bereit. Im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
Opferberatung	Opferberatungs- und Bildungsstelle ReachOut	603.788,- 611.000,-	0601-68406	Diese Anlaufstelle hält Beratungsangebote u. a. für Betroffene von anti-Schwarzer Gewalt bereit. Im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

	Psychologische Beratung gegen Rechtsextremismus OPRA	114.722,- 120.000	0601-68406	Diese Anlaufstelle hält Beratungsangebote u. a. für Betroffene von anti-Schwarzer Gewalt bereit Im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
Bezirkliche Registerstellen zur Erfassung von rechtsextremer und rassistischer Gewalt	12 Berliner Registerstellen zur Erfassung rechtsextremer und rassistischer Gewalt	Rd.25.000,- p.a. pro Bezirk	0601-68406	Seit 2018 werden hier auch Fälle spezifisch zu anti-Schwarzem Rassismus erfasst.
Berichterstattung zu erfassten Vorfällen von rechtsextremer und rassistischer Gewalt	Koordinierungsstelle Berliner Register Träger: Pad gGmbH	2020: 108.000,- 2021: 110.000,-	0601-68406	Die erfassten Fälle werden von einer berlinweiten Koordinierungsstelle ausgewertet und jährlich in einem Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt.
Berliner Antidiskriminierungs-App AnDi	Die mehrsprachige App AnDi ging in 2020 online, seitdem laufende Aktualisierung und Weiterentwicklung der App.	2020: 26.074,- 2020: 2.409,- 2021: 15.000,-	0600-51135 0601-54010 0601-54010	„AnDi“ bietet den Menschen in Berlin eine mobile App, die in 15 verschiedenen Sprachen und barrierefrei Informationen rund um das Thema Diskriminierung und Gleichbehandlung liefert. Mit der App können Vorfälle von Diskriminierung, einschließlich Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen direkt gemeldet und passende Beratungs-

				und Hilfsangebote einfach gefunden werden.
Das Projekt ComE In fördert und unterstützt seit 2020 Sensibilisierungs- und Empowermentprojektvorhaben migrantischer und diasporischer Selbstorganisationen (sogenannte Teilprojekte) mit Schwerpunkt LSBTIQ (Lesbisch*Schwul*, Bisexuell*, Trans*, Inter*, Queer)	Projekt: ComE In – Community, Empowerment, Intersektional Träger: Migrationsrat Berlin e.V. (MRB)	2020: 160.000,- 2021: 164.000,-	0601-68406	Gefördert im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt“ (IGSV) Fünf von sechs Teilprojekten, die durch das ComEIn Projekt unterstützt wurden, geben explizit Black, Indigenous und People of Color als Zielgruppe an und werden von BI-PoC oder PoC Personen durchgeführt: - Loom e.V. - Break Room - erklär mir mal... - MSG & Friends - DAMN-Voicemail http://www.migrationsrat.de/come-in/
Workshop Anti-Rassismus	Durchführung zweier eintägiger Anti-Rassismus-Workshops	2020: 1.500,- 2021: 1.500,-	54010-201	In Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung.
Referat für Opferschutz und Opferhilfe – Abt. II				
Opferhilfe: Beratung	Beratungsstelle (Opferhilfe e.V.)	2020: 443.850,- 2021: 550.610,-	0601-68406	

Opferhilfe: Zeugenbegleitung vor Gericht	Zeugenbegleitung (Opferhilfe e.V.)	2020: 215.440,- 2021: 217.730,-	0601-68406	
Opferhilfe: Proaktiver Opferschutz	Proaktiv (Opferhilfe e.V.)	2020: 249.667,- 2021: 415.000,-	0601-68406	Pro Jahr hat das Projekt 200.000 € von der Landeskommission gegen Gewalt aus dem Fond für Betroffene von politisch extremistisch motivierter Gewalt erhalten. Diese Förderung fällt ab 2023 weg.
Opferhilfe: medizinische Versorgung nach Straftaten	Gewaltschutzambulanz (Charité)	2020: 1.186.000,- 2021: 1.186.000,-	0601-68406	
Opferhilfe: Prozessbegleitung	Psychosoziale Prozessbegleitung	/	/	Sofern die dafür in der StPO festgelegten Kriterien erfüllt sind (Schwere der Straftat, Schutzbedürftigkeit der Betroffenen)

Ergänzungen Erläuterungen:

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung setzt sich dafür ein, die rechtlichen Grundlagen zum Schutz vor Diskriminierung und Rassismus zu stärken.

Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

Mit dem am 21.06.2020 in Kraft getretenen Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wurde ein wesentlicher Schritt zur juristischen Handhabung von Diskriminierung durch öffentliche Stellen unternommen, der auch den Schutz vor Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen einschließt. Wesentlich für die Umsetzung des LADG war die Errichtung einer Ombudsstelle, die Betroffenen konkret zur Seite steht und u.a. von Behörden Stellungnahmen anfordert und Handlungsempfehlungen ausspricht. Seit dem 01.07.2020 bis zum 31.05.2021 wurden der LADG-Ombudsstelle 313 Diskriminierungssachverhalte geschildert, wovon 111 Diskriminierungen wegen rassistischer Zuschreibung oder ethnischer Herkunft

betrafen. Die Evaluation der Nutzung des LADG durch von unterschiedlichen Rassismen, einschließlich anti-Schwarzem Rassismus, betroffene Bevölkerungsgruppen ist seitens der Ombudsstelle geplant und der Erwerb einer entsprechenden Softwarelösung wird vorbereitet.

Demokratie, Vielfalt Respekt – Das Berliner Landesprogramm gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Über das an der LADS angesiedelte Landesprogramm gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden derzeit rd. 60 Projekte in einem Gesamtvolumen von rd. 7,5 Mio Euro (2020) bzw. 7,9 Mio Euro (2021) gefördert (Haushaltstitel 0601-68406). Das Landesprogramm wird seit 2001 umgesetzt und ist als lernendes Programm konzipiert. Es wird unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft beständig weiterentwickelt. Im Rahmen der Umsetzung der UN Dekade ist es von großer Bedeutung, die Spezifik von anti-Schwarzer Diskriminierung auch im Rahmen des Landesprogramms stärker zu adressieren ebenso wie spezifische Empowermentarbeit zu unterstützen. Dies beinhaltet zum einen die stärkere Förderung von Projekten, die sich spezifisch mit dem Thema anti-Schwarzer Rassismus auseinandersetzen. Zum anderen wird eine stärkere Verankerung der Arbeit gegen anti-Schwarzen Rassismus in laufenden Ansätzen gegen Rassismus unterstützt.

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung stärkt zudem die Strafverfolgung von Opfern rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie den Opferschutz und die Opferhilfe.

„Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus – Stärkung von Strafverfolgung und Opferschutz“ Bedarfsanalyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung beteiligt sich an der bundesfinanzierten Bedarfsanalyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Hinblick auf die Stärkung von Strafverfolgung und Opferschutz. Hierbei nimmt der Schutz bei rassistischen Straftaten einen besonderen Fokus ein. Analysiert wird die Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft, Polizei und Opferschutzverbänden. Die Bedarfsanalyse dient dazu, durchzuführende Maßnahmen entlang der konkreten Erfahrungen und bestehenden Arbeitsabläufe der beteiligten Akteurinnen und Akteuren bzw. Zielgruppen auszurichten. Unter anderem sollen organisatorische Zusammenhänge innerhalb der jeweiligen Institution sowie Abläufe im Zusammenspiel von Institutionen, Behörden und Opferschutzhilfen beleuchtet werden, um auf bereits vorhandene Strukturen aufbauen zu können.

Diversity-Landesprogramm

Der Berliner Senat hat am 08.09.2020 ein Diversity-Landesprogramm zur Förderung des kompetenten Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt beschlossen (Drucksache 18/3015). Das Kernstück des Diversity-Landesprogramms besteht aus einem Maßnahmenpaket zur Förderung von Vielfalt in den Handlungsfeldern Personalmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. Dieses Maßnahmenpaket soll in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden. Mit dem Diversity-Landesprogramm wird das Ziel verfolgt, verbindlich Ziele und Verfahrensschritte festzulegen, mit denen Vielfalt im Verwaltungskontext gefördert werden kann.

Jenseits der im Maßnahmenpaket formulierten Vorhaben zielt das Diversity-Landesprogramm darauf, Verwaltungen darin zu stärken und zu unterstützen, Diversity-Prozesse in ihrem Geschäftsbereich umzusetzen. Dafür sind schon jetzt alle Senatsverwaltungen laut Geschäftsverteilung des Senats dezentral zuständig. Das hier vorgelegte Landesprogramm dient mit seinen Inhalten und Strukturen dazu, diese dezentralen Prozesse zu fördern, auszubauen und ressortübergreifend kollegiale Netzwerke zu etablieren.

Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung

Ein weiteres neues Instrument der Antidiskriminierungspolitik ist die Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung, die im Januar 2021 ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie ist multiprofessionell und divers mit Expertinnen- und Experten der Antidiskriminierungsarbeit aus verschiedenen Handlungsfeldern besetzt und bearbeitet auch Beschwerden über Werbung, die rassistische Zuschreibungen enthalten.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Diversitätsentwicklung im Kulturbereich	Das Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung – Diversity Arts Culture (DAC) ist in verschiedenen Aktionsfeldern mit dem Ziel tätig, von Ausschlüssen betroffenen (potenziellen) Kulturschaffenden Zugänge zu allen Ebenen des Kulturbetriebs zu erleichtern. Dabei werden Hürden und Benachteiligungen aus Gründen von Behinderung, rassistischer Diskriminierungserfahrung, wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Identität und des sozioökonomischen Status in den Blick genommen. Ein Fokus liegt dabei auf den Diskriminierungserfahrungen von Menschen of Color und Schwarzen Menschen, die überproportional häufig auch von anderen	2020: 500.000,- 2021: 500.000,-	0810-68619	

	Ausschlussformen, insbesondere sozio-ökonomischen, betroffen sind. Träger ist die Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung.			
Aufstockung der Mittel des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS) zur Förderung post-kolonialer Projekte	Aufgrund ihrer weltweiten Zugänglichkeit sind Digitalisierungsprojekte für die Bearbeitung von Sammlungsbeständen aus kolonialen Kontexten zentral (s. auch Bund-Länder-Eckpunkte-Papier und Protokollnotiz des Landes Berlin). Internationale Transparenz über Sammlungsbestände, eine zentrale Forderung im postkolonialen Diskurs, ist nur auf diesem Weg herzustellen, der zugleich auch globale Kooperationen, Teilhabe und die Abbildung von Multiperspektivität ermöglicht. Projektträger sind jährlich wechselnde landesgeförderte Museen. (Brücke-Museum in 2021)	2020: 120.000,- 2021: 120.000,-	0810-68569	
Mittel für einen Partizipationsprozess zur Erarbeitung eines Erinnerungskonzepts Kolonialismus	Entsprechend dem Antrag „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ muss bei der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts die Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Dafür gibt es kein Modell aus anderen Städten, das Berlin übernehmen könnte. Projektträger ist Decolonize e.V. in Zusammenarbeit mit Weiteren.	2021: 100.000,-	0810-68588	
Kompetenzzentrum dekoloniale/post-koloniale Museumspraxis	Auch Stadt-, Kunst-, Technik- oder Naturkundemuseen und ihre Sammlungen müssen sich ‚dekolonisieren‘, haben Objekte mit kolonialen Bezügen und rassistischen Bildwelten und blenden - z.B. diasporische - Perspektiven aus. In	2020: 150.000,- 2021: 180.000,-	0810-68588	

	<p>diesem neu ins Blickfeld kommenden Bereich müssen Strategien und Techniken entwickelt werden, etwa Methoden partizipative Sammlungsrecherchen, Entwicklung neuer Kooperations- und multiperspektivischer Präsentationsformen. Im Sinne der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit müssen die Berliner Landesmuseen diesen Veränderungs- und Qualifizierungsprozess vernetzt angehen. Motor sollte eine eng mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und auch international vernetzte Kompetenzstelle sein, die Tagungen und Workshops zur Fragestellungen der (post)kolonialen Museumstheorie und -praxis für die Berliner Museen initiiert. Wegen ihrer Zuständigkeit für Stadtgeschichte und da sie momentan im Rahmen eines großen Projekts neue Kooperationsformen mit postkolonialen Initiativen erprobt, ist die Stiftung Stadtmuseum dafür der geeignete Träger.</p>			
<p>Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin: Mittel für ein auf fünf Jahre angelegtes stadtweites dezentrales Kolonialismusprojekt im Museumsbereich: „De-koloniale_Erinnerungskultur in der Stadt“</p>	<p>Für die Aufgabe, stadtweit und partizipativ an den Kolonialismus zu erinnern, soll dieses Projekt geeignete Formen erproben. Erstmals arbeiten ein Stadtmuseum, Bezirksmuseen sowie ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis (ISD e.V.; EOTO e.V.; Berlin postkolonial e.V.) gemeinsam an einem postkolonialen Projekt, das auf fünf Jahre angelegt ist (Ausstellungen, ein Webprojekt, Veranstaltungen, Festivals, und Interventionen im öffentlichen Raum).</p>	<p>2020: 250.000,- 2021: 450.000,-</p>	<p>0810-68588</p>	

	Dieses erste sichtbare Projekt des Landes Berlin und der Kulturstiftung des Bundes zum Thema Kolonialismus zielt auf breite, vielfältige, dezentrale öffentliche Sichtbarkeit und soll die thematisch wichtigsten Bezirke untersuchen und Ausstellungen, Veranstaltungen und Markierungen im öffentlichen Raum durchführen oder initiieren.			
Aufstockung der Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte für Themenschwerpunkt Kolonialismus (Projektfonds Zeitgeschichte und Erinnerungskultur)	Ergänzend zum vorgenannten Projekt und begleitend zur Entwicklung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts soll weiteren Akteuren ermöglicht werden, kleinere Projekte zu realisieren, was zugleich den dezentralen, multiperspektivischen und teilhabeorientierten Charakter des Gesamtvorhabens verstärkt. Es gibt im öffentlichen Raum wie in Kultureinrichtungen immensen Nachholbedarf, da Themen der Kolonialgeschichte bislang kaum berücksichtigt wurden.	2020: 150.000,- 2021: 300.000,-	0810-68628	
Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in den Bezirken: Förderung bezirklicher Projekte zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus	Ergänzend soll bezirklichen Akteuren ermöglicht werden, Projekte im finanziellen Rahmen von 5.000 bis 50.000 € zu realisieren; auch dies soll den dezentralen, multiperspektivischen Charakter des Vorhabens zur Aufarbeitung des Kolonialismus verstärken. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollen insbesondere die Regionalmuseen Erfahrungen auf diesem Feld sammeln und sich Netzwerke und Kooperationsstrukturen für dieses Thema aufbauen.	2020: 150.000,- 2021: 150.000,-	2708-68620	

	Auf diesem Weg soll die Kolonialgeschichte der einzelnen Bezirke und ihrer Museen markiert, bearbeitet und bekannt gemacht werden.			
--	--	--	--	--

Maßnahmen Senatsverwaltung für Kultur und Europa gegen Rassismus und Diskriminierung sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Diversitätsentwicklung in der SenKultEuropa	Stärkung der Diversity-Kompetenz der Beschäftigten in der Verwaltung, u.a. durch Anti-Rassismus-Workshops und weiterer Schulungsangebote: Ziel ist eine diversity-kompetente Verwaltung, die in der Lage ist die Komplexität der Lebenslagen der Stadtgesellschaft adäquat zu erfassen und ihre Dienstleistungen entsprechend anzupassen.	/	/	Kein eigenes Budget
Diversitätsorientierte Weiterentwicklung des Berliner Projektfonds für Kulturelle Bildung	Der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung fördert Projekte der Kulturellen Bildung mit Kindern, Jugendlichen und	2020: 735.000,- ¹ 2021: noch nicht bekannt	0810-68417 2708-68417	540.000,- in 2708-68417, die im Wege der auftragsweisen Bewirt-

¹ Insgesamt stehen dem Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung Mittel in Höhe von 2.390.000,- zur Verfügung.

	<p>jungen Erwachsenen. Die kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung der Formate, Programme und Veranstaltungen mit der Perspektive auf breite Zugänglichkeiten, insbesondere hinsichtlich marginalisierter Akteurinnen und Akteure, wird als Querschnittsaufgabe für die gesamte Förderpraxis des Projektfonds betrachtet. Neben den regulären Fördermitteln stehen dafür zusätzlich 30.000,- zur Verfügung. Mittel i.H.v. über 705.000,- wurden für Projekte abgerufen, die Menschen mit Fluchterfahrungen fördern.</p>			<p>schaftung durch die Bezirke vergeben werden (Fördersäule 3 des Projektfonds Kulturelle Bildung)</p>
<p>Diversifizierung Fördersystem im Bereich Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, freien Gruppen und Projekten: Verbesserung der Zugänglichkeit zu Fördermitteln für bislang im Berliner Kulturbetrieb unterrepräsentierte Künstler*innen</p>	<p>Mit der spartenoffenen IMPACT-Förderung wurde 2020 ein Förderprogramm zur Diversitätsentwicklung gesetzt. Es ist dem Ziel der zeitgemäßen Stärkung von lokaler Diversität im Berliner Kulturbetrieb (und hier insbesondere im Bereich der freien Künste) verpflichtet und soll einen gleichberechtigten Zugang zu den Fördermitteln der Kulturverwaltung schaffen. Mit seiner diskriminierungskritischen und intersektionalen Ausrichtung adressiert es kunstschaffende Personen und Gruppen, deren künstlerische Perspektiven im Kulturbetrieb bisher unzureichend repräsentiert sind.</p>	<p>2020: 280.000,- 2021: 400.000,-</p>	<p>0810-68609</p>	<p>Berücksichtigt alle Diskriminierungsdimensionen des AGG und des LADG und adressiert entsprechend nicht nur aber auch Schwarze Künstlerinnen und Künstler und deren intersektionale Diskriminierungserfahrung sowie deren unzureichende Repräsentation im Berliner Kulturbetrieb. Die Entwicklung erfolgt in Zusammenarbeit mit DAC.</p> <p>Einbezug personeller Kapazitäten von DAC</p>
<p>Förderung diskriminierungskritischer Diversitätskompetenz in der Juryarbeit im Bereich Förderung von Kunstschaffenden, freien Gruppen und Projekten</p>	<p>SenKultEuropa entwickelt Fortbildungsangebote (Workshops, Leitfaden) für Jurymitglieder zur Förderung diversitätskompetenter, diskriminierungskritischer Juryarbeit.</p>	<p>/</p>	<p>/</p>	<p>Berücksichtigt alle Diskriminierungsdimensionen des AGG und des geplanten neuen LADG und sensibilisiert damit auch, aber nicht nur, für rassistische Diskriminierung in der</p>

				Juryarbeit und den zugrundeliegenden Förderstrukturen und Förderkriterien. Die Entwicklung erfolgt in Zusammenarbeit mit DAC. Einbezug personeller Kapazitäten von DAC
Diversifizierung von Jurys im Bereich Förderung von Kunstschaffenden, freien Gruppen und Projekten	Angestrebt wird eine diversitätsorientierte Zusammensetzung von Jurys. Dazu gehört auch die Sensibilisierung von (vorschlagenden) Verbänden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Fachreferats bei der SenKultEuropa.	/	/	Kein eigenes Budget Impliziert auch, aber nicht nur, die Ansprache von Schwarzen Kunst- und Kulturschaffenden für die Mitwirkung in spartenspezifischen und spartenübergreifenden Jurys.
Institutionelle Förderung von Einrichtungen, die einen Fokus auf die Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft setzen	In der institutionellen Förderung, über die entweder ein parlamentarischer Konsens oder eine von der SenKultEuropa unabhängige Fachjury entscheidet, finden sich Einrichtungen wieder, die explizit (Fokus migrantisches/postmigrantisches Theater: Kultursprünge im Ballhaus Naunynstr. gGmbH oder Maxim Gorki Theater Berlin) oder implizit (bspw. HAU - Hebbel-Theater Berlin GmbH: Selbstverpflichtung zu Antidiskriminierung; Friedrichstadt-Palast GmbH: Colour of Respect – Selbstverpflichtung zu Vielfalt, Freiheit, Demokra-	<u>Ballhaus Naunynstraße</u> <i>Mitteleinsatz kann nicht gesondert ausgewiesen werden.²</i> <u>Maxim Gorki Theater:</u> <i>Mitteleinsatz kann nicht gesondert ausgewiesen werden.³</i>	0810-68322 0810-68246	Die aufgezählten Einrichtungen erhalten entweder die institutionelle Konzeptförderung (Ballhaus Naunynstr. gGmbH), sind LHO-Bühnen (Maxim Gorki Theater) oder landeseigene GmbHs (Theater Hebbelam-Ufer GmbH, Friedrichstadt-Palast GmbH)

² Gesamtetat der Kultureinrichtung beträgt: 1.285.977,- (2020) und 1.314.073,- (2021)

³ Gesamtetat der Kultureinrichtung beträgt in 2020: 15.574.000 € und in 2021: 15.809.000 €

	<p>tie) marginalisierte Perspektiven im Kulturschaffen in den Blick nehmen bzw. die sich als Institution zu Diversität verpflichten. Alle institutionell geförderten Bühnen und Orchester werden darüber hinaus vom zuständigen Fachreferat gezielt auf die Einhaltung von AGG und LGG hingewiesen.</p>	<p><u>HAU</u> <i>Miteinsatz kann nicht gesondert ausgewiesen werden.</i>⁴</p> <p><u>Friedrichstadt-Palast GmbH</u> <i>Miteinsatz kann nicht gesondert ausgewiesen werden.</i>⁵</p>	<p>0810-68219</p> <p>0810-68225</p>	
--	--	--	-------------------------------------	--

⁴ Gesamtetat der Kultureinrichtung beträgt: 8.530.000,- (2020) und 8.608.000,- (2021)

⁵ Gesamtetat der Kultureinrichtung beträgt: 13.866.000,- (2020) und 14.136.000,- (2021)

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus – Erarbeitung eines Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts	Erarbeitung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. Träger: Decolonize e.V.	250.000,-	1350-68542	Die Koordinierungsstelle Decolonize e.V. wurde aufgrund des Abgeordnetenhausbeschlusses (Drucksache 18/1788) im Mai 2020 eingerichtet. Sie ist daher keine originäre Maßnahme zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft. Durch die große inhaltliche Nähe und thematischen Überschneidungen kann die Einrichtung der Koordinierungsstelle gleichwohl als Beitrag zur Umsetzung der UN-Dekade gewertet werden.
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Die Mittelmeer-Monologe im Heimathafen Neukölln Träger: Katholische Kirchengemeinde Heilige Drei Könige Gemeinde St. Christophorus	2020: 2.000,-	1350-68542	

Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: "Be-coming: Home" Träger: dis:orient e.V.	2020: 6.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Entwicklungspolitik als Querschnitt umsetzen - Bildungsprogramm für die Stadt Berlin und seine entwicklungspolitischen Vereine Träger: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.	2020: 120.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklung und Klima Träger: Glokal – Globalisierung und politisches Handeln lernen e.V.	2020: 12.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Erinnern und Beteiligen: Die UN-Dekade der Menschen Afrikanischer Abstammung trifft Entwicklungspolitik Träger: NARUD e.V.	2020: 8.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht Träger: Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin e.V.	2020: 10.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Nachhaltige Entwicklung konkret (2020) Träger: Berlin Global Village e.V.	2020: 237.000,-	1350-68542	Inhaltlich-konzeptionelle Begleitung des Aufbaus des Eine-Welt Zentrums für entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Gruppe;

				u.a. Förderung der Koordinierung des Diversity-Rats für dekoloniale Perspektiven auf das Zentrum
Entwicklungszusammenarbeit & Postkolonialismus und Anti-Rassismus	Projekt: Eine Welt konkret (2021) Träger: Berlin Global Village e.V.	2021: 242.000,-	1350-68542	Inhaltlich-konzeptionelle Begleitung des Aufbaus des Eine-Welt Zentrums für entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Gruppe; u.a. Förderung der Koordinierung des Diversity-Rats für dekoloniale Perspektiven auf das Zentrum

Erläuterungen und Ergänzungen:

Mit den „Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik“ werden jährlich entwicklungspolitische Bildungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen gefördert, die an Schulen und außerschulischen Lernorten Nord-Süd-Themen thematisieren und für globale Gerechtigkeit sensibilisieren. In den Projekten wird u.a. für die Aufarbeitung des Kolonialismus, für das Aufbrechen des Bildes eines „unterentwickelten“ afrikanischen Kontinents und für die Anerkennung der Expertisen von Menschen afrikanischer Herkunft (Anerkennung) sensibilisiert. Dadurch werden auch Menschen afrikanischer Herkunft gestärkt (Entwicklung) und die Bevölkerung insgesamt für Engagement für globale Gerechtigkeit motiviert (Gerechtigkeit). Die Projekte setzen sich auch für eine Bekämpfung von Rassismus in Berlin und die Anerkennung von Diversität und Vielfalt ein. Die Projekte werden durchgeführt von Organisationen, in denen auch Menschen afrikanischer Herkunft als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten tätig sind. Die Projekte werden von den Nichtregierungsorganisationen als selbstständige Akteurinnen konzipiert und umgesetzt.

Neben der Förderung externer Projekte und Institutionen arbeitet SenWiEnBe an der Entwicklung von Maßnahmen zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus im Haus und der Gleichstellung Menschen afrikanischer Herkunft. Im Rahmen der Umsetzung der Diversity-Strategie sind zum Beispiel hausinterne Fortbildungen zum Thema Rassismus für die Beschäftigten der SenWiEnBe geplant (zunächst 1 Fortbildungsangebot in 2021, um Interesse und Bereitschaft bei den Beschäftigten zu ermitteln, Fortbildungen zu diesem Thema zu besuchen). Auch soll es eine hausinterne Informationsveranstaltung zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft geben, damit die Beschäftigten die UN-Dekade kennen lernen und mit ihren Zielen vertraut gemacht werden.

Im entwicklungspolitischen Beirat (Vorsitz Staatssekretär Christian Rickerts), dem wichtigsten Berlin Expert*innen-Gremium zu entwicklungspolitischen Themen und Strategien sind derzeit drei von 20 Mitgliedern afrikanischer Herkunft. Es ist geplant, in der aktuellen Amtsperiode (2020 – 2022) die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft sowie Postkolonialismus zu diskutieren.

Maßnahmen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gegen Rassismus und zur Entwicklungszusammenarbeit, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Entwicklungszusammenarbeit & Anti-Rassismus	Projekt: Für ein Willkommen Ohne Paternalismus Träger: Glokal – Globalisierung und politisches Handeln lernen e.V.	2020: 3.000,-	1350-68542	
Entwicklungszusammenarbeit & Anti-Rassismus	Projekt: Auf den Spuren des Widerstands gegen Rassismus. Eine interaktive Geschichtswerkstatt Träger: Initiative Perspektivwechsel e.V.	2020: 7.000,-	1350-68542	

Berliner Verkehrsbetriebe

Zulieferung in Bezug auf die Forderungen des Abschlussberichts zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“, im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015-2024“ Seite 93:

Abteilung	Schulungsthema	Inhalte der Schulung	Anzahl geschulter MA	wann wurde geschult	Planung
Abteilung Fahrgastservice (Erhöhtes Beförderungsentgelt, Fahrausweis-kontrollen)	Diversity	Was ist Diversity? Diversity-Dimensionen Input: Vorurteile, Stereotype, Diskriminierung Unbewusste Vorurteile erkennen und verändern Verknüpfung zwischen AGG, Grundgesetz und Diversity vermitteln Humor und Diskriminierung Sprache und Diskriminierung Transfer des Erlebten und Gelernten in den Arbeitsalltag der BVG	alle MA	2017 und bei Neueinstellung entsprechende Einzelunterweisung	zukünftig sollen Auffrischungsschulungen zum Thema Diversity jedes Jahr erfolgen

<p>Abteilung Fahrgastservice (Erhöhtes Beförderungsentgelt, Fahrausweiskontrollen)</p>	<p>Deeskalationstraining</p>	<p>Deeskalationsstrategien, Methoden kennenlernen und ausprobieren Perspektivwechsel fördern und sich mit unterschiedlichen Alltagssituationen auseinandersetzen Zusammenhänge zwischen Deeskalation, Stress und dem eigenen Verhalten vermitteln Eigene Verhaltensweisen hinterfragen und Konsequenzen für den BVG-Alltag ableiten Stimmung steuert Verhalten Praxistraining für schwierige Kundenkontakte mit Deeskalation</p>	<p>alle MA</p>	<p>2017</p>	<p>in Planung für 4. Quartal 2021</p>
<p>alle Fremddienstleister für Fahrausweiskontrollen</p>	<p>Schulungen gemäß Zertifizierung DIN 77200/2017</p>	<p>40 Schulungsstunden pro Jahr in den Themen Deeskalation, Diversity und Vielfalt, Sachkundeprüfung nach §34a GewO Bürgerliches Recht (BGB), Strafrecht (StGB/StPO) Umgang mit Menschen (Schwerpunkt: Umgang mit Menschen unterschiedlicher Kulturgruppen) Deeskalationsstrategien (besonders in kritischen Situationen) Kommunikationsformen und -techniken (Schwerpunkt: Vermeidung von Aussagen, die irrtümlich als diskriminierend empfunden werden können)</p>	<p>alle Prüfpersonale vor Einsatz bei der BVG (Voraussetzung)</p>	<p>ab Vertragsbeginn</p>	

Abteilung Beschwerdemanagement/ Kundendialog		<p>Team Kundendialog ist die gelebte Diversität. In unserem Team vereint sich die Diversität Berlins: Von muslimischen Kolleg*innen, über Kolleg*innen mit Schwerbehinderung, zu offen homosexuell lebenden Kolleg*innen, Frauen, Männer, verschiedenster Altersklassen und Herkünften.</p> <p>Die kontinuierliche Auseinandersetzung zu den Themen Rassismus, Sexismus, Gewalt und Diskriminierung im Dialog mit unseren Kund*innen, besonders über die sozialen Medien, betrachten wir als selbstverständlich. Fälle in denen unser (Fahr-, Sicherheit-, Kontroll-, und Kundendienst-) Personal zu diesen Themen auffällig wird, und uns durch unsere Fahrgäste gemeldet wird, verfolgen wir mit besonderer Sorgfalt und dem nötigen Nachdruck. Eine Reflektion dieser Vorfälle und Themen geht mit der immer wiederkehrenden Konfrontation einher.</p>			
Abteilung Call Center	AGG, Diversity, Mobilitätseingeschränkte Personen, Barrierefreiheit	Die benannten Themen werden bei der täglichen Arbeit berücksichtigt. Alle Leitungen und Mitarbeiter sind hierauf besonders sensibilisiert.	Alle MA		Für 2021 werden derzeit passende Schulungen geplant.
		Unsere Mitarbeiter im Call Center sind sehr sensibel im Umgang mit Kunden, die z.B. der deutschen Sprache nicht 100 % mächtig sind und sich sprachlich daher nicht sehr gut ausdrücken können.			

		Unsere Mitarbeiter können sich genügend Zeit für jeden Kunden nehmen und individuell auf die entsprechenden Anforderungen eingehen. Die Agenten haben auch die Möglichkeit, Anrufer zurückzurufen. Manchmal holen Anrufer noch eine Person hinzu, die / der besser Deutsch spricht, um die gemeinsame Verständigung zu verbessern. Unsere Mitarbeiter nutzen nach Möglichkeit jede Chance, um bestmöglichen Service durch bestmögliche Verständigung zu bieten.			
		Mehrere Personen der Leitungsebene und Mitarbeiter sprechen verschiedene Sprachen (Englisch, Spanisch, Polnisch). Mit diesem Knowhow können wir gezielt auf unsere Kundenwünsche eingehen.			
Erstausbildung Sicherheitsbeschäftigte	Umgang mit Vielfalt	die Dimensionen von Diversity im Überblick: Alter, Geschlecht, Körperlichkeit, Ethnie, soziale Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung, Sensibilisierungsübung: Wie werden Situationen wahrgenommen und welche Standpunkte werden bezogen? Entstehung und Wirkung von Vorurteilen und Ausgrenzungsphänomenen, persönliche Selbsteinschätzung nicht-diskriminierendes Verhaltens, Infragestellung eigener Vorurteile	alle Sicherheitsbeschäftigten	bei Neueinstellung	Dauer: 1 Tag

Erstausbildung Sicherheitsbeschäftigte	Diversity und Rassismus	<ul style="list-style-type: none"> • deeskalierendes Verhaltenstraining / Gefahrenabwehr, Eigen- und Partnersicherung inklusive praktischer Übungen, • Einführung in Kommunikationstechniken inklusive praktischer Übungen, • der erste Eindruck – Körpersprache, • Frustration, Aggression, Distanzzonen, • Umgang mit Personen mit problematischem Verhalten und Umgang mit Jugendlichen, • praxisorientiertes Einsatz- und Verhaltenstraining 	alle Sicherheitsbeschäftigten	bei Neueinstellung	Inhalte während einer 15-tägigen Schulung
Auffrischung Sicherheitspersonal	Deeskalation und Selbstschutz	u.a. ein Baustein zum Thema "Diversity und Rassismus"	alle Sicherheitsbeschäftigten	letztes Mal im Jahr 2019, Planung ist alle 2 Jahre	1 Tag

Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung

Maßnahmen der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Die Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung hat in den mit den Berliner Hochschulen geschlossenen Hochschulverträgen bereits 2018 unter Punkt „VIII. Chancengleichheit“ das Thema Antidiskriminierung in seiner gesamten Breite thematisiert.

Die Senatskanzlei prüft derzeit, ob im Rahmen der Hochschulvertragsverhandlungen für die Hochschulverträge 2023 – 2027 auf die Sichtbarmachung und Erfassung der Diskriminierung von Schwarzen Menschen eingegangen wird und daraus folgend Antidiskriminierungsmaßnahmen weiterentwickelt werden.

Die mögliche Verankerung des Themenbereiches in den Hochschulverträgen soll auch haushalterisch abgebildet werden. Im Zuge der Haushaltsplanaufstellung für den Doppelhaushalt 2022/2023 wurden deshalb Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der UN Dekade Menschen afrikanischer Herkunft angemeldet. Vorbehaltlich der Mittelbewilligung im Rahmen des laufenden Haushaltsplanaufstellungsverfahrens sollen in Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie den Berliner Hochschulen Maßnahmen entwickelt werden, die dazu beitragen, die Diskriminierung von Menschen afrikanischer Herkunft sichtbar zu machen und deren soziale Resilienz zu stärken.

Wie im Abschlussbericht zum Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und soziale Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“ im Rahmen der Internationalen UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015 - 2024 durch das wissenschaftliche Begleiteteam vorgeschlagen, könnten die angemeldeten Mittel beispielsweise für die Einrichtung eines Studienganges oder eines Lehrstuhls für Intersectional Black Studies / Intersektionale Studien zu Schwarzsein und Schwarzem Europa genutzt werden, um das Forschungsfeld nachhaltig im Berliner Wissenschaftsraum zu verankern.

Die Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung wird Initiativen der Berliner Hochschulen unterstützen, die zur Entwicklung und Umsetzung von relevanten Maßnahmen beitragen.

An den Berliner Hochschulen sind die Themenbereiche Rassismus, Migration, (Post)Kolonialismus, Antidiskriminierung und daran angrenzende Themenbereiche bereits sehr stark verankert (für eine Übersicht über Lehrangebote sowie Forschungsprojekte verweisen wir auf den Zwischenbericht an das Abgeordnetenhaus vom 07.07.2020, Drs.Nr.18/2837). Initiativen, die zur Bündelung und Synergienutzung der bereits vorhandenen Expertisen beitragen, wird die Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung ebenfalls unterstützen.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Fachbereich Kultur und Geschichte				
Stadtgeschichte postkolonial. Ein bezirkliches Zentrum und Labor für dekolonisierende Perspektiven, Begriffe und Wissen am FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	Stadtgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen Effekten in Friedrichshain-Kreuzberg mit dem Ziel einer Etablierung des Museums als Kompetenzzentrum für eine postkoloniale Stadtforschung auf Bezirksebene.	90.000,-	2708-68620-362	Förderung aus Mittel des Bezirkskulturfonds, Unterfonds Kolonialgeschichte, 2020
Stadtgeschichte postkolonial. Ein bezirkliches Zentrum und Labor für dekolonisierende Perspektiven, Begriffe und Wissen am	Stadtgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen Effekten in Friedrichshain-Kreuzberg mit dem Ziel einer Etablierung des Museums als Kompetenzzentrum für eine	13.000,-	2708-68620-362	Förderung aus Mittel des Bezirkskulturfonds, Unterfonds Kolonialgeschichte, 2021

FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	postkoloniale Stadtforschung auf Bezirksebene.			
Veranstaltungen über Audre Lorde	Im Rahmen des bezirklichen Beteiligungsverfahrens, eine Straße nach Audre Lorde zu benennen, wurden am 18.02.20 und 05.03.2020 Film-, Lese- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	631,67	3630-53101-275	Drucksache DS/0678/V, 2020
Veranstaltungen über Audre Lorde	Im Rahmen des bezirklichen Beteiligungsverfahrens, eine Straße nach Audre Lorde zu benennen, wurden am 18.02.20 und 05.03.2020 Film-, Lese- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	400,00	3630-42701-275	Drucksache DS/0678/V, 2020
Abstimmung für Audre-Lorde-Straße	Im Rahmen des bezirklichen Beteiligungsverfahrens, eine Straße nach Audre Lorde zu benennen, wird eine schriftliche Abstimmung der Anwohner*innen durchgeführt. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	427,76	3630-54010-275	Drucksache DS/0678/V, 2021
Veranstaltung zur Abstimmung für Audre-Lorde-Straße	Im Rahmen des bezirklichen Beteiligungsverfahrens, eine Straße nach Audre Lorde zu benennen, wird am 04.05.2021 eine digitale Informations- und Abstimmungsveranstaltung durchgeführt. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	2.998,80	3630-54053-275	Drucksache DS/0678/V, 2021

Veranstaltung zur Abstimmung für Audre-Lorde-Straße	Im Rahmen des bezirklichen Beteiligungsverfahrens, eine Straße nach Audre Lorde zu benennen, wird am 04.05.2021 eine digitale Informations- und Abstimmungsveranstaltung durchgeführt. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	Ca. 2.470,-	3630-42701-275	Drucksache DS/0678/V, 2021
Koordination Kommunale Entwicklungspolitik				
Bestandsanalyse und Workshops für Mitarbeiter*innen im Hinblick auf Kolonialgeschichte und Rassismus	(Deutsche) Kolonialgeschichte und ihre Kontinuitäten in den Bezirksbibliotheken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg; Projektfonds zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit 2021(SenWiEnBe)	18.000,- Förder-summe, 2.000,- Eigenanteil		Verbundprojekt zwischen Bezirken Mitte und F-K, haushaltstechnische Abwicklung noch in Klärung (auftragsweise Bewirtschaftung), da Zusage erst am 24.03.21 erfolgt (Stand: 25.03.21)
Jugendamt				
Umgang mit Rassismuserfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit	Empowerment-Workshop für BIPOC-Kolleg:innen in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit			Austausch über Rassismuserfahrungen und Bewältigungsstrategien sowie Verständigung über Handlungsaufforderungen, finanziert u.a. mit 1.200 € über FuA-Mittel (Fallunspecifische Arbeit)

Maßnahmen des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Fachbereich Kultur und Geschichte				
Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Labor 89 – Neue Perspektiven auf die Wendezeit“	Recherche und Vermittlung von feministischen BPoC-Perspektiven aus Ost und West und Bewegungen für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auf die Wendezeit Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	454,46	3630-54690-262	Zuwendung der bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, 2020
Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Labor 89 – Neue Perspektiven auf die Wendezeit“	Recherche und Vermittlung von feministischen BPoC-Perspektiven aus Ost und West und Bewegungen für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auf die Wendezeit Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	6.907,82	3630-42790-262	Zuwendung der bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, 2020
Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Labor 89 – Neue Perspektiven auf die Wendezeit“	Recherche und Vermittlung von feministischen BPoC-Perspektiven aus Ost und West und Bewegungen für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auf die Wendezeit	3.550,26	3630-54053-260	2020

	Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum			
Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Labor 89 – Neue Perspektiven auf die Wendezeit“	Recherche und Vermittlung von feministischen BPoC-Perspektiven aus Ost und West und Bewegungen für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auf die Wendezeit Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	483,83	3630-53101-260	2020
Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Labor 89 – Neue Perspektiven auf die Wendezeit“	Recherche und Vermittlung von feministischen BPoC-Perspektiven aus Ost und West und Bewegungen für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auf die Wendezeit Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	3.560,-	3630-42701-260	2020
Mapping Gerhart-Hauptmann-Schule	Im Zentrum der Recherche steht die Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule (2012-2018). Mit dem Projekt möchte das Museum die Stimmen der diversen Akteure, die im Kontext der Besetzung beteiligt waren, dokumentieren und weitere Quellen (der Berichterstattung, der Kommunalpolitik, offizielle und private Fotografien) recherchieren und damit einen neuen Sammlungsbereich für das Museum aufbauen Projektträger: Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e.V. am FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum	4.500,-	2708-68620-362	Förderung aus Mittel des Bezirkskulturfonds, 2020
Bezirkliches Gedenken an Migrationsgeschichte	Für das bezirkliche Gedenken wurden verschiedene Recherchen durchgeführt, um die Diversität der Bezirksgeschichte zu erforschen und mittel- und langfristig	3.000,-	3630-42701-275	2020

	Diversität in der Erinnerungskultur Friedrichshain-Kreuzbergs zu verankern. Träger: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum			
Einweihung Gedenktafel für Johann Wilhelm „Rukeli“ Trollmann	Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg setzte 2019 eine Gedenktafel zu Ehren von der Johann Wilhelm „Rukeli“ Trollmann um, die an Trollmann erinnert. Dieser wurde als Sinto diskriminiert und erlebte ab 1933 in seinem Beruf Marginalisierung und Verschleppung ins KZ Neuengamme, in 1943 sein Tod eingetragen ist. Trollmann wehrte sich gegen die berufliche Diskriminierung des NS, indem er bei einem Kampf mit blond gefärbten Haaren und weiß gepuderten Haut auftrat, um den Wahn und Irrsinn der irrsinnigen Rassenideologie aufzudecken.	350,-	3630-42701-275	Drucksache DS/0637/V, 2020
Ausstellungs- und Vermittlungsprojekt „Denkmalverdacht“	Eine kollaborative Inventur der Denkmale in Friedrichshain-Kreuzberg: Ausgehend von den Protesten gegen koloniale und rassistische Repräsentationen im öffentlichen Raum arbeitet das Projekt den gesamten (bekannten) Bestand der Denkmäler und der Kunst im öffentlichen Raum im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg repräsentationskritisch auf. Das Projekt will diese Debatte thematisch verbreitern und lokal verankern. Das Projekt wird als prozessuale Intervention in der Dauerausstellung "Ortsgespräche" des FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museums präsentiert.	Kein eigenes Budget, Finanzierung durch SenKult an Projektträger „Die Exponauten“ (Dr. Joachim Baur/Katrin Pieper)		SenKult "Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte", 2021

	Träger: Die Exponauten, Kooperation mit: Jugendkunstschule Fri-X Berg, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum			
Community-Forschungsprojekt „Konjunkturen des Antirassismus“	Community-übergreifendes Recherche- und Vernetzungsprojekt über Widerständigkeiten, Kämpfe und Bewegungen von BPoC-Akteur*innen in Deutschland. Mit verschiedenen Organisationen, Initiativen und Personen wird ein Forschungs- und Diskussionsprozess über die Geschichten und ihrer Archivierung sowie Vermittlung gestartet. Das FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum ist Teil der Initiativ- und Konzeptgruppe. Träger: Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen	Kein eigenes Budget, Finanzierung durch bpb – Bundeszentrale für politische Bildung an Georg-August-Universität Göttingen		bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, 2021
Empowerment-Maßnahmen von PoC (People of Colour) im Themenfeld darstellender Kunst	Projekt „Porträtperformance Pepe Dayaw“ P. Dayaw in Kooperation mit Kultursprünge im Ballhaus Naunynstraße gGmbH	5.000,-	2708-68620-362	Zuwendung im Jahr 2020, Bezirkskulturfonds
Empowerment- Maßnahmen von PoC	Projekt „Flaneurin oder Spaßverderberin“, Ausstellungs- und Performanceprojekt, feldfünf e.V.	3.000,-	3630-68303-000	Zuwendung im Jahr 2020
Empowerment- Maßnahmen von PoC im Themenfeld darstellender Kunst	Projekt „Porträtperformance Thiago Rosa“ T. Rosa in Kooperation mit Kultursprünge im Ballhaus Naunynstraße gGmbH	5.000,-	3630-68303-000	Zuwendung im Jahr 2021
Empowerment- Maßnahmen von jugendlichen PoC im Themenfeld darstellender Kunst	Projekt „Verbunden (AT)“ akademie der autodidakten am Ballhaus Naunynstraße in Kooperation mit dem	5.000,-	2708-68417-353	Zuwendung im Jahr 2021, Projektfonds Kulturelle Bildung

	Sport-, Bildungs- und Kulturzentrum NaunynRitze			
Empowerment- Maßnahmen von PoC	Projekt „Die Schwarze Diaspora in Deutschland: Dekolonisierung, Empowerment und Kunst“ Black Art Action Berlin in Kooperation mit Audream / Die Falken	4.500,-	2708-68417-353	Zuwendung im Jahr 2021, Projektfonds Kulturelle Bildung
Geschäftsbereich der Bezirksbürgermeisterin, Integrationsbüro				
Sexualpädagogisches Empowerment/Entwicklung von BIPOC Lernmaterial	„ADEFRA-Tisch goes Kreuzberg“ Community-Tisch für Schwarze und PoC (BIPoC) Frauen* / ADEFRA – Schwarze Frauen* in Deutschland e.V.	4.120, -	3300 - 68432	90 % Finanzierung aus dem Bundesprogramm Demokratie leben (BMFSFJ). 10% Kofinanzierung Bezirk F-K und SenJustVA
Stärkung gegen Diskriminierung	Selbstverteidigungskurs mit Worten-SVK / SVK selbstorganisierte Gruppe von PoCMädchen/jungen Frauen	3.800, -	3300 - 68432	90 % Finanzierung aus dem Bundesprogramm Demokratie leben (BMFSFJ). 10% Kofinanzierung Bezirk F-K und SenJustVA
Empowerment für Menschen mit Migrationsgeschichte, POC und BIPOC	Empowerment für Menschen mit Migrationsgeschichte, POC und BIPOC / Alte Feuerwache e.V	4.098, -	3300 - 68432	90 % Finanzierung aus dem Bundesprogramm Demokratie leben (BMFSFJ). 10% Kofinanzierung Bezirk F-K und SenJustVA
Empowerment von BPOC Kindern	Audream liest vor – Lesungen in Kindertagesstätten und Kinderläden / Einzelpersonen	4.540, -	3300 - 68432	90 % Finanzierung aus dem Bundesprogramm Demokratie leben (BMFSFJ). 10% Kofinanzierung Bezirk F-K und SenJustVA
Förderung bezirkliche Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin	Träger UBI KliZ e.V.	5.000, -	3300 - 68432	

Jugendamt				
Fachstelle Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg	RAA e.V.	70.000, -	4010 - 67139	BVV-Beschluss zum Doppelhaushalt 2020/2021 vom 10.09.2019

Erläuterungen und Ergänzungen:

Das Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg ist Mitglied der Charta der Vielfalt und setzt seit der Durchführung des Projektes „Unterstützung in Vielfalt-Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg“ auf ganzheitliche Veränderungsprozesse. So wurden zum Beispiel Anforderungsprofile überarbeitet und alle (neuen) Mitarbeitenden nehmen verpflichtend an Diversity-Fortbildungen teil.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Förderung der antirassistischen Arbeit	Zuwendung für Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf (pad gGmbH)	60.000,-	3300-68432	zugleich Koordination des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“, welches verschiedene antirassistische Initiativen inkludiert, u.a. die Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn-Hellersdorf und Bündniskampagne „Solidarische Kieze Marzahn-Hellersdorf“
Förderung der Chancengleichheit und Partizipation von Migrantinnen und Migranten	Zuwendungen für Migrantenselbstorganisationen (Babel e.V., MaMis en Movimiento e.V., Reistrommel e.V., Gemeinsamer Horizont e.V., Vision e.V.)	200.000,-	3300-68432	./.
Förderung von Chancengleichheit geflüchteter Frauen (u.a. aus afrikanischen Herkunftsländern)	ROSA Interkultureller Frauentreff für Bildung - Beratung – Kultur, Träger: Frauenzentrum Matilde e.V.; Ziele: Selbsthilfe, Förderung der Teilhabe und Partizipation, Empowerment, Bildung, Medi-	60.000,-		aus Mitteln des Integrationsfonds für Marzahn-Hellersdorf

	enkompetenz, Unterstützung der Integration in Gesellschaft und Arbeit, Sprachförderung, Gesundheitsförderung			
Förderung der Partizipation im „LaLoka“ (Ladenlokal von Geflüchteten für Geflüchtete)	Empowerment für Geflüchtete durch die Bereitstellung eines selbstdefinierten Raumes zur Selbstermächtigung durch Bildung (insbes. Medien-, Computer- und digitale Bildung); Träger: pad gGmbH	45.000,-		aus Mitteln des Integrations-fonds für Marzahn-Hellersdorf
Rechtsberatung für Geflüchtete (darunter viele aus afrikanischen Herkunftsländern)	fachkundige Beratung in rechtlichen Fragen (inkl. der Begleitung zu entsprechenden Behörden); Träger: Volkssolidarität e.V.	71.000,-		aus Mitteln des Integrations-fonds für Marzahn-Hellersdorf
Wohnraumvermittlung Statusgewandelter (darunter viele aus afrikanischen Herkunftsländern)	Unterstützung bei Wohnraum-Vermittlung und nachsorgende Wohnbegleitung (insbes. Intensivierung und Ausbau der Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen und den im Bezirk tätigen Migrationsberatungsstellen sowie allen relevanten Fach- und Regeldiensten); Träger: Caritasverband für das Erz-bistum Berlin e.V.	130.000,-		aus Mitteln des Integrations-fonds für Marzahn-Hellersdorf

Bezirksamt Mitte von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Mitte von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Fachbereich Jugend				
Jugendarbeit	Each One Teach One (EOTO) e.V. EOTO Young Black Future – Ein kiezorientiertes Schwarzes Community-Jugendprojekt	50.000,-	4010-671 03	Bezirkliche Zuwendung seit 2020 auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses
Postkoloniale Spuren in Moabit	Farafina Afrika-Haus e.V., Publikation zu postkolonialen Spuren mit begleitenden 2 Workshops und 2 Moabit-Stadtrundgängen im Oktober 2020	5.000,-	4010-684 32	Projekt im Rahmen von „Demokratie in der Mitte“, Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 2020 und 2021
Fachbereich Kultur und Geschichte				
Postkoloniale Erinnerungskultur	Online-Forum: Ein Weg zum postkolonialen Gedenken in Berlin Mitte	5.000,-	3630-54010	Bezirkliche Mittel, Auftrag der BVV Mitte von Berlin 2020

	Träger: Mitte Museum in Kooperation mit Each One Teach One e.V.			
Postkoloniale Erinnerungskultur	Filmische Dokumentation des Online-Forums „Ein Weg zum postkolonialen Gedenken in Berlin Mitte“ Träger: Mitte Museum Auftragnehmerin: Loraine Blumenthal	15.000,-	3630-54010	Bezirkliche Mitte, Auftrag der BVV Mitte von Berlin 2020
Neusichtung musealer Sammlungen hinsichtlich Aspekten der Kolonialgeschichte und der Dekolonialisierung / Postkoloniale Erinnerungskultur (Sachkulturforschung)	Kunst- und medienhistorisches Rechercheprojekt zu 6 historischen Schulwandkarten (1890-1955) aus der Sammlung des Mitte Museums. Vergleichende Rekonstruktion und Analyse von didaktischen und pädagogischen Konzepten der Vermittlung kolonialistischer Inhalte und Stereotype in der schulischen Bildung 1890-1955 Träger: Mitte Museum Auftragnehmer*innen (Werkvertrag): Zara Gollan und Anna Götz, M.A.	5000,-	3630-42701	Bezirkliche Mittel / planmäßige Haushaltsmittel 2020
Postkoloniale Erinnerungskultur	Film zur Geschichte und Umbenennung der M-Straße als Teil der neuen Dauerausstellung des Mitte Museums Träger: Mitte Museum Auftragnehmerin: Loraine Blumenthal	9.500,-	2708-68620-354	Mittel des BKF-Kolonialismusfonds 2021
Postkoloniale Erinnerungskultur	Hörstation: Deutung von 6 historischen Schulwandkarten aus postkolonialer Perspektive als Exponate der neuen Dauerausstellung des Mitte Museums, vermittelt durch eine Hörstation	6.500,-	2708-68620-354	Mittel des BKF-Kolonialismusfonds 2021

	Träger: Mitte Museum Auftragnehmer: Savvy Contemporary (Berlin)			
Postkoloniale Erinnerungs- kultur	<p>Publikationsprojekt „Dekolonisierung der Mitte“ (Arbeitstitel).</p> <p>Die Publikation soll</p> <p>a) die Geschichte kolonial belasteter Straßen, Plätze und Orte in Berlin-Mitte,</p> <p>b) aktuelle Debatten zu einem postkolonialen Lern- und Erinnerungsort in Berlin-Mitte und</p> <p>c) die zeitgeschichtliche Einordnung (insbesondere des Afrikanischen Viertels) durch zivilgesellschaftliche Stimmen behandeln.</p> <p>Träger: Mitte Museum in Kooperation mit unterschiedlichen Auftragnehmer*innen und dem Verlag mitte/rand (Berlin)</p>	29.000,-	2708-68620-354	Mittel des BKF-Kolonialismusfonds 2021
Integrationsbüro				
Ausstellung: Erinnerungs- kultur deutsch-afrikanische Kolonialgeschichte, Black Lives Matter und Afrofutu- rismus	<p>Ausstellung "Mitte wird Gehalten - Keeping The Center" zu Erinnerungskultur bezüglich deutsch-afrikanischer Kolonialgeschichte, Black Lives Matter und Afrofuturismus in 23 Bildern im Rahmen der Wochen gegen Rassismus 2021 an der Fassade des Rathaus Tiergarten.</p> <p>Träger: Afrotak Cybernomads</p>	<p>Geplant: 1.000,- Druck- kostenzuschuss 900,- Hängung der Ausstellung</p>	330- 53101	Die Ausstellung wurde in Kooperation mit IntMig/SenIAS finanziert. Hier ist nur der Zuschuss aus dem Bezirkshaushalt ausgewiesen.

Registerstelle Mitte	Registerstelle Mitte: Erfassung, Dokumentation und Veröffentlichung von rassistischen und rechtsextremen Vorfällen in Mitte, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zum Thema. Träger: Narud e.V.	5.000,-	3300-68432	In 2021 will sich die Registerstelle Mitte schwerpunktmäßig mit dem Thema anti-Schwarzer Rassismus auseinandersetzen
----------------------	--	---------	------------	--

Maßnahmen des Bezirksamts Berlin Mitte von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushaltstitel	Anmerkungen
Fachbereich Jugend				
Antirassismusarbeit	Mensch im Mittelpunkt e.V. "Rassismus, Diskriminierung und Sicherheit", Workshops, Veranstaltungen und Beratung zu Rassismus, Diskriminierung und Integration für v.a. (junge) Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund	4.800,-	4010-68432	Projekt im Rahmen von „Demokratie in der Mitte“, Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 2020
Fachbereich Kultur und Geschichte				
Förderung von Chancengleichheit und Partizipation	Maßnahme: Kulturnetzwerk Wedding / Moabit (Programmkoordination Stadtkultur und Vernetzung)	HH 20: 102.000,00 HH 21: 102.000,00	1240 – 89368 - 220	Laufzeit der Maßnahme: 2019-2022 Förderung aus dem Programm Soziale Stadt

	<p>Projekt: institutions extended</p> <p>Träger: Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte im BA Mitte</p> <p>Auftragnehmerin Marina Naprushkina</p>			
Aufarbeitung von Traumata durch Migration und Gewalterfahrungen	<p>Projekt: Art in dark Times</p> <p>Träger bi'bak e.V. / Malve Lippmann</p> <p>Diskursives Filmprogramm, das elementare Konflikte aus der Perspektive künstlerischer Praktiken erörtert</p>		2708-68620-354	Bezirkskulturfonds 2020
Partizipation in der Migrationsgesellschaft	<p>Projekt: Ich bin aus Mitte</p> <p>Trägerin: Burcu Argat</p> <p>Ausstellungsprojekt im Mitte Museum von türkischen Migrantinnen der 1. Generation anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Abwanderungsabkommens zwischen Deutschland und der Türkei</p>	9.598,-	2708-68620-354	Bezirkskulturfonds 2021
Partizipation in der Migrationsgesellschaft	<p>Projekt: Kuringa Forumtheater Festival</p> <p>Trägerin: Barbara Santos</p> <p>Theaterlaboratorium und Symposium zur Wirkungsweise von politischem Theater</p>	8.350,-	2708-68620-354	Bezirkskulturfonds 2021

Partizipation in der Migrationsgesellschaft	Projekt: Let's Dance Träger: shibak sharqi e.V. Tanzprojekt mit geflüchteten Jugendlichen	11.935,-	3630-68617-250	Integrationsfonds 2020
Partizipation in der Migrationsgesellschaft	Projekt: Let's Dance Träger: shibak sharqi e.V. Tanzprojekt mit geflüchteten Jugendlichen	11.935,-	3630-68617-250	Integrationsfonds 2021
Partizipation in der Migrationsgesellschaft	Projekt: Dünja Welten Trägerin: Beate Maria Wörz Empowermentprojekt für Mädchen mit Migrationshintergrund	4.850,-	2708-68417-354	Projektfonds Kulturelle Bildung, Fördersäule 3, 2020
Partizipation in der Migrationsgesellschaft	Projekt: Community Sounds Träger: Tim Degner u. Robert Rating Musikpädagogisches Kompositionsprojekt mit Jugendlichen zur Förderung von Solidarität mit benachteiligten Communities	4.998,-	2708-68417-354	Projektfonds Kulturelle Bildung, Fördersäule 3, 2021
Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung	Projekt: Residenz Berlin-Lagos Träger SAVVY Contemporary e.V.	4.000,-	3630-68617	Bezirkliche Zuwendung 2020

	Künstler:innen-Austausch zwischen Berlin und Lagos / Nigeria In Kooperation mit Goethe-Institut Lagos, Kunstrepublik e.V.			
Teilhabe-gerechtigkeit und Gleichstellung	Projekt: Residenz Berlin-Lagos Träger SAVVY Contemporary e.V. Künstler:innen-Austausch zwischen Berlin und Lagos / Nigeria In Kooperation mit der 16by16 Foundation / Lagos / Kunstrepublik e.V.	4.000,-	3630-68617	Bezirkliche Zuwendung 2021
Gegen Rassismus allgemein	Projekt: Existing Otherwise – die Zukunft der Intimität Träger: XO Curatorial Projects UG Ausstellungs- und Performance-programm zum Thema Co-Existenz der Kulturen	14.300,-	2708-68620-354	Bezirkskulturfonds 2021
Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus in Schulen	Kursprojekt an der Wedding-GS zum Thema „Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus in Schulen“ mit Schüler/innen der Klassenstufe 5; Der Kurs verfolgt das Ziel, Diskriminierungen, wie Rassismus, Antisemitismus,	9.500,-	3630 - 42701	Das Kursprojekt konnte bisher aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht realisiert werden. Ein digitales Angebot wird bei diesem sensiblen Thema als nicht zielführend gewertet.

	Sexismus oder Diskriminierungen aufgrund von körperlicher Beeinträchtigung aufzuzeigen, zu hinterfragen und abzubauen. Nach Auseinandersetzung und Reflexion der behandelten Themen kreieren die Kinder unter Anleitung der Kursleitung theatralische bzw. pantomimische oder tänzerische Szenen. Bezirksamt Mitte, FachbereichKunst,			
Integrationsbüro				
Veranstaltung zum LADG	Podiumsveranstaltung zur Vorstellung und Diskussion des LADG im Juni 2020 mit Vertreter*innen der Verwaltung (Bezirksbürgermeister Mitte, Polizei, Jobcenter Mitte, Bürgeramt Mitte, SenJustVA) und Zivilgesellschaft (EOTO e.V.). Die Veranstaltung wurde live gestreamt.	2.171,-	3300 54053	
Mitarbeitenden-Befragung im Bezirksamt Mitte zum Migrationshintergrund, sprachlicher Vielfalt und Diskriminierungserfahrungen	Mitarbeitenden-Befragung in der u.a. nach rassistischen Diskriminierungserfahrungen der Mitarbeitenden gefragt wurde. Umfrageergebnisse sollen auch als Grundlage für Umsetzung von Anti-Diskriminierungsmaßnahmen dienen.	8.415,-	3300 54010	
Fachbereich Kommunale Entwicklung				
Bestandsaufnahme migran-tischer/diasporischer Ak-teure mit entwicklungspoliti-schen Aktivitäten in Berlin-Mitte	Bestandsaufnahme im Zeitraum von An-fang November 2019 bis Mitte März 2020 und anschließende Broschüre der Ergeb-nisse sowie kurze Steckbriefe der Ak-teure			Anlass und Ziel der Bestandsauf-nahme war es, einen systemati-schen Überblick über die entwick-lungspolitischen

	<p>(Finalisierung der Broschüre im Frühjahr 2021 geplant)</p> <p>Angebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global</p> <p>Durchgeführt von: ask I agentur & consulting</p>			<p>Akteure im Bezirk zu erarbeiten. Im Sinne des Arbeitsschwerpunkts Migration und Entwicklung der Koordinierungsstelle für kommunale Entwicklungspolitik des Bezirksamtes Mitte, der Potenziale und Synergien zwischen diesen beiden Themen und Handlungsfeldern hervorheben und fruchtbar machen möchte, wurde der Fokus der Bestandsaufnahme besonders auf migrantische/diasporische Organisationen mit entwicklungspolitischen Aktivitäten gelegt, die im Bezirksamt bislang als zu wenig bekannt und sichtbar galten, darunter auch afrikanisch-diasporische Organisationen.</p> <p>Im Rahmen der Projektstelle Koordination kommunale Entwicklungspolitik (KEP), gefördert durch Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</p>
Vernetzung „Berlin Mitte in der Einen Welt“	<p>Auftakttreffen am 19.11.2020 im Anschluss an die Bestandsaufnahme</p> <p>Koordination kommunale Entwicklungspolitik des Bezirksamtes Mitte, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und ask I agentur & consulting</p>			<p>Das Auftakttreffen zielte darauf ab die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu präsentieren und den bezirklichen Akteuren die Koordinierungsstelle für kommunale Entwicklungspolitik vorzustellen. Da ein Ergebnis der Bestandsaufnahme der Wunsch nach weiterer Vernetzung</p>

				war, wurden diesbezüglich weitere Schritte gemeinsam geplant. Geplant sind weitere Vernetzungstreffen in 2021. Ein Treffen fand im Februar 2021 statt, das nächste Treffen ist im Mai 2021 geplant.
Finanzierungsmöglichkeiten und Grundlagen der Antragstellung in der entwicklungspolitischen Arbeit	<p>Webinarreihe für bezirkliche Akteure im Anschluss an die oben genannte Bestandsaufnahme. Zeitraum Januar bis März 2021 Organisiert durch die Koordination kommunale Entwicklungspolitik.</p> <p>Kooperationspartner/Referentinnen: Fachpromotorin zur Stärkung der migrantischen Zivilgesellschaft in Berlin von moveGLOBAL e.V. und Vertreterin von Colectivo Janainas (bezirklicher Verein)</p>	300,-	3300 54690	<p>Aus der Bestandsaufnahme wurde mehrfach der Wunsch nach Unterstützung in der Projektfinanzierung geäußert, weshalb mit der Webinarreihe auf diesen Bedarf reagiert wurde.</p> <p>Im Rahmen der Projektstelle Koordination kommunale Entwicklungspolitik (KEP), gefördert durch Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</p>
Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit der Kommune Lideta in Addis Abeba / Äthiopien	<p>In 2021 sind geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Digitaler Austausch mit Lideta • Gemeinsame Themenfindung für die Partnerschaft und Projektideen • Ggfls. Beginn der Umsetzung von Projektideen 			Die Koordinierungsstelle kommunale Entwicklungspolitik arbeitet an dem Aufbau einer neuen Partnerschaft zwischen dem Bezirksamt Mitte und Lideta in Addis Abeba / Äthiopien. Die Kommune wurde gemeinsam mit Vertretenden der afrikanischen Community (aus Mitte oder ganz Berlin) ausgewählt und soll zukünftig gemeinsam ausgestaltet werden. Ziel ist es, Themen zu identifizieren, die beide Kommunen bewegen, wie beispielsweise der Klimawandel, und

				gemeinsam mittels Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch mögliche Lösungen zu entwickeln.
--	--	--	--	--

Erläuterung zur Schwarze Volkshochschule im Bezirk Mitte

Die Schwarze Volkshochschule (SVHS) im Bezirk Mitte, die erst ihrer Art in Deutschland, verdankt sich eines bottum-up-Prozess, der seinen Ausgangspunkt in einer bürgerschaftlichen Bewegung Schwarzer fand, die sich aus dem politischen Kampf für Straßenumbenennungen im sog. Afrikanischen Viertel und konkret dem Projekt „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ heraus gebildet hat. Die SVhs ist älter als der hier in Rede stehende Konsultations- und Dialogprozess und schon länger ein Beitrag zur Umsetzung der UN-Dekade. Die Institutionalisierung der SVhs als einen selbstermächtigenden bezirklichen Prozess zu betrachten, verdeutlicht, welche Handlungsspielräume auf kommunalere Ebene bestehen.

Bezirksamt Pankow von Berlin

Übersicht Maßnahmen des Bezirksamts Pankow von Berlin gegen Rassismus allgemein sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts-titel	Anmerkungen
Begleitung, Beratung zu Themen Diskriminierung, Homo/Transphobie, Job/Qualifizierungssuche, Bildungssystem, Leistungen, bürokratische Fragen für Migrantinnen_geflüchtete Frauen (LGBTTIQ+)	Integrationslotsinnen* in Pankow Trixiewiz e.V.		Landesrahmenprogramm/ Senat IntMig	In diesem Jahr mit einem hohen Anteil von Menschen aus afrikanischen Herkunftsländern
Beratung, Seminare und Empowerment von und für Migrantinnen_geflüchtete Frauen (LGBTTIQ+)	Wissen durch Teilhabe Trixiewiz e.V.	2020: 35.000,- 2021: 35.658,-	Partizipations- und Integrationsprogramm Senat IntMig	

Schulung für Personen mit Fluchterfahrung/ Peer-to-Peer Weiterbildung als BeraterIn und Empowerment-TrainerIn für politische Bildung und antirassistische Arbeit	BeVisible Trixiwiz e.V.	2020: 60.000,- 2021: 70.000,-	Integrationsfonds 68432	
Geschützter Raum mit Workshops, Seminaren und Empowerment von und für Migrantinnen_geflüchtete Frauen (LGBTTIQ+)	Women*Safe*Point Trixiwiz e.V.	2020: 20.000,- 2021: 20.000,-	Integrationsfonds 68432	
Integration von zugewanderten Berliner*innen in Beschäftigung und Förderung von Chancengleichheit und gesellschaftlichen Partizipation. Schwerpunkte: Förderung von Diversity in Berliner Unternehmen, sozialräumliche Teilhabe, Workshops zu Diskriminierungserfahrungen, Empowerment. Ca. 1/5 der TLN und mehrere Berater*innen sind afrikanischer Herkunft. Zielgruppenerreichung durch Netzwerkarbeit in den Herkunftscommunities sowie Kooperation mit MO und dem Afrikacenter Berlin.	“Walk On! Gesellschaftliche Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt von zugewanderten Fachkräften in Pankow” Träger: Ayekoo – arbeit und ausbildung e.V.	2020: Integrationsfonds 17.000,- SenIAS: 69.178,57 ESF: 56.425,59 2021: Integrationsfonds: 25.000,- SenIAS: 29.783,54 ESF: 100.651,91	KoFi Integrationsfonds 68432; SenIAS; ESF	

<p>Integration von Berliner*innen mit und ohne Migrationsgeschichte in Beschäftigung und Förderung von Diversity in Berliner Unternehmen. Ca. 1/6 der TLN und mehrere Berater*innen sind afrikanischer Herkunft. Zielgruppenerreichung durch Netzwerkarbeit in den Herkunftsgemeinschaften sowie Kooperation mit MO und dem Afrikacenter Berlin.</p>	<p>„Zukunft Pflege – beruflicher Einstieg in Gesundheitsberufe und Bekämpfung des Pflegenotstandes in Pankow“ Träger: Ayekoo – arbeit und ausbildung e.V.</p>	<p>2020: SenIAS: 5.898,73 € ESF: 9.304,96 € 2021: SenIAS: 50.803,21 € ESF: 102.867,79</p>		
<p>Diversitätsorientierter Öffnungsprozess in der Stadtbibliothek Pankow (2018-2022)</p>	<p>Umfangreiches Förderprojekt zur rassistis- und diskriminierungskritischen, diversitätsorientierten Entwicklung in den Bereichen Personal, Programm und Publikum sowie in einem übergreifenden Leitbildprozess. 2018-2022 gibt es für die Koordination des Prozesses eine Vollzeitstelle (E-13).</p>	<p>65.000,-</p>	<p>Kulturstiftung des Bundes</p>	<p>Rassismus gegen Schwarze Menschen wird nicht ausdrücklich und nicht schwerpunktmäßig behandelt, sondern als Aspekt der allgemeinen Auseinandersetzung mit Rassismus. Hier ist also eine Chance, mehr gegen Anti-Schwarzen Rassismus zu machen.</p>
<p>Schulungen zu Diversität für alle Mitarbeitende der Stadtbibliothek Pankow</p>	<p>2020 nahmen nahezu alle Mitarbeitenden an einer zweitägigen Fortbildung zu Diskriminierungsbewusstsein und Diversität teil.</p>	<p>30.000,-</p>		<p>Themen der Fortbildungen sind Diskriminierungsformen im Sinne des LADGs und insbesondere Rassismus. Es wird nicht nur, aber auch, Rassismus gegen Schwarzen Menschen thematisiert.</p>
<p>Verbesserungen der Personalgewinnung der Stadtbibliothek Pankow im Bezug</p>	<p>Die Anforderungsprofile im gesamten Bezirksamt wurden 2019 um Diversity- und interkulturelle Kompetenz ergänzt. Darüber hinaus arbeitet der FB Stadtbibliothek verbessert strukturelle Ausschlüsse</p>	<p>Drittmittel: 500,- von der Kulturstiftung des Bundes</p>		

auf Hürden für migrantisierte und rassifizierte Menschen	im Auswahlprozess. Auswahlverfahrens. Auch die Ansprache von potenziellen Bewerber*innen mit Migrationshintergrund, mit Rassismuserfahrung wird durch Vernetzung und diversitätsgerechteres Werbematerial kontinuierlich verbessert.			
Neue rassismuskritische und diversitätsfördernde Medienangebote in der Stadtbibliothek Pankow	diversitätsbewusster Bestandsaufbau: - thematisches Regal „Rassismus und Migration“ in der Janusz-Korczak-Bibliothek - intersektionale Bibliothek zu Themen rund um Sexismus und Rassismus in der Stadtteilbibliothek Buch	Drittmittel: 3.000,- von der Kulturstiftung des Bundes		Viele der Titel behandeln konkret die Themen Rassismus gegen Schwarzen und sind von Autor*innen, die selber betroffen sind.
Jährliche Veranstaltungsreihe zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus auch in der Stadtbibliothek Pankow	Lesungen, Ausstellungen, Filmvorführungen u.a. im Rahmen der „Wochen gegen Rassismus“ und der „Interkulturellen Wochen Berlin“	Drittmittel: 5.000,- von der Kulturstiftung des Bundes		Rassismus gegen Schwarzen Menschen wird nicht ausdrücklich und nicht schwerpunktmäßig behandelt, sondern nur als Aspekt der allgemeinen Auseinandersetzung mit Rassismus. Drei Veranstaltungen im Zeitraum 2020-2021 wurden von Schwarzen Autor*innen bzw. Künstler*innen gestaltet.
Empowerment von BPOC-Kinder und Jugendliche zur diskriminierungskritische Lesekompetenz in der Stadtbibliothek Pankow	Projekt „Powervolle Lesende“ zusammen mit der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und RAA Berlin e.V. Es werden zum Thema Rassismus und Diversität in Kinderliteratur Workshops angeboten: sowohl für Kinder, die selber Rassismus erfahren als auch für Bibliothekspersonal, die Kinderliteratur einkaufen und vermitteln.	Drittmittel: 10.000,- von der bpb, 3.000,- von der Kulturstiftung des Bundes		Rassismus gegen Schwarzen Menschen ist nicht der ausdrückliche Schwerpunkt, sondern nur Aspekt der allgemeinen Auseinandersetzung mit Rassismus und andere Diskriminierungsformen. Jedoch wird das Projekt maßgeblich von Akteur*innen aus der Schwarze Deutsche Frauenbewegung gestaltet.

Umfangreiche Kooperationen zwischen Migrant*innenselbstorganisationen und der Stadtbibliothek Pankow	In dem FB Stadtbibliothek werden zahlreiche Veranstaltungen und Projekte kooperativ und auf Augenhöhe mit Migrant*innenselbstorganisationen geplant, konzipiert und durchgeführt.			
Black Empowerment Pankow - Stärkung von BPOC (Black People of Colour) in Pankow durch Beratung, Begleitung, Kultur- und Empowermentangebote	Total Plural e.V. Projekte: Afro-Deutsche Ateliers und Community-Tage	2020: 4.000,- 2021: 12.000,-	3310-68406	
Pankow beteiligt sich an dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" und setzt sich damit für ein offenes und vielfältiges Leben in unserem Bezirk ein.	Partnerschaften für Demokratie NORD und SÜD	18.000,- (Kofinanzierung)	3310-68406	Die Kofinanzierung ist die Voraussetzung, um an dem Bundesprogramm Demokratie leben! für den Zeitraum 2020-2024 teilzunehmen. Neben dem Bezirk übernimmt auch das Land Berlin anteilig Kofinanzierungskosten.
Sichtbarmachung von rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und anderen diskriminierenden Vorfällen, auch Anti-Schwarzen Rassismus im Bezirk	Das Pankower Register / Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH	2020: 5000,- 2021: 5000,-	3310-68406	
Bündelung und Vernetzung von Initiativen gegen Rechts im Bezirk	Fach- und Netzwerkstelle Moskito / Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH	2020: 32.990,- 2021: 32.990,-	3310-68406	
Wochen gegen Rassismus Pankow (15.03 – 28.03.)	Partnerschaft für Demokratie Pankow NORD	2021: 4.900,-	Partnerschaften für Demokratie	Mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen wurden zwei Wo-

				chen lang sichtbare Zeichen gegen Rassismus in Pankow gesetzt.
Fachtag Rassismus	Kooperationsprojekt im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Pankow SÜD	2021: 3.000,- (geplant)	Partnerschaften für Demokratie	Im Mai 2021 ist ein Fachtag in Planung mit dem Ziel, Rassismus im Bezirk sichtbar zu machen und besonders Betroffenen das Wort zu geben. Zusammen mit [moskito], der Fach- und Netzwerkestelle gegen Rechts und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren wird ein Austausch organisiert.
Frauengruppe "Hayatuna"	Zukunftswerkstatt Heinersdorf im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Pankow SÜD	2021: 1.750,-	Partnerschaften für Demokratie	
„Willkommen in der Stadt“ ist eine Anlauf- und Beratungsstelle für Geflüchtete und Zuwanderer in Heinersdorf	Zukunftswerkstatt Heinersdorf	2020: 60.000,- 2021: 61.650,-	Integrationsfonds 68432	Die Zukunftswerkstatt Heinersdorf leistet wichtige Nachbarschaftshilfe, ob in Bezug auf die Integration von Bürger*innen mit Migrationsbiografie in den Kiez oder auf Schaffung von Angeboten für Kinder und Jugendliche. Es besteht ein enger Kontakt zu Menschen aus afrikanischen Herkunftsländern, insbesondere Eritrea
"Willkommen in Karow" ist eine Anlauf- und Beratungsstelle. Sie unterstützt das Helfernetzwerk für geflüchtete Menschen, informiert und koordiniert. Es schafft Möglichkeiten für Neu- und Alt-Karower sich zu begegnen, einander	Projekt: „Willkommen in Karow“ Albatros gGmbH STZ im Turm in Karow	2020: 54.820,84 2021: 58.468,62	Integrationsfonds 68432	Gefördert wird das gesamte STZ Karow. Menschen aus afrikanischen Herkunftsländern und in der Nachbarschaft lebend werden stark in die Arbeit mit eingebunden.

kennenzulernen und so die gegenseitige Akzeptanz zu fördern.				
Das Thema Diversity und Interkulturelle Öffnung sind ein zentrales Thema im Jugendamt Pankow.	Kooperationsprojekt Jugendamt Pankow mit dem Bildunsteam Berlin-Brandenburg e.V.	2018-2020, Fortführung ab 2021	AMIF, SenIAS, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg	Sowohl im Bereich Personalgewinnung als auch Personalentwicklung gab es Überprüfungen der Verfahren und Umstrukturierungen. Diversity-Schulungen auf Leitungsebene als auch auf Ebene der Mitarbeiter*innen wurden umgesetzt
Maskenaktion im Rahmen der Kampagne: Pankow bekennt Farbe! Gegen Rassismus. Für Menschenrechte				Es wurden 1000 Masken gedruckt mit dem Hashtag: #PankowGegenRassismus und dem Vielfaltpiktogramm, das für die Kampagne 2019 von Migrantas entworfen wurde

Erläuterungen und Ergänzungen:

Das landesweite Leitbild „Weltoffenes Berlin –chancengerechte Verwaltung“ welches der Senat am 13.08.2019 beschlossen hat, ist Bestandteil der Personalmanagements des Bezirksamtes Pankow von Berlin. Es findet Beachtung bei der durch die ehemalige Integrationsbeauftragte ins Leben gerufene behördeninterne Arbeitsgruppe zum Thema „diskriminierungssensibles Arbeitsumfeld“ und auch bei einem zukünftig zu erstellenden Personalmanagementkonzept des Bezirksamtes. Die Koordination der Arbeitsgruppe erfolgt durch die Integrationsbeauftragte und durch das zentrale Personalmanagement des Bezirksamtes Pankow.

Ergänzungen der Stadtbibliothek:

Der FB Stadtbibliothek im Bezirksamt Pankow zeigt, dass eine Verwaltungseinheit strukturellen Rassismus abbauen kann, wenn eine gute Basis an Sachmitteln und personellen Ressourcen gesichert werden kann. Dieser FB bekommt 2018-2022 Drittmittel vom Bund für einen diversitätsorientierten Öffnungsprozess (360°-Fonds der Kulturstiftung des Bundes). Dieser ermöglicht eine E-13 Stelle für den Prozess sowie die Finanzierung vieler der o.g. Maßnahmen. In der Anlage zur Drucksache 18/2330, zum Schwerpunkt Kunst und Kultur, zu dem Bibliotheken zählen, fordern für die Vertreter*innen der Schwarzen Communities eine „Verbesserung des Zugangs und adäquate Repräsentation [...] im Personal, Programm und Publikum der öffentlich geförderten Kulturinstitutionen“. Genau an diesen drei Punkten arbeitet der FB Stadtbibliothek, denn sie sind auch die drei Arbeitsfelder im Förderprogramm 360°. Diese Arbeit kann aber nicht in 4 Jahren erledigt werden; zum Beispiel steigt zwar der Anteil an Migrant*innen und People of Color in der Bibliotheksbelegschaft (auch in der Führungsebene), aber sie sind noch stark unterrepräsentiert und es gibt noch keine Schwarzen Kolleg*innen unter den Festangestellten, was ja eine konkrete Forderung der Communities ist. Fazit: solche Prozesse der rassismuskritischen, diversitätsorientierten Organisationsentwicklung müssen kontinuierlich sein und dürfen daher nicht von Fördermitteln und befristeten Stellen abhängig sein. Für eine rassismuskritische Veränderung in der Verwaltung, wie im Rahmen der UN Dekade gefordert wird, braucht es eine nachhaltige Finanzierung aus dem Landes- und Bezirkshaushalt, sowohl für den Bereich Kunst und Kultur als auch für andere Verwaltungsbereiche.

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Reinickendorf von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushalts- titel	Anmerkungen
Koloniale Aufarbeitung und Rassismus in und um Reinickendorf – eine interaktive Veranstaltungsreihe	Unterstützung der Arbeit von Migrant*Innenselbstorganisationen (MSO) in Reinickendorf – Teilprojekt: „Migration im Fokus“	2.523,-	3320-68448	
Podiumsdiskussion „Alltagsrassismus in Deutschland“	Podiumsdiskussion im Rahmen der Interkulturellen Woche 2020/ Afrika Medienzentrum e. V. in Kooperation mit dem Bezirksamt Reinickendorf von Berlin	441,-	3320-42701	

Maßnahmen des Bezirksamts Reinickendorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können.

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushalts- titel	Anmerkungen
Professioneller Umgang mit rassistischer Diskriminierung in der Kinder- und Jugendarbeit	Fortbildung für Fachkräfte im Rahmen der Interkulturellen Woche 2020/ Albatros gGmbH und Gesobau Nachbarschaftsetage / Finanzierung über die Partnerschaft für Demokratie im Programm Demokratie leben!			
resiART; Projektraum für Geflüchtete und Kunstinteressierte (ehemals Projekt Heimat)	Bespielung eines Ortes als Begegnungs- und Austauschstätte, in dem geflüchtete Künstlerinnen und Künstler, Willkommensklassen, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Kunstinteressierte gemeinsam künstlerisch tätig werden können Träger: BA Reinickendorf von Berlin/ Abteilung Bauen, Bildung und Kultur/ Fachbereich Kunst und Geschichte	65.600,-	3320-42701; 3320-42811; 3320-51801; 3320-54079; 3320-51701	Gefördert durch Integrationsfonds 2020 Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.
Zukunft zwischen Schule und Ausbildung	Entwicklung von Zukunftsperspektiven für junge Geflüchtete. Praktisches Arbeiten im Sinne der Berufsorientierung; Vorbereitung für Berufsausbildung. Explizierte und implizierte Sprachförderung	69.000,-	3320-68448	Gefördert durch Integrationsfonds 2020 (Entwicklung Zukunftsperspektiven „in Gesellschaft“; Übergang in Arbeit)

	Träger: kiezküchen GmbH / BA Reinickendorf / Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie			Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.
Mobiles Team zur Betreuung und Beratung von geflüchteten Familien in Hostels und anderen Unterkünften ohne sozialpädagogische Betreuung	<p>Orientierungshilfe und niedrigschwellig zugängliches Beratungsangebot für geflüchtete Menschen in Hotels. Aufhebung der Isolation der Zielgruppe durch begleitende Unterstützung; Traumatisierungen und gesundheitliche Risiken erkennen und Hilfsangebote installieren</p> <p>Träger Aufwind e. V / BA Reinickendorf / Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie</p>	20.000,-	3320-68448	<p>Gefördert durch Integrationsfonds 2020</p> <p>Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.</p>
Trifolio - Jugendliche werden ehrenamtliche Rollenvorbilder für ihren Kiez (AVA-Kiez) und unterstützen Jüngere bei Integration & Teilhabe	<p>Stärkung von geflüchteten und beheimateten Jugendlichen. Erleben ihres eigenen Könnens als Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer, Verknüpfung der Nachbarschaft durch Beziehungsaufbau, Unterstützung von jüngeren Kindern bei der Integration und Teilhabe durch engagierte Jugendliche; Zusammenarbeit mit den Oberschulen</p>	25.000,-	3320-68448	<p>Gefördert durch Integrationsfonds 2020</p> <p>(Integration in Nachbarschaft, Brückenbauen und unmittelbare Stärkung gesell. Teilhabe von jungen Menschen)</p> <p>Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf,</p>

	Träger: kein Abseits! e. V. / BA Reinickendorf / Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie			d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.
Willkommen im Mädchen-treff	Integration in den Sozialraum, Kennenlernen der anderen Mädchen und der Angebote des Interkulturellen Mädchentreffs, Deutschförderung für Mädchen und ihre Mütter, Förderung des Selbstwertgefühls, Abbau von Ängsten im offenen Raum Träger: Albatros gGmbH/ BA Reinickendorf/ Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie	36.000,-	3320-68448	Gefördert durch Integrationsfonds 2020 (Integration in Sozialraum) Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.
Community Divers im LAIV	Unterschiedliche interkulturelle und kultursensible Projekte im Jugendcafé LAIV. Träger: LebensWelt gGmbH / BA Reinickendorf / Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie	34.000,-	3320-68448	Gefördert durch Integrationsfonds 2020 Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.
„VIELFALT für Familien“	Durch Unterstützung in Gruppen- und Beratungsangeboten haben Familien	26.000,-	3320-68448	Gefördert durch Integrationsfonds 2020 (Übergang in Regelstruktur)

	<p>In Kooperation mit den Kitas in der Rollbergesiedlung haben Kinder im Alter von 4- 5 Jahren an Sprachkompetenz gewonnen.</p> <p>Angebot eines niedrigschwelligen Sozialberatungsangebots in der Rollbergesiedlung.</p> <p>Träger: FACE Familienzentrum / BA Reinickendorf / Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport / Fachbereich Jugend/Familie</p>			<p>Die Projekte des bezirklichen Integrationsfonds richten sich an alle geflüchteten und neu zugewanderten Menschen im Bezirk Reinickendorf, d.h. auch an Menschen afrikanischer Herkunft. Hier aufgelistet werden die Projekte, die Chancengleichheit und Partizipation fördern.</p>
Sensibilisierungsschulung zum Thema Diskriminierung	<p>Workshop für Ehrenamtliche im Rahmen der Reihe "Fit fürs Ehrenamt"</p> <p>Volkshochschule Reinickendorf in Kooperation mit dem Ehrenamtsbüro</p>	250,-	3320-42790	Corona bedingt noch keine Umsetzung (erneut geplant für 2021)
Förderung des interkulturellen Dialogs mit dem Schwerpunkt Frauenemanzipation und Rassismus und Stereotypenbildung	<p>Verschiedene Kursangebote (Workshops, Vorträge und Diskussion) im Rahmen der interkulturellen Woche</p> <p>Volkshochschule Reinickendorf</p>	600,-	3320-42701	geplant für Herbst 2021
Kolonialismus, Kolonialgeschichte, Sklaverei und Rassismus	<p>Kursangebote (Workshops, Vorträge mit Diskussion) im regulären Bildungsangebot</p> <p>Volkshochschule Reinickendorf, teils in Kooperation "vhs.wissen live!"</p>	1.500,-	3320-42701	geplant für Herbst 2021
Rassismuskritische Jugendarbeit	<p>Workshopreihe der ju:an Praxisstelle für pädagogische Fachkräfte der Jugendarbeit in Reinickendorf</p>	/	ohne	Kooperation des Jugendamtes/ Region Nord mit der ju:an Praxisstelle; 6 Einheiten, aktuell online, jeweils 180 Minuten

	Träger: ju:an praxisstelle der Amadeu Antonio Stiftung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus			
„Rassismus war nie weg“	Workshoparbeit mit Schüler/innen der Klassenstufe 7. Sensibilisierung im Umgang mit rassistischen Äußerungen. Informationen zu Personen, die sich gegen Rassismus einsetzen. Träger: Kulturhilfswerk e.V.	13.253,92	90,57% aus 4010/68490 4,07 % aus 0601/68406 5,36 % aus 4010/68425	Projektförderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“
„Keine Schule, kein Haustier, kein...“	Workshoparbeit mit Schüler/innen der Klassenstufe 5 und 6. Thema ist das Leben von Kindern während des Nationalsozialismus. Träger: Schlaglicht e.V.	19.700,-	90,57% aus 4010/68490 4,07 % aus 0601/68406 5,36 % aus 4010/68425	Projektförderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“

Erläuterungen und Ergänzungen:

Viele geplante Veranstaltungen im Bezirk Reinickendorf zu Berlin zu aufgrund Corona-Pandemie leider ausgefallen (bspw. weitere Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturen Woche sowie das Begegnungsfest des Bezirks und ein Fachtag zur Mehrsprachigkeit).

Bezirksamt Spandau von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Spandau von Berlin gegen Rassismus allgemein sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Förderung der besseren Kenntnis, Würdigung der Kultur und Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft	Afrika Fest 2021/2022/2023	1.000,-	3300-54043	Geplant ist für die HH 2022/2023 jeweils 1.000 € pro Fest anzumelden. 2020 war der Auftakt zum 1. Afrika Fest Spandaus.
Sichtbarmachung von Diskriminierungen von Menschen afrikanischer Herkunft in Schule, Arbeits- u. Wohnungsmarkt	Internationale Wochen gegen Rassismus 2021 Motto: <i>Solidarität grenzenlos</i> “, Fokus war schwarze/afrikanische Menschen https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.1021725.php			Menschen schwarzer und afrikanischer Herkunft berichteten von Ihren Diskriminierungserfahrungen vor dem Rathaus (zentraler Platz). Geplant sind die IwGR 2022 und 2023 mit Fokus schwarze u./o. Menschen afrikanischer Herkunft durchzuführen
Förderung der Partizipation Schwarzer Menschen und/oder Menschen afrika-	Menschen/Vereine/Initiativen aus der afrikanischen Community als ständiges Mitglied des bezirklichen Migrationsbeirats zu gewinnen;			Ziel ist es den Menschen im Bezirk eine Stimme zu geben und diese an die Politik und Verwaltung zu adressieren

nischer Herkunft, Mitgestaltung politischer Prozesse im Bezirk				
Erfassung von Diskriminierungen schwarzer Menschen und/oder Menschen afrikanischer Herkunft aus Spandau und Menschen mit Migrationsgeschichte	Die Stabsstelle Integrationsmanagement ist aktive Anlaufstelle in Kooperation mit der Spandauer Registerstelle (GIZ gGmbH) https://www.berliner-register.de/anlaufstellen-spandau			Die Registerstelle dokumentiert rechte, rassistische, extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk. Erfasst werden Propaganda, Veranstaltungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Bedrohungen sowie Angriffe. Diese Vorfälle meldet die Stabsstelle Integrationsmanagement an GIZ. GIZ wertet jährlich die Zahlen aus und veröffentlicht diese, genauso wie das Bezirksamt → dadurch Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelaussatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Antidiskriminierungs-Beratung, Bildungsarbeit, Vernetzung im Bereich Antidiskriminierung mit Schwerpunkt Rassismus	Workshopreihe zum Thema Antidiskriminierung			Das Format fand in 2019 in Kooperation mit dem Register Steglitz-Zehlendorf, der Hellenischen Gemeinde zu Berlin e.V. und gefördert vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf statt. Im HH 20/21 konnten durch die Träger anderweitig Mittel akquiriert werden.
Diversity-Grundsätze „Weltoffenes Berlin – weltoffenes Steglitz-Zehlendorf“	fachbereichsübergreifender und partizipativer Prozess zur Diversitätsorientierung/IKÖ im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf angestoßen in Umsetzung der Vorgaben des Berliner Partizipations- und Integrationsgesetzes (PartIntG): - Entwicklung von Diversity-Grundsätzen „Weltoffenes-Berlin- weltoffenes Steglitz-Zehlendorf“			

	<ul style="list-style-type: none">- Bekanntmachung und Umsetzung der Grundsätze, Unterlegung mit Maßnahmen, Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Bezirksamt für das Thema Vielfalt in Planung			
--	---	--	--	--

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Maßnahmen des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Mittelleinsatz p.a. HH 20/21 In Euro Für 2021 als Plansumme	Haushalts- titel	Anmerkungen
Fachbereich Kunst, Kultur & Museen				
Aufarbeitung der Kolonialgeschichte	Museen Tempelhof-Schöneberg	2022: 45.000€	2708 68620 363 (Bezirkskulturfonds)	Als erster Berliner Bezirk hat Tempelhof-Schöneberg 2017 seine kolonialgeschichtliche Historie im Rahmen der Ausstellung "Forschungswerkstatt: Kolonialgeschichte in Tempelhof und Schöneberg" aufgearbeitet. Begleitend zur Ausstellung fanden zahlreiche Veranstaltungen wie Vorträge, Stadtspaziergänge und Kunstperformances statt. Die Forschungsergebnisse sind in einer Ausstellungsdocumentation festgehalten. Das bezirkliche Ausstellungsprojekt war ein wichtiger Anstoß, die Kolonialgeschichte für das gesamte Stadtgebiet wissenschaftlich aufzuarbeiten. Die Museen Tempelhof-Schöneberg werden sich daher im

				Rahmen eines Kooperationsprojektes aller regionalgeschichtlichen Museen erneut in den Jahren 2022/2023 ausführlich mit der kolonialen Vergangenheit des Bezirks auseinandersetzen.
--	--	--	--	--

Maßnahmen des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin gegen Rassismus sowie zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, die auch auf die Teilhabegerechtigkeit und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft wirken können:

Thema	Maßnahme/Projekt und Träger	Fördervolumen Plansumme p.a. HH 20/21 In Euro	Haushalts- titel	Anmerkungen
Bzbm-Integrationsbüro				
CrossKultur 2020- interkulturelle Veranstaltungsreihe	traditionellen Veranstaltungsreihe des Bezirks Tempelhof-Schöneberg für eine offene und diverse Gesellschaft. BA T-S, BzbmIntB und Fachbereich Kunst, Kultur, Museen	Ausgaben von IntB sind aufgrund von Corona entfallen	Veranstaltungstitel und Honorare	
CrossKultur 2021- interkulturelle Veranstaltungsreihe	traditionellen Veranstaltungsreihe des Bezirks Tempelhof-Schöneberg für eine offene und diverse Gesellschaft. BA T-S, BzbmIntB und Fachbereich Kunst, Kultur, Museen	BzbmIntB Ausgaben für Catering, Blumen je nach Pandemielage	Veranstaltungstitel und Honorartitel	
Verleihung des Integrationspreises 2020	Würdigung besonderer Leistungen für die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte und für die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft BzbmIntB	BzbmIntB BVV 1000€	Veranstaltungstitel, Sondermittel der BVV	
Verleihung des Integrationspreises 2021	Würdigung besonderer Leistungen für die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte und für die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft	BzbmIntB, Ausgaben für Catering und Blumen je nach Pandemielage	Veranstaltung	

	BzblmIntB	BVV 1000€	Sondermittel der BVV	
Workshopreihe Aktion Raum Öffnen 2018-2020	<p>Workshopreihe zur Stärkung der Diversitätskompetenz</p> <p>Organisiert von: BzblmIntB, Ehrenamtsbüro, QM Schöneberger Norden, Alte Feuerwache</p>			<p>Kooperation mit Ehrenamtsbüro und QM Schöneberger Norden und alter Feuerwache</p> <p>Mittel für die Workshops kam von Soziale Stadt, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, SenSW, SenIAS</p>
Fachbereich Kunst, Kultur & Museen				
#zeichensetzen – Demokratielabor für Jugendliche gegen Rassismus	Museen Tempelhof-Schöneberg - Jugend Museum	2021: 20.000,-	3630 54690 (Fördermittel)	<p>Unter dem Hashtag #zeichensetzen startet im März 2021 das erste DEMOlab im Rahmen des Modellprojektes "Discover History - Act now!" vom Jugend Museum in Schöneberg. Jugendliche sind eingeladen, zu erforschen, was man gegen Rassismus tun kann - mit Videos, Interviews mit Aktivist_innen und kleinen Umfragen. Eine Gruppe von Jugendlichen bereitet die Aktion seit Januar mit dem Team des Jugend Museums vor und setzt sie um.</p>
Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg				

Bibliotheksarbeit	Die Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg zielt mit ihren Kernangeboten und Services (Medienausleihe, Veranstaltungsarbeit und die Bibliotheken als Öffentliche und Dritte Orte für die Bürger_innen) immer auch schon darauf, die Chancengleichheit und Partizipation der der Migrationsgesellschaft im Bezirk zu stärken.			
Projekt ‚Medienwerkstatt Encounters‘	<p>In diesem durch das Programm ‚Hochdrei – Stadtbibliotheken verändern‘ der Kulturstiftung des Bundes geförderten community Projektes steht die Begegnung im Mittelpunkt: In zahlreichen Workshops und Veranstaltungen, die an allen Standorten der Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg stattfinden, werden Menschen zusammengebracht und kollaborativ Medienbeiträge, wie z.B. Texte und Illustrationen, Foto-, Musik- und Videoprojekte, Soundscapes, Podcasts, Graphic Novels und vieles mehr erarbeitet.</p> <p>Zusammen mit den Projektpartner_innen der FU Berlin und des Mauerpark Institut e.V. verfolgt die Stadtbibliothek ein gemeinsames Ziel: den öffentlichen Bibliotheksraum als Raum der Begegnung und der kreativen, gemeinschaftlichen Mediengestaltung auszubauen.</p> <p>Zufälligen Begegnungen zwischen den Bücherregalen, zwischen Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen, religiösen, politischen Hintergründen,</p>	175.600,-	Fördermittel der Kulturstiftung des Bundes	Förderzeitraum: Zwei Jahre (04/19-04/21)

	<p>zwischen Generationen, zwischen Newcomern und Alteingesessenen, möchte dieses Projekt in Tempelhof-Schöneberg die Möglichkeit geben sich zu etablieren und so eine aktive, informierte sowie medienversierte Community mitzugestalten.</p> <p>Dabei basiert der Ansatz auf dem Austausch unterschiedlicher Perspektiven, kreativer Techniken und Sprachen (derzeit Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi). Nach Ablauf der Förderzeit werden wesentliche Elemente des Projektes in den Regelbetrieb der Bibliothek übernommen.</p>			
Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg				
	Umgang mit rassistischen Äußerungen - Stammtischparolen entgegentreten	1800,-	3610	
	Fluchtursachen - Berichte über einzelne afrikanische Länder	1800,-	3610	
Bzbm Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus				

Partnerschaft für Demokratie Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben! 2020	Projekt zur Stärkung der Demokratie und Prävention von Antisemitismus BA Tempelhof-Schöneberg, Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus in Kooperation mit Arbeit und Leben e.V.	Personal sowie Sachmitteln für die Steuerung der „Pfd“. 145.000,- € Bund + 5.000,- € Land + 13.889,- € Bezirk	0,5 Vollzeit- äquivalente (VZÄ)	
Partnerschaft für Demokratie Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben! 2021	Projekt zur Stärkung der Demokratie und Prävention von Antisemitismus BA Tempelhof-Schöneberg, Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus in Kooperation mit Arbeit und Leben e.V.	Personal sowie Sachmitteln für die Steuerung der „Pfd“. 125.000,- € Bund + 5.000,- € Land + 13.889,- € be- zirk	0,5 Vollzeit- äquivalente (VZÄ)	

Erläuterungen und Ergänzungen der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

Die oben genannte Liste ist unvollständig, weil der Datenbankbestand vor 2019 schon archiviert ist. Die gelisteten Veranstaltungen wurden mehrfach durchgeführt und die Plansumme ist aggregiert. Zielgruppe waren primär ehrenamtlich Engagierte.

Die deutschen Volkshochschulen verstehen sich als Orte der interkulturellen Verständigung und als Vorreiter für Integration („Positionierung der Volkshochschulen in der Einwanderungsgesellschaft“, Februar 2015, Deutscher Volkshochschulverband e.V.). Weiterbildung trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und Bausteine für die ganzheitliche und gesamtgesellschaftliche Integration sind u.a. Sprachprogramme, Grundbildung, Zweiter Bildungsweg, interkulturelle Bildung, politische Bildung und Gesundheitsbildung. <https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/teilhabe-und-integration/positionspapier-zusammenhalt-2017.php>

Neben dem umfangreichen Sprachprogramm sind Kooperationsveranstaltungen wie: „Berlin Kolonial - Berlin als postkoloniale Stadt und was heute noch zu finden ist“, „Der NSU-Komplex als Symptom – struktureller Rassismus und die Grenzen gesellschaftlicher Aufklärung“ (2018), „Willkommen im Rechtsstaat“ (2018) oder Ausstellungen wie „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ (Eröffnung, Führung mit Kurator_innen, 2020) oder interne Fortbildungen wie die „Fortbildung zum Material "Vielfalt leben"“ (2019) zu nennen. Geplant sind weitere Veranstaltungen zur politischen Bildung bspw. im Sommer 2021 „Radio Workshop Empowerment Berlin“.

UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024)
Prozessbegleitung zur dialogischen Entwicklung von
Maßnahmen für die Berliner Verwaltung

Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog

für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum
Abbau von deren Diskriminierung durch anti-Schwarzen Rassismus (ASR)

Herausgegeben und kommentiert von
Prof. Dr. Maisha M. Auma, Katja Kinder, Peggy Piesche

Das Prozessbegleitungsteam zur Implementierung der UN Dekade (2015 – 2024) in Berlin schlägt der Berliner Landesregierung / dem Berliner Abgeordnetenhaus vor, den vorliegenden Anhang »Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von deren Diskriminierung durch anti-Schwarzen Rassismus« zu verabschieden. Die Auflistung der von facheinschlägigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Expert*innen erarbeiteten Maßnahmen erfolgt nach Fachressorts geordnet.

INHALTSVERZEICHNIS

- A) Einleitendes Vorwort
- B) Übergeordnete Maßnahmen
- C) Die erarbeiteten Maßnahmen nach Fachressorts
 - 1) Senatskanzlei
 - 2) Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
 - 3) Senatsverwaltung für Kultur und Europa
 - 4) Senatsverwaltung für Finanzen
 - 5) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
 - 6) Senatsverwaltung für Inneres und Sport
 - 7) Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
 - 8) Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
 - 9) Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
 - 10) Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
 - 11) Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- D) Allgemeine Forderungen zur gleichberechtigten sozialen und politischen Inklusion von Berliner*innen afrikanischer Herkunft
- E) Zusammenfassendes Schlusswort
- F) Dekolonialität institutionalisieren!
- G) Am Prozess der Maßnahmenentwicklung Beteiligte

A) EINLEITENDES VORWORT

Berlin hat als erstes Bundesland die Implementierung der mit der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024) verbundenen Themen, Anliegen und Ziele im Koalitionsvertrag der 18. Wahlperiode verankert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verbleiben nur noch rund drei Jahre für die konkrete Gestaltung der UN-Dekade. Berlin steht dabei mit seiner Selbstverpflichtung, gesellschaftliche Veränderungsziele der UN-Dekade nicht nur mit einem umfassenden verwaltungsinternen Maßnahmenkatalog nachhaltig zu sichern, sondern diesen auch mit einem zivilgesellschaftlichen, als Korrektiv dienenden Maßnahmenkatalog zu flankieren, politisch an einer herausragenden Stelle. Die an der Erstellung des zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkatalogs beteiligten Akteur*innen, das Prozessbegleiteteam sowie die Delegierten von Schwarzen Berliner Selbstorganisationen möchten diesen wichtigen aktuellen Schritt der Implementierung in aller Kürze kontextualisierend kommentieren und zugleich Bilanz ziehen – mit einem Rückblick auf die vergangene Hälfte der UN-Dekade.

Dilemmata und Spannungsverhältnisse bei der Implementierung

Seit 2016 hat die Berliner Politik in Zusammenarbeit mit der Schwarzen Berliner Zivilgesellschaft und mit einem hohen Maß an Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit kontinuierlich eine schrittweise Implementierung der UN-Dekade angeschoben. Leider wird diese hohe Verbindlichkeit in der Berliner Verwaltung nicht hinreichend gespiegelt. Nur etwas mehr als die Hälfte aller Fachressorts antwortete inhaltlich und kontinuierlich auf die Anfragen und Angebote des Prozessbegleitetams.

Die beiden inhaltlichen Hauptschwerpunkte der UN-Dekade im Land Berlin sind zum einen der **Abbau von anti-Schwarzem Rassismus** und zum zweiten die **Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft**. Sie wurden jedoch offenbar partiell als Schwerpunkte des für die Umsetzung der UN-Dekade federführenden Fachressorts, der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Abteilung LADS, wahrgenommen, auf dieses Fachressort beschränkt und in verschiedenen Teilen anderer Fachressorts sogar ignoriert. So wurden konkrete Anfragen des Prozessbegleitetams mit dem Wort »Fehlanzeige« oder ähnlichen Verweisen auf »Nicht-Zuständigkeit« beantwortet. Es ist ernüchternd, mit diesem verwaltungskritischen Einstieg zu beginnen, denn er wird denjenigen Fachressorts nicht gerecht, die sich kontinuierlich und mit viel Engagement sowohl fachlich als auch prozesshaft für die erfolgreiche Umsetzung der UN-Dekade und des damit verbundenen, für die Berliner Gesellschaft wichtigen Prozesses eingesetzt haben.

Folgende Dilemmata sind von Seiten der Berliner Verwaltung vielfach genannt worden:

Es sei dem jeweiligen Fachressort gar nicht möglich, eine spezifische gesellschaftliche Gruppe »besonders« hervorzuheben. Positive Maßnahmen wurden als Form von Bevorzugung oder gar Überprivilegierung interpretiert.

Dies steht im direkten Widerspruch zur transnationalen Gesetzesebene. Die spezifische UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ist gerade deshalb notwendig geworden, weil soziohistorische Ungerechtigkeiten gegenüber afrodiasporischen Menschen und ihren Communitys strukturell verankert wurden und folglich weiterhin wirksam sind. Menschen afrikanischer Herkunft sind disproportional mit Polizeigewalt, ökonomischer Ausbeutung, rassistisch geprägten Gesundheitsungleichheiten etc. konfrontiert. Der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus (2017) benennt gerade deshalb vier gesellschaftliche Gruppen explizit, die durch rassistisch geprägte Normen, Strukturen und Praxen in Geschichte und Gegenwart vulnerabel gemacht worden sind. Vor diesem Hintergrund sind »positive Maßnahmen« eigentlich als Maßnahmen der nachholenden Gerechtigkeit zu verstehen. Es ist deshalb dringend nötig, diese offenbar unklare Verständnis- und Rechtslage durch Rechtsgutachten verbindlich zu klären und eine rechtssichere Handlungsgrundlage zu schaffen. Dies würde außerdem dabei helfen, jene Argumentationen und Narrative zu entkräften, die von der Verwaltung gegen rassismuskritisches Handeln vorgebracht werden und auf Formen der Abwehr von gesellschaftlicher und fachlicher Verantwortung schließen lassen.

Es wurden Bedenken gegen die Erhebung von spezifischen Diskriminierungs- und Gleichstellungsdaten geäußert. Diese waren begleitet von Hinweisen darauf, dass die gesamte Arbeit der eigenen Verwaltung »bedarfsorientiert« konzipiert wäre, implizit »neutral« wirken würde und daher »allen Menschen« grundsätzlich und »unabhängig von ethnischer Herkunft oder sonstigen persönlichen Merkmalen« offen stünde.

Derartige, vermutlich interne Widerstände, befördern leider die Produktion neuer Barrieren gegen Gleichstellungshandeln. So erfolgten etwa Ablehnungen neuer rassismuskritischer Schwerpunktsetzungen mit dem Verweis, die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung und ihrer nachgeordneten Behörden seien verpflichtet, Verwaltungsdienstleistungen generell objektiv und ohne Ansehen der Person zu erbringen. Bei als diskriminierend erlebten Situationen sollten sich betroffene Berliner*innen an die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) wenden.

Es wurde konstatiert, dass rassismuskritische, auf vulnerable Gruppen bezogene spezifische Maßnahmen weder vorhanden oder in Planung seien, noch fachlich sinnvoll erschienen. Ergo gäbe es auch keine geplanten, bereits begonnen oder umgesetzten Maßnahmen, die im direkten Zusammenhang mit den Zielsetzungen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft stünden.

Es lässt sich daher abschließend die Frage stellen, warum das Bundesland Berlin die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft im Koalitionsvertrag aufgenommen hat, um dann doch festzustellen, dass der Wille zur politischen Umsetzung im Widerspruch zu den Handlungsprinzipien ihrer eigenen Verwaltung steht? In Anbetracht des Spannungsfeldes zwischen den Intentionen der Berliner Politik und dem Handeln der Berliner Verwaltung ist es für den verbleibenden Zeitraum der UN-Dekade deshalb unabdingbar, für eine klare Handlungs- und damit Arbeitsgrundlage zu sorgen. Die gemeinsame

Handlungsbasis bedarf einer verbindlichen Klärung. Darüber hinaus gilt es, die geforderten spezifischen Maßnahmen in Einklang mit bereits bestehenden Gesetzen, Programmen und Maßnahmen im Bereich Chancengleichheitspolitik zu bringen, um Kräfte, auch der einzelnen Ressorts, zu bündeln und Ressourcen effizient einzusetzen.

Schaffung einer einheitlichen und systematisierten rassismuskritischen Wissensbasis

Fundiertes und zeitgemäßes Verwaltungshandeln für eine hyperdiverse Stadtgesellschaft wie Berlin zu entwerfen und umzusetzen, erfordert Diversitätskompetenz und intersektional-rassismuskritischen Sachverstand. Es erstaunt daher wenig, dass seitens der Berliner Verwaltung nahezu einhellig der Bedarf nach Fort- und Weiterbildungen, nach der Vermittlung einer spezifischen Expertise sowie von Kompetenzen und Wissensgrundlagen zum fachlichen Umgang mit anti-Schwarzem Rassismus geäußert wurde. Auf die Anfragen und Angebote des Prozessbegleiteams wurde selbst von Verwaltungen, die auf das Thema und den damit zusammenhängenden Aufgabenbereich eher zurückhaltend reagierten, Weiterbildungsbedarf gemeldet.

Auch für das Prozessbegleiteam ist dies eines der wichtigsten Ergebnisse des bisherigen Prozesses: die Feststellung, dass eine Fundierung des gesellschaftlichen Wissensstandes zu anti-Schwarzem Rassismus (ASR) unbedingt notwendig ist. Schließlich kann das Ziel, durch ASR verursachte Barrieren abzubauen, nur auf einer verlässlichen und fundierten Wissens- und Kompetenzgrundlage vorangetrieben werden. Insgesamt ist es für die Berliner Verwaltung deshalb von Bedeutung, rassismuskritisches Wissen im Allgemeinen und Wissen zum Abbau der durch ASR verursachten Schäden und Exklusionen im Besonderen in der Gesamtheit der Fachressorts zu verankern und diese Expertise eben nicht auf wenige Fachressorts aufzuteilen und so zu ›delegieren‹.

Zu einer fundierten rassismuskritischen Wissensbasis gehört der konsequente Einbezug der Expertisen von rassistisch marginalisierten Personen und Kollektiven selbst. Diese müssen dezidiert angesprochen werden: sowohl als Unterrepräsentierte und Exkludierte als auch als Wissensträger*innen und Expert*innen. Ferner muss den Expertisen rassistisch dehumanisierter Personen und Kollektive als verwaltungsrelevantem Wissen Rechnung getragen werden. Anders ausgedrückt: Rassistisch dehumanisierte Personen und Kollektive müssen als Teil der Lösung betrachtet werden.

Organisationsentwicklungsperspektive und rassismuskritische Personalentwicklung

Eine spezifische rassismuskritische Expertise, einschließlich der Kenntnisse über Schwarzes Leben in Berlin oder Europa, wird bislang nicht als notwendiges Wissen für die Arbeitsroutinen der Berliner Verwaltung anerkannt. Schwarze Menschen werden in den Routinen der Berliner Verwaltung einseitig und vorwiegend als Klient*innen adressiert, deren spezifische Sicht auf ihre komplexe, hyperdiverse soziale Realität nicht als Expertise gefragt ist. Berliner*innen afrikanischer Herkunft werden von der

Berliner Verwaltung also klientifiziert. Das bedeutet, dass sie als Angehörige einer in der Regel bereits marginalisierten und exkludierten sozialen Gruppe vorwiegend als passive Empfänger*innen von für sie konzipierten Angeboten adressiert werden. Die Normalität dieser Klientifizierung ist folgenreich – auch für Berlin als Standort! Eine rassismuskritische Restrukturierung von Verwaltungsroutinen beinhaltet daher eine Organisationsentwicklungsdimension, verbunden mit Konzeptionen rassismuskritischer Personalentwicklung. Für vulnerable Gruppen, die durch Partizipationsbarrieren weitgehend außerhalb der Gestaltungsstruktur gehalten wurden, bedarf es nicht nur fundierter Konzepte und Strategien von Anreizfaktoren, sich für eine Tätigkeit innerhalb der Verwaltung zu qualifizieren und zu bewerben (*recruitment*), sondern auch von Haltefaktoren und rassismuskritischen Gelingensbedingungen, um den Personenkreis als Mitarbeiter*innen aufzubauen und zu halten (*retainment*). Es bedarf nach unserem Dafürhalten außerdem dezidierter Empowermentangebote, die zu den Haltefaktoren zählen, damit rassismuserfahrene Verwaltungsmitarbeitende unterstützt werden.

Es ist also noch ein langer Weg, bis in Berlin sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Ebene der Verwaltungsroutinen die Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus und die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft fest, nachhaltig und konkret auf die Agenda gesetzt wird und das dazugehörige Umsetzungs-Knowhow zu einem vereinheitlichten rechtssicheren Standard für alle Beteiligten verpflichtet.

B) ÜBERGEORDNETE MAßNAHMEN

- 1) Einrichtung einer Enquete-Kommission für Rassismuskritik und Unterstützung der Forderung der Einsetzung einer Enquete-Kommission zu strukturellem Rassismus und seinen Intersektionen (Überschneidungen) im Land Berlin.
- 2) Benennung von Sprecher*innen für Rassismuskritik in jeder politischen Fraktion.
- 3) Verankerung der Implementierung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024) im neuen Berliner Koalitionsvertrag ab 2021/22.
- 4) Beauftragung eines Konzepts zum Mainstreaming von Rassismuskritik und zur Etablierung einer rassismuskritischen Verwaltung.
- 5) Erweiterung des Maßnahmenkatalogs zur Implementierung der UN Dekade (2015 – 2024) in eine Gesamtstrategie mit dem Format einer Senatsstrategie durch den einzuberufenden Expert*innenkreis für den Abbau von anti-Schwarzem Rassismus.
- 6) Verbindliches rassismuskritisches Budgeting analog zu Gleichstellungskonzeptionen wie Gender-Budgeting oder Generation-Budgeting.
- 7) Dezidierte Einbeziehung der Bezirksebene bei der Implementierung und Verstetigung der mit der UN-Dekade verbundenen Anliegen und Ziele; Bezirksvertreter*innen informiert halten und zu relevanten Austauschrunden einladen.
- 8) Beauftragung einer Expertise zum Thema »Auswirkungen der Pandemiebedingungen auf rassistisch marginalisierte Gruppen, vor allem auf Berliner*innen afrikanischer Herkunft«.

C) DIE ERARBEITETEN MAßNAHMEN NACH FACHRESSORTS

1) Senatskanzlei

- Einrichtung eine*r Landesbeauftragte*n für Rassismus und Rassismuskritik mit einem direkten Anlaufbezug in die einzelnen Senatsverwaltungen (die Verwaltungen richten auf Staatssekretär*innenebene Verantwortungsbereiche für eine Rassismuskritische Verwaltung in ihren Ressorts ein).

1a) Abteilung Wissenschaft und Forschung

- Institutionalisierung eines Studienprogramms / Studienzertifikats / Studiengangs: Intersectional Black Studies / Intersektionale Studien zu Schwarzsein und Schwarzem Europa; nachhaltige Verankerung des Forschungsfeldes im Berliner Wissenschaftsraum; damit verbunden: Einrichtung eines Zentrums für ‚Intersektionale Studien zu Schwarzsein und Schwarzem Europa‘ (Institutsleitung / Eckprofessur und eine Professur für Postkoloniales Erinnern). Entsprechende Verankerung im neuen Entwurf der Hochschulverträge Berlins.
- Beauftragung einer Expertise zu rassismuskritischer Gleichstellungspolitik an Berliner Hochschulen (Beauftragung einer facheinschlägigen Expertise mit dem Ziel einer intersektional-rassismuskritischen Fundierung von Förderpolitiken).
- Konzipierung und Einrichtung einer Ansprechstelle für Studierende mit Rassismuserfahrungen für alle Berliner Hochschulen mit einem*einer Beauftragte*n für Rassismuskritik und rassismuserrelevante Diskriminierung.

2) Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

2a) Abteilung Bildung

- Beauftragung einer rassismuskritischen Expertise zum Thema: »Pandemieerfahrung und Bildung«.
- Beauftragung eines Orientierungs- und Handlungsrahmens für das übergreifende Thema »Struktureller Rassismus und Rassismuskritik«; Einrichtung einer Fachreferent*innen-Stelle für Rassismus- und Diskriminierungskritik für die Bereiche Schule und Berufsbildung.
- Gezielte Erhebung von Gleichstellungs- und Diskriminierungsdaten: Beauftragung einer Pilotstudie zu Art und Umfang der bei Antidiskriminierungsbeauftragten für Kitas und Schulen in Berlin gemeldeten Fälle unter besonderer Berücksichtigung von anti-Schwarzem Rassismus.
- Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Beschwerdestelle für Kindertagesbetreuungsstellen, Schulen, und Ausbildungsstätten. *Hinweis: Dies ist bereits vom Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK) gefordert worden.*

2b) Abteilung Jugend und Familie

Abteilungen III Jugend und Kinderschutz und Abteilung V Familie und frühkindliche Bildung

- Aufnahme von anti-Schwarzem Rassismus (ASR) als Kindeswohlgefährdung in die für Kindeswohlgewährung relevanten Richtlinien und Dokumente; Beauftragung einer Expertise zu rassistisch geprägter Diskriminierung als Form der Kindeswohlgefährdung und als Verstoß gegen die in der UN-Kinderrechtskonvention verankerte Orientierung an »The Best Interests of the Child«.
- Beauftragung einer Expertise zum Thema: »Postmigrantische Generation: Erziehung, Bildung, Betreuung« mit dem Ziel, der demographischen Entwicklung gerecht zu werden, dass in der Altersgruppe bis 6 Jahre, BIPOC-Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund in Berlin fast die numerische Mehrheit ausmachen.
- Initiierung einer Dialogrunde mit Schwarzen facheinschlägigen Akteur*innen der Jugendarbeit, damit Konzeptionen entwickelt und gemainstreamt werden können, die an den spezifischen Bedarfen von Jugendlichen afrikanischer Herkunft ausgerichtet sind.
- Gezielte Stärkung der intersektional-rassismuskritischen Wissensbasis sowie der Kompetenzen von Fachkräften in der Jugendhilfe und in der Familienarbeit.
- Beauftragung einer Studie zu rassismuskritischem Übergangsmanagement; Schwerpunkt: intersektional-rassismuskritische Überprüfung der Übergänge zwischen Krippe und Kita, Kita und Schule und weiterführenden Schulen (Bestandsaufnahme / Expertise).
- Beauftragung einer Studie zur intersektional-rassismuskritischen Kontextualisierung von Kinderrechten
- Beauftragung einer Bestandsaufnahme, Schwerpunkte: Überprüfung gesetzlicher Regelungen im Bereich Kita mit dem Ziel, Beschwerden zu Diskriminierung zu ermöglichen. Aufhebung der Aufteilung zwischen privatrechtlichen und öffentlichen Trägern, um vor der willkürlichen Aufhebung von Kita-Verträgen zu schützen. Befragung von Kita-Aufsichten.
- Einrichtung einer Beschwerdestelle; Überprüfung von Beschwerden, dass unbegleitete Minderjährige in Lagern von staatlicher Seite Aufenthaltsbedrohung sowie psychische und physische Gewalt erfahren
- Intersektional-rassismuskritische Überprüfung der Praxis der Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten
- Aufnahme von Jugendprojekten / Jugendarbeit von und mit Menschen afrikanischer Herkunft in Regelstrukturen.

2c) LZ: Landeszentrale für Politische Bildung

- Beauftragung einer Expertise zur dezidierten Verankerung von ASR-Kritik in Konzeptionen der politischen Bildungsarbeit.

- Beauftragung eines Konzepts zur Erhöhung von politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen von Menschen afrikanischer Herkunft durch politische Erwachsenenbildung.
- Unterstützung und Sichtbarmachung des jährlichen Black OurStory Month in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen afrikanischer Herkunft.
- Prüfung der Möglichkeit, ob gemeinsam mit der LADS eine öffentlichkeitswirksame Kampagne bzw. Veranstaltungsformate durchgeführt werden können zur Bekanntmachung der mit der UN-Dekade (2015 - 2024) verbundenen Themen, Anliegen und Ziele; Schaffung und Nutzung von Synergieeffekten bereits vorhandener Diversitäts- und Antidiskriminierungsbeauftragter.
- Beauftragung eines Konzepts, um die derzeitige politische Erwachsenenbildung mit den fachlich-inhaltlichen Schwerpunkten Diversitätorientierung, Rassismuskritik, Post-Kolonialismus, Dekolonialität und Stärkung der politischen Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft zu verknüpfen.

3) **Senatsverwaltung für Kultur und Europa**

- Beauftragung eines Konzepts für den Abbau von anti-Schwarzem Rassismus und zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft im Kulturbetrieb unter Einbeziehung der drei Ps: Personal / Publikum / Programm.
- Einrichtung und angemessene Budgetierung einer unabhängigen, einrichtungsübergreifenden und mit Befugnissen ausgestatteten Ansprech-, Beratungs- und Beschwerdestelle, die rassistische Diskriminierung in kulturellen Einrichtungen erfasst, dokumentiert und analysiert; Bereitstellung von mindestens zwei Stellen; eventuelle Angliederung an das Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung Diversity Arts Culture (D.A.C.).
- Ausstattung des Berliner Projektbüros für Diversitätsentwicklung D.A.C mit umfassenden Befugnissen und einer angemessenen Budgetierung.
- Einrichtung eines Finanzierungsfonds zur nachhaltigen Budgetierung für die Umsetzung von Diversitätsmaßnahmen in kleineren Kultureinrichtungen.
- Beauftragung einer Erhebung von Gleichstellungsdaten unter besonderer Berücksichtigung der bislang fehlenden Erfassung von rassistisch geprägten Barrieren im Allgemeinen und ASR-geprägten Barrieren im Besonderen; Erfassung von durch anti-Schwarzen Rassismus verursachten Barrieren im Kulturbetrieb.
- Beauftragung einer Expertise zur Herausarbeitung der Verbindung von Dekolonialisierung und anti-Schwarzem Rassismus.
- Dezidierte Koordination der Dekolonisierungskonzeptionen und Instrumente im Kulturbetrieb mit der Gesamtstrategie »Postkoloniales Erinnern« und der Koordinierungsstelle »Decolonize

Berlin« von SenWEB; Bereitstellung von Informationen für die Berliner Öffentlichkeit, die eine klare Aufgabenteilung der beiden Senatsverwaltungen deutlich machen.

- Unterstützung der Sichtbarmachung des jährlichen Black OurStory Month in Berlin durch Kooperationen mit der Landeszentrale für politische Bildung und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen afrikanischer Herkunft; Nutzung von Hinweisen auf Veranstaltungen inklusive Medienberichterstattung.
- Beauftragung einer Expertise zum Thema: »Entwicklung und Mainstreaming eines intersektionalen Kunstbegriffs in Verbindung mit Diskriminierungsschutz«.

4) Senatsverwaltung für Finanzen

4a) Abteilung Landespersonal

- Beauftragung einer Erhebung, um relevante Ebenen für eine rassismuskritische Analyse der Beschäftigten / Personalstrukturstatistik zu erfassen: Anzahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen im Geltungsbereich, Fokus auf Übernahmequote; Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen im Geltungsbereich, Fokus auf Recruitment und Retainment ; Anreizsysteme (z.B. spezifische Mentoring-Programme) und deren Erfolgsquote.
- Beauftragung eines (rassismuskritischen) Evaluationsberichts zum Misslingen der »Gleichstellungsstrategie 35% Quotierung« (Migrant*innenquote im öffentlichen Dienst) mit Empfehlungen sowie fachlichen Einschätzungen für realisierbare Schritte, um die Zielsetzung und das Anliegen der gescheiterten Strategie umzusetzen.
- Beauftragung einer Konzeption mit dem Thema: »Rassismuskritische Weiterbildung und Schulung von Personal als Qualitätsmanagement für Berlin als Arbeitgeber*in« mit dem Ziel, dass das Land Berlin als Arbeitgeber*in, insbesondere mit Blick auf Führungspersonal, flächendeckend rassismuskritische und diversitätsorientierte Schulungen als Eingangsvoraussetzung setzt oder anbietet.

5) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

- Beauftragung einer Bestandsaufnahme/Expertise, wie und wo Schwarze Menschen und ihre Familien hauptsächlich in Berlin leben; Schwerpunkte: Erfassung von Beschwerde- und Schutzstrukturen gegen anti-Schwarzen Rassismus im Bereich Wohnen vor und während der Coronapandemie sowie die Aufarbeitung historischer Dimensionen der Auswirkung rassistischer Wohnungsmarktpraxen und -politiken auf die gegenwärtig disproportionale Umweltbelastung Schwarzer Menschen (hohe Bevölkerungsdichte, Mangel an Grünflächen, schlechte Luftqualität etc.).

- Einrichtung eines Gremiums / einer AG: »Wohnen und rassistische Marginalisierung«; Aufgabe: Erarbeitung neuer und transparenter Kontrollkriterien sowie eines nachvollziehbaren Qualitätsmanagements bei Wohnungsvergabeverfahren, nach denen städtische Verwaltungen verbindlich handeln müssen; Erarbeitung von Kriterien für die Vergabe von Wohnungen im Rahmen eines Runden Tisches mit Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen und Betroffenen mit dem Ziel einer transparenten Vergabep Praxis.
- Etablierung einer Regelung von positiven Maßnahmen beim Vergabesystem unter Berücksichtigung von mehrfachmarginalisierten Familien, vor allem solchen, die Kinder mit besonderen Bedürfnissen (Gesundheitsrisiken / hohe Diskriminierungsrisiken) haben.

ÜBERSCHNEIDUNGSFELD ZU SEN IAS

- Erarbeitung einer Bestandsaufnahme zu Wohnungslosigkeit von BIPOC bzw. rassistisch marginalisierten Menschen, vor allem vor dem Hintergrund der Pandemie-Bedingungen; Schwerpunkte: Unterkünfte / sichere Räume mit rassismuskritisch geschultem Personal.

ÜBERSCHNEIDUNGSFELD ZU SEN GPG

- Beauftragung einer qualitativen und quantitativen Erhebung mit dem Ziel einer wissenschaftlichen und empirischen Datengrundlage; Schwerpunkte: gesundheitsstärkende Nutzung von Grünflächen zur Erholung und zum Sport, gesundheits- und sozialstärkende Nutzung von Stadtgärten, inklusive Erarbeitung von Maßnahmen zur Beseitigung von rassistisch geprägten Nutzungsbarrieren

6) **Senatsverwaltung für Inneres und Sport**

6a) **Abteilung Sport**

- Beauftragung einer intersektional-rassismuskritisch fundierten Expertise zu Rassismus im Sport unter Einbeziehung verzahnter Diskriminierungsformen und Exklusionsmuster (Bestandsaufnahme / Handlungsbedarfe / Empfehlungen).

6b) **Landeskommission »Berlin gegen Gewalt«**

- Beauftragung einer Expertise zur intersektional-rassismuskritischen Fundierung des Opferbegriffs und der öffentlichen Wahrnehmung dessen, was ein Opfer ausmacht; Entwurf inklusiver, diversitätsorientierter Infomaterialien für die Kommunikation dieser Ergebnisse an die Berliner Öffentlichkeit.
- Intersektional-rassismuskritische Einbettung von anti-Schwarzem Rassismus und den spezifischen Marginalisierungsrealitäten von Schwarzen Menschen in Präventionsprogramme und den Berliner Opferschutz.

6c) **Abteilung Öffentliche Sicherheit**

- Erstellung einer intersektional-rassismuskritisch fundierten Bestandsaufnahme/Studie zu Racial Profiling in Berlin.
- Einrichtung einer zentralen und unabhängigen, spezifischen Beschwerdestelle, die sich mit Racial Profiling und rechten Tendenzen innerhalb der Berliner Polizei auseinandersetzt, Dokumentationen erstellt sowie Handlungsbedarfe und Empfehlungen formuliert.
- Erstellung einer explizit ausgewiesenen Richtlinie für ASR-Straftaten im Verfassungsschutzbereich; Prüfung, inwieweit politisch motivierte Kriminalität (PMK) als zugrundeliegende Motivation für ASR erfasst werden kann; Prüfung, wie die rassistisch diskriminierende Verwendung des N-Wortes als Straftatbestand der Diskriminierung, Dehumanisierung und Beleidigung aufgenommen werden kann.
- Beauftragung einer Konzeptentwicklung, wie der Kriminalisierung von geflüchteten Menschen entgegengewirkt werden kann.
- Überprüfung und Bericht zu unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen in Berliner Jugendhilfeeinrichtungen mit rassismuserfahrenen Kindern und Jugendlichen.

7) **Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung**

7a) **Abteilung Gesundheit**

- Beauftragung einer Erhebung zu den spezifischen Gesundheitsrisiken von Schwarzen Menschen und ihren Familien vor und während der Corona-Pandemie; damit verbunden: Expertise zur Erstellung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsdaten auf der Grundlage bereits vorhandener Sozialberichte mit Fokus auf die Evaluierung und intersektional-rassismuskritische Kommentierung des Zusammenhangs von Gesundheitsrisiken und anti-Schwarzem Rassismus (ASR) vor und während der Corona-Pandemie.
- Erstellung bzw. Fortschreibung von relevanten Lageberichten zur Auswertung von Sozialberichten / Daten mit spezifischem Bezug auf rassistisch marginalisierte Berliner*innen, vor allem von Menschen afrikanischer Herkunft und ASR.
- Quantitative Erhebung des Anteils von Menschen afrikanischer Herkunft in systemrelevanten Berufen; Erfassung von Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie; Bereitstellung einer entsprechenden Datengrundlage.
- Qualitative Erhebung der spezifischen Situation von Menschen afrikanischer Herkunft in Gesundheitsberufen, etwa am Beispiel des großen regionalen Trägers Vivantes, und exemplarische Erstellung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsdaten.
- Beauftragung einer Expertise zum Thema »Struktureller Rassismus und Medizin: Geschichte und Gegenwart«.

- Entwicklung von rassismuskritischen Infomaterialien für die aktuelle Impfstrategie / Zweite Gruppe Impfstrategie.
- Datenerhebung zur Verfügbarkeit von rassismuserfahrenen und rassismuskritischen Psycholog*innen und Psychiater*innen in Berlin und schnellstmögliche Anpassung der Niederlassungsschlüssel für kassenärztliche Zulassungen für dieses Fachpersonal aufgrund des erheblichen Bedarfsanstiegs an psychosozialer Versorgung aufgrund der Pandemiebedingungen und des Anstiegs von Rassismus.
- Evaluierung aktueller Behandlungskonzepte und Ausbildungsprogramme unter besonderer Berücksichtigung internationaler Ergebnisse der Black Studies zur Sicherstellung einer adäquaten Behandlung von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen.
- Rassismuskritische Steuerung der Gesundheitsprogramme in Diagnostik, Begleitung und Betreuung.

7b) *Abteilung Pflege*

- Beauftragung einer Erhebung/Bestandsaufnahme zur Pflegesituation von rassistisch marginalisierten Menschen in Berlin einschließlich einer Spezifizierung bereits vorhandener Sozialberichte zum Thema sowie einer kritischen Kommentierung der Zahlen und Daten zur Lage von Berliner*innen afrikanischer Herkunft.

7c) *Abteilung Frauen und Gleichstellung*

- Beauftragung einer Expertise zu rassismuskritischer Gleichstellungspolitik mit dem Ziel einer intersektional-rassismuskritischen Evaluation von Gleichstellungsinstrumenten und -konzeptionen; Diversifizierung und intersektional-rassismuskritische Fundierung bereits vorhandener Gleichstellungskonzepte.
- Explizite Thematisierung von anti-Schwarzem Rassismus in der Berliner Gleichstellungspolitik sowie Überprüfung und Darlegung der Intersektionen (Überschneidungen) von sexistisch und ASR geprägten Barrieren.
- Beauftragung einer Expertise zur Stärkung der intersektional-rassismuskritisch orientierten, feministischen Mädchen*politik in Berlin; Stärkung der Strukturen intersektionaler Mädchen*arbeit und Einrichtung eines Büros für intersektional-rassismuskritische Mädchen*politik nach dem Modell der Gleichstellungsstelle von Frankfurt am Main.

ÜBERSCHNEIDUNGSFELD zu SEN IAS

- Gezielte finanzielle Unterstützung von selbstorganisierten Frauen*-Gruppen, damit geflüchtete Frauen* sich an Monitoring-Prozessen der von UNICEF und dem BMFSFJ entwickelten Mindeststandards (Juli 2016) zum Gewaltschutz beteiligen können.

8) Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

8a) Abteilung Arbeit und berufliche Ausbildung

- Initiierung einer intersektional-rassismuskritischen Kampagne mit dem Titel »Essential Pay for Essential Work!« für soziale Verteilungsgerechtigkeit; Ziel: explizite Anerkennung des Einsatzes in systemrelevanten Beschäftigungsbereichen, in denen rassistisch marginalisierte Menschen zugleich überproportional vertreten und unterbezahlt sind (z.B. Reinigungspersonal, Arbeiter*innen in Fleischfabriken, Erntebeschäftigte, Fahrer*innen öffentlicher Verkehrsmittel, Supermarktbeschäftigte, Lieferfahrer*innen u.a.); Vereinbarung von gesundheitlichen Zusatzleistungen und Steuererleichterungen.
- Beauftragung einer Erhebung / Expertise zu Schwarzem Leben in der Arbeitswelt vor und während Corona; Schwerpunkte: Wo arbeiten Schwarze Menschen mehrheitlich in Berlin? Was sind ihre spezifische Bedarfe? Mit welchen rassistisch geprägten Barrieren durch ASR sehen sie sich konfrontiert?
- Beauftragung einer quantitativ-qualitativen Erhebung zu Arbeitslosenquoten und der Diskriminierung von Schwarzen, afrikanischen sowie afrodiasporischen Menschen auf dem Arbeitsmarkt; Formulierung von Handlungsbedarfen; Konzipierung von Programmen zur Arbeitsmarktförderung für Schwarze, afrikanische sowie afrodiasporische Communitys, um Arbeitssuchende gezielt zu unterstützen und erfolgreich in Arbeit zu bringen.

8b) Abteilung Integration und Migration

- Exemplarische Erhebung zur Wirksamkeit von Rassismuskritischem Budgeting als Pilotprojekt, analog zu Gleichstellungsinstrumenten Gender Budgeting und Generation-Budgeting.
- Rassismuskritische Überarbeitung des PartMig und Ausweitung von Gesetzen zum Schutz vor rassistisch geprägten Exklusionsmustern und Teilhabebarrrieren einschließlich einer rassismuskritischen Kommentierung des PartMig, begleitet durch die neu einzurichtende Enquete- / Expert*innenkommission zu strukturellem Rassismus und seinen Intersektionen.
- Beauftragung einer Expertise zu Schwarzen muslimischen Perspektiven und Herausarbeitung der Verknüpfungen zwischen ASR und antimuslimischem Rassismus (AMR).
- Partizipatorisch orientierte sowie intersektional-rassismuskritisch fundierte Expertise zur spezifischen Situation von Geflüchteten afrikanischer Herkunft mit Schwerpunkt auf der Erfassung der Vielschichtigkeit von systematisch kreierter Vulnerabilität.

8c) Abteilung Soziales

- Beauftragung einer Konzeptbroschüre zum Thema: »Berlin als Schutzort für rassistisch marginalisierte Jugendliche«.

9) **Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz**

9a) **Abteilung Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz**

- Erstellung einer quantitativ-qualitativen Erhebung zur Schaffung einer wissenschaftlichen und empirischen Datengrundlage zu Fragen der besonderen Exposition Schwarzer Menschen gegenüber umweltlichen Belastungs- und Risikofaktoren (insbesondere Luft- und Wärmebelastung sowie Belastung durch Klimafolgen) und die Auswirkungen dieser Belastungsfaktoren auf die gesundheitliche und psycho-soziale Verfasstheit von Schwarzen Menschen im Land Berlin.

9b) **Abteilung Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün**

- Umfassende Überprüfung bestehender und zukünftiger Maßnahmen von Beginn der Strategie- und Maßnahmenentwicklung zu Verkehrs-, Umwelt- und Klimaschutz (z.B. BEK, EWG) sowie Klimaanpassung dahingehend, ob diese die erhöhte Vulnerabilität von Schwarzen Menschen ausreichend adressieren oder möglicherweise verstärken.
- Veröffentlichung einer umfassenden Publikation / Expertise zu Schwarzen Perspektiven auf Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Berlin; entsprechende Datenüberprüfung bei Nutzung bereits vorhandener Berichte zur komplexen Erfassung der Schnittstelle Schwarzes Leben – Umwelt; Installierung von wirksamen Maßnahmen zum Schutz und zur Gleichstellung von Schwarzen Menschen im Bereich Umwelt, Verkehr und Klimaschutz.
- Erstellung einer quantitativ-qualitativ fundierten Studie zur Schaffung einer wissenschaftlichen und empirischen Datengrundlage zu Fragen der gesundheits- und sozialstärkenden Nutzung von Grünflächen sowie die Erarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Beseitigung der Nutzungsbarrieren rassimuserfahrener Menschen.

9c) **Abteilung Verkehr (BVG)**

- Arbeitsauftrag BVG: Erstellung einer kommentierten Bestandsaufnahme zu in den letzten fünf Jahren gemeldeten rassistischen Übergriffen; Entwicklung von dezidierten Schutzkonzepten und -strategien sowie von Maßnahmen gegen rassistische Verletzungen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Kooperation mit Schwarzen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Selbstorganisationen.

10) **Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung**

10a) **Abteilung LADS**

- Initiierung eines Gleichstellungsbegleitgremiums (Expert*innenkreis) zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus (ASR)
- Öffentlichkeitsarbeit (Informations- und Aktivierungskampagne) zu den inhaltlichen Zielen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

- Durchführung einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne und/oder entsprechender Veranstaltungsformate von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der LADS zur Bekanntmachung der mit der UN-Dekade (2015 – 2024) verbundenen Themen, Anliegen und Ziele; Schaffung und gezielte Nutzung von Synergieeffekten bereits vorhandener Diversitäts- und Antidiskriminierungsbeauftragter.
- Entwicklung eines Konzepts zu rassismuskritischer Professionalisierung von Berliner Institutionen mit entsprechenden didaktischen Materialien (Rassismuskritik Mainstreaming).
- Differenzierte Sichtbarmachung von Diskriminierung: Erfassung von ASR, Monitoring, Dokumentation, Analyse und Archiv zu ASR.
- Gezielte Thematisierung der UN-Dekade in relevanten Begleitgremien, insbesondere denjenigen, in denen u.a. die Zentralen Dienste verschiedener Senatsverwaltungen vertreten sind.
- Erarbeitung eines Evaluationsprogrammes zur Nutzung des LADG mit besonderem Fokus auf die Nutzbarkeit in / aus BIPOC-Communitys und -NGOs
- Überprüfung sowie konzeptionelle und inhaltliche Präzisierung der Angebote der LADS-Akademie zum Thema ASR.
- Verankerung des neuen Themenschwerpunkts ASR in Fort- und Weiterbildungsangeboten der Berliner Verwaltung in dialogischer Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und fach einschlägigen Expert*innen.

10b) **Abteilung Justiz**

- Koordinierung einer Initiative zur Überarbeitung des *Rassebegriffs* in der Berliner Landesverfassung und Verknüpfung der Überarbeitung mit einem Gewährleistungsschutz.

11) **Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe**

11a) **Abteilung LEZ, LAndeszentrale für Entwicklungszusammenarbeit**

- Beauftragung einer Expertise für eine Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit und der damit zusammenhängenden Paradigmen, Praxen und Institutionsformen.
- Beauftragung eines Konzepts zur systematisierten Koordinierung und Verzahnung der Gesamtstrategien »Implementierung der inhaltlichen Schwerpunkte der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (Anerkennung, Gerechtigkeit und Entfaltungsmöglichkeiten)« mit der Gesamtstrategie »Decolonize Berlin – Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit und seine kolonial geprägte Gegenwart« und alle im Land Berlin relevanten (Gesamt-)Strategien.
- Beauftragung eines Konzepts zur Etablierung und Koordinierung einer historisch informierten, rassismuskritischen Zusammenarbeit zwischen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

11b) Abteilung Betriebe und Strukturpolitik

- Konzipierung spezifischer Programme zur Gründung und Führung von Unternehmen und Einrichtungen, die von Schwarzen, afrikanischen sowie afrodiasporischen Menschen geleitet werden.
- Beauftragung eines Konzepts zur Anerkennung und Förderung des Unternehmer*innentums Schwarzer Menschen sowie deren ökonomischer Unabhängigkeit.
- Erstellung rassismuskritischer Vergabekriterien sowie das Aussetzen sogenannter Risikozuschläge bei Kreditvergaben für Finanzmittel und Kredite an Schwarze, afrikanische sowie afrodiasporische Menschen, um Unternehmer*innentum und den Erwerb von Wohneigentum zu fördern.
- Initiierung und flankierende Begleitung des Aufbaus einer gemeinsamen Stiftung von Unternehmen, die von Kolonialismus und transatlantischen Versklavungshandel profitiert haben, um Projekte und Programme Schwarzer, afrikanischer, afrodiasporischer Unternehmer*innen und Start-Ups zu fördern; Einsetzung eines Stiftungsbeirates, der sich größtenteils aus Vertreter*innen von Communitys zusammensetzt und über die Vergabe entscheidet.

11c) Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung

- Erarbeitung einer Richtlinie für die Handelskammer und Handwerkskammer als Anstalten öffentlichen Rechts; rassismuskritische Evaluation der betreffenden Konzepte und Strukturen sowie Feststellung von Überarbeitungsbedarfen, um chancengerechte Zugänge zu ermöglichen.

D) ALLGEMEINE FORDERUNGEN MIT DEM ZIEL DER GLEICHBERECHTIGTEN SOZIALEN UND POLITISCHEN INKLUSION VON MENSCHEN AFRIKANISCHER HERKUNFT IN BERLIN

- 1) Wir fordern die vollständige und konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention (ratifiziert am 1. Februar 2018). Der Umsetzungsprozess soll flankiert werden durch eine dezidierte Beteiligung Schwarzer Selbstorganisationen.
- 2) Wir fordern das Arbeitsrecht für Menschen mit Fluchterfahrung.
- 3) Wir fordern eine Unterbringung von geflüchteten Menschen in Wohnungen nach dem Vorbild der Stadt Potsdam (Beschluss von Juni 2020) anstatt in Lagern.
- 4) Wir fordern eine rassismuskritische psychologische Unterstützung , vor allem für Familien in Massenunterkünften.
- 5) Wir fordern das Ende rassistisch geprägter Feststellungs-Tests für LGBTI*Q Geflüchtete. Wir fordern die Abschaffung, der mit der sogenannten medizinischen Altersprüfung verbundenen rassistisch und sexistisch geprägten Normen, Bewertungen und Übergriffe.
- 6) Wir fordern einen klaren Weg zur Staatsbürgerschaft (*path to citizenship*) für in Deutschland geborene Kinder (afrikanischer Herkunft).
- 7) Wir fordern die Durchsetzung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Artikel 13 GG für alle! Auch für unbegleitete minderjährige Geflüchtete muss dieses Recht gelten. Unerlaubtes Betreten ihrer Wohnräume muss als Übergriff klassifiziert werden.
- 8) Wir fordern die Entkriminalisierung der Einwanderung aus afrikanischen Ländern.
- 9) Wir fordern den Aufbau und die Finanzierung unabhängiger Organisationen, besonders im Bereich der Jugendhilfe, die zur Situation von geflüchteten Menschen afrikanischer Herkunft intersektional-rassismuskritisch arbeiten.
- 10) Wir fordern die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Namaqua, die Restitution kolonialer Raubkunst sowie die Anerkennung der Schwarzen, afrikanischen und afro-diasporischen Opfer des Nationalsozialismus.
- 11) Wir fordern eine konkrete und beständige Diversifizierung der Berliner Verwaltung: Menschen mit Migrationshintergrund müssen gemäß ihrem Anteil an der Berliner Bevölkerung unter den Beschäftigten des Landes Berlin repräsentiert sein.

E) ZUSAMMENFASSENDES SCHLUSSWORT

Am Ende des Prozesses zur Erstellung des vorliegenden »Zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkataloges für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von deren Diskriminierung durch anti-Schwarzen Rassismus« halten wir Folgendes fest:

- 1) Es besteht in allen Zuständigkeitsbereichen der Berliner Verwaltung ein dringender Bedarf nach rassismuskritischen Erhebungen (Diskriminierungsdaten, Zahlen, Fakten).
- 2) Es besteht in allen Zuständigkeitsbereichen ein dringender Bedarf nach konkreten Befugnissen und einer verbindlichen Budgetierung von Strukturen, die mit dem Abbau von (institutionellem) Rassismus befasst sind.
- 3) Es ist in allen Zuständigkeitsbereichen ein »weißer Fleck« bzw. eine Leerstelle sichtbar geworden, wenn es um Schwarzes Leben, um Marginalisierungsrealitäten, um die fehlende Realisierung von Respekt für Schwarzes Leben und die dazugehörigen Diskurse und Expertisen geht.

Wir betonen daher noch einmal: Es kann nicht darum gehen, weiterhin in einem klientifizierenden Modus »passendere« Angebote für Menschen afrikanischer Herkunft zu schneiden. Es geht vor allem um notwendige institutionelle Restrukturierungen, die eine Voraussetzung dafür sind, Schwarzes Leben in einer anerkennungsfundierten und gleichberechtigten Qualität zu institutionalisieren. Das beinhaltet dringliche Fragen sowohl der intersektional-rassismuskritischen Personalentwicklung als auch der diversitätsorientierten Organisationsentwicklung. Nicht zuletzt besteht das größere Ziel in der Stärkung einer demokratischen, rassismuskritisch verfassten Gesellschaft und einem damit einhergehenden nachhaltigen und langfristigen Strukturwandel.

F) DEKOLONIALITÄT INSTITUTIONALISIEREN!

Kolonialgeprägte Normen und Verhältnisse wurden in Deutschland zu Lasten von Schwarzen Menschen (und vielen anderen kolonisierten BIPOC Gesellschaften) nicht zuletzt durch die Berliner Konferenz 1884/5 institutionell verankert. Dekolonialität muss folglich zur Behebung dieser soziohistorisch verankerten Ungerechtigkeit als **Gerechtigkeitskonzeption** ebenfalls institutionalisiert werden. Die Entscheidung der Berliner Politik, ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit zu fördern (Drucksache 18/1788 vom 26.03.2019), ist mutig und zugleich dringend nötig.

Nicht nur deshalb ist eine dezidierte Verzahnung der (Gesamt-)Strategien »Implementierung der Ziele, Anliegen und thematischen Schwerpunkte der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin (2015 – 2024)« und »Decolonize Berlin! Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit« von grundlegender Bedeutung. Die Verzahnung dieser Institutionellen (Gesamt-) Strategien wird durch die Berliner Politik dezidiert forciert (vgl. Drucksache 18/2811 vom 26.06.2020). Der vorliegende Maßnahmenkatalog ist auch vor diesem Hintergrund in stetigem und konstruktivem Dialog mit der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin! überarbeitet und ergänzt worden. Für die verbleibenden drei Jahre der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin (2015 – 2024) wird diese Zusammenarbeit kontinuierlich fortgesetzt.

G) AM PROZESS DER MAßNAHMENENTWICKLUNG BETEILIGTE

Prozessbegleitungsteam

Prof. Dr. Maisha M. Auma
Katja Kinder
Peggy Piesche
mit Olenka Bordo Benavides und Nicola Lauré al-Samarai

Begleitkreis

Sanchita Basu
Denise Bergold-Caldwell
Miriam Camara
Kahbit Ebob Enow
T. Vicky Germain
Saraya Gomis
Mira Hellmich
Imeh Ituen
Njeri Jennifer Kamau
Elisabeth Kaneza
Sharon Dodua Otoo
Isidora Randjelovic
Sally Mary Riedel
Tugba Tanyilmaz
Shaheen Wacker

Selbstorganisationen

Konsultationsprozess (2018)

Vgl. Abschlussbericht: Berliner Konsultationsprozess »Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin«. Erstellt im Auftrag der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. Berlin, 2018, Drucksache 18/2330, S. 104; online unter <https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/un-dekade-fuer-menschen-afrikanischer-herkunft/>.

Dialogische Prozessbegleitung (2020 / 2021)

ADEFRA e.V.
Afrotak - Cybernomads
Akoma
Bagandou e.V.
BDB e.V. – Empowerment im Umgang mit Rassismus im Alltag

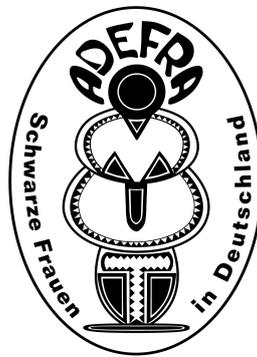
Each One Teach One - EOTO e.V.
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD Bund) e.V.
Landesnetzwerk afrikanischer Vereine (LAV)
Narud e.V.
Sankofa e.V.

sowie

Inirromnja
i-Päd Intersektionale Pädagogik
Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB)
Neue deutsche Organisationen e.V.
Reach Out e.V.
RomaniPhen
SVK: Selbstverteidigung mit Worten (Kollektiv)

Prof. Dr. Maisha Auma, Katja Kinder, Peggy Piesche

Berlin, im April, 2021



Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung



Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung	BERLIN	
--	---------------	--